





# HESSISCHER LANDTAG

27. 08. 87

## 14. Sitzung

Wiesbaden, den 27. August 1987

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	545	<b>15. Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Besetzung von Funktionsstellen an hessischen Schulen</b>	
<i>Entgegengenommen</i> .....	545	- Drucks. 12/396 - .....	577
Präsident Lengemann .....	545	<i>Dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes (federführend) und dem Kulturpolitischen Ausschuß (beteiligt) überwiesen</i> .....	589
<b>21. Dringlicher Antrag der Abg. Holzapfel, Prof. Breithaupt, Clauss, Dr. Rüdiger (SPD) und Fraktion betreffend Sicherung der Erinnerung an die Judengasse in Frankfurt am Main</b>		Hertle .....	577
- Drucks. 12/457 - .....	545	Minister Dr. Wagner .....	580
<i>Abgelehnt</i> .....	561	Holzapfel .....	581
Holzapfel .....	545	Fraas .....	583
Hinz .....	547	Wenderoth .....	584
Minister Dr. Gerhardt .....	549	Kappel .....	586
Wilke .....	551	<i>Hertle</i> .....	586
Holzapfel .....	551	Strecker .....	587
Degen .....	552	<i>Fraas</i> .....	588
Wagner (Darmstadt) .....	555	Holzapfel .....	588
Dr. Rüdiger .....	556	Korn .....	589
<i>Wagner (Darmstadt)</i> .....	557	Minister Dr. Wagner .....	589
von Plottnitz .....	557	Vizepräsident Dr. Günther .....	589
Möller (Gießen) .....	558		
Krollmann .....	560	<b>17. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Numerus clausus für weiterführende Schulen</b>	
<i>Wagner (Darmstadt)</i> .....	561	- Drucks. 12/406 - .....	589
von Plottnitz .....	561	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen</i> .....	597
Vizepräsident Sturmowski .....	561	Holzapfel .....	589
<b>12. Antrag des Abg. Kappel (F.D.P.) und Fraktion betreffend Lehrbedarfsplan</b>		Minister Dr. Wagner .....	591
- Drucks. 12/323 - .....	561	Korn .....	594
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen</i> .....	576	<i>Holzapfel</i> .....	594
Kappel .....	561	Hertle .....	595
Minister Dr. Wagner .....	564	Kappel .....	596
Hertle .....	566	Vizepräsident Sturmowski .....	598
Holzapfel .....	568		
<i>Kappel</i> .....	571	<b>22. Dringlicher Antrag der Abg. Boppel, Fischer (Frankfurt) (GRÜNE) und Fraktion betreffend Sicherheitsrisiken durch das Atomkraftwerk Biblis</b>	
Korn .....	571	- Drucks. 12/463 - .....	598
Präsident Lengemann .....	576	<i>Für erledigt erklärt</i> .....	604
<b>2. b) Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>		Minister Weimar .....	598
.....	576	Boppel .....	599
<i>Vollzogen</i> .....	576	Minister Weimar .....	601
<b>Vereidigung des Landesadvokats und seines Vertreters</b>		Beucker .....	602
.....	576	Hielscher .....	603
<i>Vollzogen</i> .....	577	Koch .....	603
Präsident Lengemann .....	576	Vizepräsident Sturmowski .....	604
Kleinschmidt, Präsident des Staatsgerichtshofs	576	<i>Die Punkte 5 a/b, 7 bis 9, 10 a/b, 11 und 14 wurden von der Tagesordnung abgesetzt</i> .....	604
Präsident Lengemann .....	577		

## Im Präsidium:

Präsident Lengemann  
Vizepräsident Dr. Lang  
Vizepräsident Dr. Günther  
Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt)  
Vizepräsident Sturmowski

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Wallmann  
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Gerhardt  
Minister des Innern Milde  
Minister der Finanzen Kanther  
Minister der Justiz Koch  
Kultusminister Dr. Wagner  
Sozialminister Trageser  
Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt  
Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit Weimar  
Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz  
Reichhardt  
Staatssekretär Dr. Gauland  
Staatssekretärin Geschka  
Staatssekretär Dr. Burckhardt  
Staatssekretär Portz  
Staatssekretär Stanitzek  
Staatssekretär Dr. Dethloff  
Staatssekretär Bouffier  
Staatssekretär Lauterbach  
Staatssekretär Weiss  
Staatssekretär Kirst  
Staatssekretär Dr. Popp  
Staatssekretär Dr. Maurer

## Abwesende Abgeordnete:

Schneider (Wiesbaden)  
Weghorn

(Beginn: 9.01 Uhr)

**Präsident Lengemann:**

Meine Damen und Herren! Unsere Uhren gehen wieder gleich. Die Stunde für den Beginn ist erreicht. Ich eröffne die 14. Plenarsitzung und stelle die Beschlußfähigkeit fest.

Es sind noch offen die Punkte 2 b, 5, 8 bis 12, 14, 15, 17 und 21.

Es ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Abg. Boppel, Fischer (Frankfurt) (GRÜNE) und Fraktion betreffend Sicherheitsrisiken durch das AKW Biblis - Drucks. 12/463 -.

Wird die Dringlichkeit des Antrages bejaht?

(Zurufe: Wird bejaht!)

Die Dringlichkeit wird bejaht.

(Boppel (GRÜNE): Dann müssen wir noch über die Plazierung sprechen! - Zurufe: Nach der Mittagspause!)

Die Dringlichkeit wird bejaht. Das stelle ich fest. Der Dringliche Antrag wird formal Punkt 22 der Tagesordnung. Gibt es Absprachen über den Aufruf?

(Boppel (GRÜNE): Nach der Mittagspause wird signalisiert!)

Die Tagesordnung ist damit um Punkt 22 ergänzt.

Ich rufe nunmehr **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

**Dringlicher Antrag der Abg. Holzapfel, Prof. Breithaupt, Clauss, Dr. Rüdiger (SPD) und Fraktion betreffend Sicherung der Erinnerung an die Judengasse in Frankfurt - Drucks. 12/457 -.**

Herr Abg. Holzapfel, Sie haben das Wort.

**Holzapfel (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viele von Ihnen werden möglicherweise nicht wissen, wo der Börneplatz in Frankfurt liegt. Viele von Ihnen werden ihn aber möglicherweise unter dem Namen Dominikanerplatz kennen. Daß er bis Mitte der achtziger Jahre hinein diesen Namen trug, zeigt, daß es den Nationalsozialisten gelungen ist, die Erinnerung an die Geschichte dieses Platzes für ein halbes Jahrhundert aus dem Gedächtnis der Stadt Frankfurt zu löschen.

Der Börneplatz, dies war der Bereich des früheren jüdischen Gettos, in das die Juden evakuiert wurden, weil die Christen sie im Umfeld des Domes nicht mehr dulden wollten.

Der Börneplatz, das war die Judengasse von Frankfurt, ein Raum, in dem in qualvoller Enge Tausende von Menschen jahrhundertlang gelebt haben, eine Erinnerung daran, daß Unterdrückung und Diskriminierung von Juden eine lange Geschichte haben.

Der Börneplatz ist der Platz, auf dem am Ende des 19. Jahrhunderts abgerissen wurde, weil die Juden die Hoffnung hatten, gleichberechtigte Bürger in Frankfurt geworden zu sein, der Platz, an dem dann jene Synagoge errichtet wurde, die Max Beckmann gemalt hat und die 1938 wie viele andere Synagogen in Flammen aufgegangen ist.

Der Börneplatz schließlich ist der Platz, neben dem der jüdische Friedhof liegt, jener jüdische Friedhof, auf dem die Nationalsozialisten 1942 begonnen hatten, die Grabsteine abzuräumen und zu vernichten, die sie auf einem

Schutthaufen aufgehäuft haben, eine Tat, bei der sie nur durch die beginnenden Fliegerangriffe unterbrochen wurden, ein gespenstischer Platz der Erinnerung heute noch, weil dieser Augenblick der Geschichte angehalten worden ist. Noch heute liegt der Friedhof in dem Zustand, in dem die Nationalsozialisten ihn 1942 hinterlassen haben.

Niemand in Frankfurt kann sagen, daß er sich an die Geschichte dieses Platzes in den Jahren nach dem Kriege in würdiger Weise erinnert hätte. Ich sage dies ausdrücklich: Niemand in Frankfurt hat das Recht, den Finger zu heben und auf andere zu zeigen. Alle in Frankfurt haben die Geschichte dieses Platzes verdrängt. Er ist einer der häßlichsten Plätze der Stadt gewesen. Eine Blumenmarkthalle stand darauf, Tankstellen befanden sich dort. Er hat als Parkplatz gedient.

In der städtischen Planung galt er immer als eine der letzten Freiflächen im innerstädtischen Bereich, die dringend einer Bebauung bedurften. Gestritten wurde zwischen den großen Parteien nicht darum, daß dort gebaut werden sollte, sondern darum, was dort gebaut wurde. Die Sozialdemokraten waren für innerstädtisches Wohnen, die CDU für ein Kundenzentrum der Stadtwerke. Wegen der Mehrheitsverhältnisse in Frankfurt wurde schließlich ein Beschluß zugunsten dieses Konzeptes gefaßt.

(Lenz (Frankfurt) (CDU): Vorher!)

- Ich weiß nicht, wer eben diesen intelligenten Zwischenruf "vorher" gemacht hat. Ich habe gerade versucht darzustellen, daß es niemanden in Frankfurt gibt, der für sich in Anspruch nehmen kann, in der Vergangenheit schon klüger gewesen zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Aber heute, in diesem Sommer, hat sich die Situation auf diesem Platz verändert. Wenn ich sage, daß niemand das Recht hat zu sagen: Ich habe es schon immer gewußt; ich bin schon immer klüger gewesen!, meine Damen und Herren von der CDU, dann sage ich das, weil das es heute eigentlich allen Beteiligten erleichtern müßte, innezuhalten ohne Gesichtsverlust und neu nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Weil das, was heute auf diesem Platz zutage tritt, über Jahrzehnte hinweg verschüttet war, deswegen kann sich aber auch niemand mehr auf frühere Entscheidungen berufen. Eher hätten wir uns alle miteinander zu fragen, weshalb die Stadt Frankfurt, wir alle in Frankfurt, so gründlich verdrängt hatten, um welchen historischen Platz es sich handelt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei den Ausgrabungen auf diesem Platz ist zunächst eine Mikwe und sind zunächst die Fundamente des Steinernen Hauses gefunden worden. Steinernes Haus deswegen, weil es das einzige steinerne Gebäude im Judengetto war. Danach konnte niemand mehr an der Bedeutung dessen zweifeln, was da gefunden wurde.

Es ist nicht bei diesen ersten Funden geblieben. Der gesamte Verlauf der Judengasse im Bereich dieses Platzes ist heute rekonstruierbar. Wer sich die Ausgrabungen angesehen hat, kann sehen, daß es möglich wäre, in diesen Ausgrabungen eine sinnlich anschauliche Wahrnehmung davon zu erhalten, wie räumlich bedrängt Juden früher hier jahrhundertlang leben mußten.

Der benachbarte jüdische Friedhof, der heute isoliert ist, fände einen Bezugspunkt. Möglich wäre hier ein Platz der

Erinnerung an die Geschichte des Frankfurter Judentums.

(Beifall bei der SPD)

Statt dessen bemüht sich die Stadt von Fund zu Fund um immer neue Kompromisse mit der Schaltherhalle des Kundenzentrums der Stadtwerke. Nicht die Frage steht im Vordergrund, wie das Gefundene am besten vor dem Vergessen bewahrt werden kann, wie verhindert werden kann, daß erneut verschüttet wird, was so lange verschüttet war. Immer wieder in immer neuen Verhandlungsphasen geht es nur um die Frage, wie ein Kompromiß mit dem Verwaltungsbau der Stadtwerke gefunden werden kann.

Das Gefeißche um Nutzflächen, um Parkplatzzufahrten, um Kundenbereiche in der Abwägung zur Erinnerung an das jüdische Getto ist längst so maßstabslos, so würdelos geworden, daß sich kaum noch eine Stimme findet, die das mit Verständnis verfolgt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was soll geschehen, frage ich nur beispielsweise, wenn sich die Vermutung bestätigt, daß sich eine weitere Mikwe dort befindet, wo jetzt Neubuden stehen? Wird da neu umgeplant? Wird ein neuer Kompromiß gemacht, ein neues Loch in die Schaltherhalle geschlagen?

Meine Damen und Herren, eine offene Diskussion um die bestmögliche Lösung in Frankfurt erscheint ausgeschlossen, solange sie an den obersten Imperativ gebunden bleibt, das Gebäude der Stadtwerke nicht in Frage zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Kundenzentrum der Stadtwerke kann in Frankfurt an anderer Stelle errichtet werden; die Erinnerung an die Judengasse ist nur an dieser historischen Stätte möglich.

(Beifall bei der SPD)

Hier lebten die Juden in Frankfurt, hier brannte die Synagoge, hier zertrümmerten die Nazis die Grabsteine, hier gilt der Satz, daß die lebendigen Steine um so lauter sprechen, wo die toten Menschen schweigen.

Meine Damen und Herren, in Frankfurt ist in den letzten Jahren vielfach versucht worden, an Traditionen anzuknüpfen und historische Erinnerungen wieder zu beleben. Freilich, es ging dabei immer nur um Momente des Bürgerstolzes - wie beim Aufbau der Alten Oper - oder um die Wiederbelebung altdeutscher Gemütlichkeit - wie bei der falschen Fassade auf dem Römerberg. Beim Börneplatz steht die Stadt vor der Frage, ob sie sich der ganzen Geschichte stellen will oder nur ihren gefälligen Ausschneiden.

(Beifall bei der SPD)

Was im Historikerstreit in der Auseinandersetzung um das Geschichtsbild der Deutschen anklang, wird in dieser Auseinandersetzung konkret, und ich füge hinzu: Wenn ernsthaft behauptet wird, die schon getätigten Investitionen von 11 Millionen DM seien ein Grund, nicht neu nachzudenken, so sage ich Ihnen, auch wenn das viele Nichtfrankfurter erschrecken mag: Das ist eine Summe, die die Stadt Frankfurt als Baukostenüberschreitung bei jedem einzelnen ihrer Großprojekte in der Vergangenheit mühelos verdrückt hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den Diskussionen um die Frankfurter Judengasse hat mich der Hinweis des Frankfurter Oberbürgermeisters erschreckt, daß der Abriß der Judengasse für die Juden selbst ein Augenblick der Emanzipation gewesen sei und daß auch damals niemand daran gedacht habe, sie zu konservieren. Dies kann doch im Jahre 1987 zur Begründung niemand sagen! In der Tat, damals war der Abriß der Judengasse ein Augenblick der Emanzipation. In der Tat, damals dachte niemand daran, diese Gasse zu konservieren. Aber wir wissen heute doch, daß die Hoffnung der Juden auf Emanzipation trügerisch war, daß sie innerhalb eines halben Jahrhunderts von der historischen Entwicklung abgelöst wurde, die zur Vernichtung des Judentums in Deutschland führte. Deswegen wissen wir doch heute auch, daß die Erinnerung an die Judengasse einen ganz anderen Stellenwert hat, nämlich die Erinnerung daran, daß der Augenblick, in dem Menschen getötet werden, eine Vorgeschichte hat, eine Vorgeschichte in Diskriminierung und Unterdrückung, für die diese Judengasse ein Symbol ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Erinnerung ist gerade darum so wichtig, weil sie vor dem Irrglauben bewahren kann, als wäre das Jahr 1933 wie ein Naturereignis über das deutsche Volk gekommen, als gäbe es keine Vorgeschichte, keine Entstehung und somit keine Verantwortung.

Meine Damen und Herren, in der Auseinandersetzung um den Börneplatz ist - und deswegen haben wir das heute auf der Tagesordnung - auch der Wissenschaftsminister dieses Landes als oberste Denkmalschutzbehörde gefragt. Ich habe mich zunächst mit einem Brief an ihn gewandt, mit einem dringenden Appell. Was ich darauf als Antwort erhalten habe, ist mehr als enttäuschend; es geht am Kern der Problematik völlig vorbei. Der Antwortbrief beschäftigt sich mit den Problemen der bauphysikalischen Sicherung und der Darstellung. Diese Probleme können geklärt werden, wenn das Wichtigste geklärt ist, und das ist die Frage, welche Umgebung, welchen Rahmen wir den Erinnerungsstücken zumuten wollen, die wir auf diesem Börneplatz gefunden haben.

(Beifall bei der SPD)

Denkmalschutz ist doch - und es wäre ein schlimmer Rückfall in einen überholten Begriff von Denkmalschutz, wenn wir das nicht so sehen würden - nicht nur die Frage der Sicherung einzelner Objekte, sondern ist immer die Frage nach der Ganzheit einer Anlage.

(Beifall bei der SPD)

Die Judengasse als Erinnerungsstück im Guckkasten am Rande des Weges zur Schaltherhalle, wo Kunden der Stadtwerke ihre Abrechnungen überprüfen lassen oder sich darüber informieren lassen, was für einen Mikrowellenherd sie kaufen wollen, darüber, ob das angemessen ist, muß zuerst verhandelt werden!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage hier in allem Ernst: Wer ernsthaft meint, man könne auf diese Weise die Erinnerung besonders gut bewahren - und das ist in Frankfurt ernsthaft vertreten worden -, wer meint, man müsse historische Erinnerungen und Büroraumwünsche einer Verwaltung in ein ausgewogenes Verhältnis bringen, wie der Oberbürgermeister es wiederholt gesagt hat, weiß der wirklich, um was es bei diesem Platz geht?

Meine Damen und Herren, ich habe erst, nachdem ich den Brief geschrieben hatte, erfahren, daß es für uns einen zusätzlichen Grund gibt, uns heute damit zu beschäftigen. Mir war bekannt, daß Frau Ministerin Dr. Rüdiger zu einer Zeit, als wir in diesem Lande Regierungsverantwortung trugen, als wir die Diskussion um die Entwicklung an diesem Platz miteinander geführt haben, Ende vergangenen Jahres, einen Erlaß an die Stadt Frankfurt gegeben hat, nach dem die Grabungserlaubnis auf diesem Platz unter der Auflage erteilt wurde, die Funde, wie es fachlich heißt, in situ, also an Ort und Stelle, zu sichern. Ich habe erst jetzt erfahren, daß der Nachfolger, der neue Minister, diesen Erlaß im Sommer dieses Jahres faktisch aufgehoben hat und sich damit auch eines rechtlichen Eingriffsinstrumentariums zur Behandlung dieses Platzes begeben hat. So verwunderlich diese Entscheidung ist, so verwunderlich ist es auch, daß darüber die Öffentlichkeit zu keinem Zeitpunkt informiert wurde.

(Boppel (GRÜNE): Das ist doch immer so! Bei den wichtigen Sachen wird niemand informiert!)

Aber deswegen kann die Akte damit nicht geschlossen werden!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe hier nicht darüber zu rechten, ob sich der Wissenschaftsminister mit dieser Aufhebung des früheren Erlasses der rechtlichen Einflußmöglichkeiten wirklich begeben hat. Dies wäre eine selbstverschuldete juristische Selbstbindung. Aber ich sage mit einem Blick auf die Regierungsbank, mit einem Blick auf den Mann, der dort als Ministerpräsident sitzt, und auf den Mann, der dort als Staatssekretär sitzt: Dieser Regierung stehen noch einige zusätzliche Möglichkeiten des Einflusses auf die Entscheidung der Stadt Frankfurt zur Verfügung als ein Erlaß.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Daß eine solch weitreichende Entscheidung in aller Heimlichkeit getroffen worden ist, hat mich auch deswegen ein wenig verwundert, weil ich in den Jahren, in denen ich in Hessen dem Landesdenkmalrat angehört habe, in diesem Gremium schon zu Dingen befragt worden bin, die von einer weit geringeren Bedeutung waren als die Auseinandersetzungen um den Börneplatz in Frankfurt. Zumindest vor der Entscheidung, mit der der Stadt Frankfurt freie Hand gegeben wurde und die den Minister in seinem Schreiben jetzt dazu bringt, die Verantwortung auch auf die Stadt Frankfurt zu verlagern, wäre es wohl angebracht gewesen, den Sachverstand des Landesdenkmalrates in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wer die überörtliche Presse verfolgt - und Sie haben gestern im Ausschnittdienst des Landtages einen Artikel aus einer hannoverschen Zeitung gehabt, und der ist nur einer in einer langen Kette -, der weiß, daß es außerhalb Frankfurts niemanden mehr gibt, der begreift, was an diesem Börneplatz seitens der Stadt Frankfurt beabsichtigt ist. Wer die Diskussion in Frankfurt selber verfolgt, der weiß, daß in Frankfurt Kirchen, Gewerkschaften, aber auch fast alle Parteien, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Freie Demokraten und GRÜNE, gemeinsam der Auffassung sind, daß dort innegehalten werden muß, um eine neue Diskussion und eine neue Planung zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Gestern berichtete eine Frankfurter Zeitung unter der Überschrift "Börneplatz: Nun sollen die Bagger anrücken". Damit ist, glaube ich, deutlich, daß wir diesen Antrag zu Recht als dringlich bezeichnet haben. Wenn wir uns gemeinsam noch davor bewahren wollen, in wenigen Jahren gefragt zu werden, was wir mit diesem Platz getan haben, was wir in einem weiteren Schritt der Vernichtung der Erinnerung an das deutsche Judentum getan haben, dann ist heute die Gelegenheit, hierzu eine Entscheidung zu treffen. Angesichts der Überschrift von gestern - Nun sollen die Bagger anrücken - bitte ich um Ihr Verständnis dafür, daß wir heute morgen hier im Plenum über unseren Antrag abstimmen lassen wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Frau Abg. Hinz.

**Hinz (GRÜNE):**

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der GRÜNEN begrüßt den Antrag der SPD auf Baustopp am Börneplatz. Die Stadt Frankfurt ist im Begriff, eine kulturpolitische Barbarei zu begehen. Leider muß man das so bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Um die Bedeutung der Funde am Börneplatz in historischer und kultureller Hinsicht zu verstehen, muß man die Geschichte der Juden und ihrer Gettoisierung kennen. Schon im Mittelalter wurden Juden in Frankfurt und in anderen deutschen Städten an den Rand der Gesellschaft gedrängt, in ihren Lebensweisen diskriminiert, schließlich verfolgt und ermordet. Die ersten Vorschläge für Judengettos wurden laut, und schließlich wurden diese eingerichtet. In Frankfurt war es dann eine abgeschlossene Straße, die nachts durch Tore verschlossen wurde. Das Areal selbst wurde nie ausgeweitet. Das hatte zur Folge, daß bei steigender Einwohnerzahl dort eine unwahrscheinliche Enge herrschte.

Es ist fast unvorstellbar, wie die Menschen unter diesen furchtbaren Bedingungen dort gelebt haben. Die Auswirkungen negativer Art dieses Zusammenlebens wurden dann von den übrigen Frankfurtern zum Anlaß genommen, ihre Vorurteile zu schüren. Trotzdem erwuchs aus dieser engen Gasse auch eine kulturelle Kraft. Dafür stehen Namen wie Ludwig Börne und Rothschild, derer sich die Frankfurter heute so gerne rühmen.

Das freie Wohnrecht wurde erst 1811 eingeführt. Spätere Versuche, diese Entscheidung rückgängig zu machen, konnten zurückgewiesen werden. So weit zur Geschichte der Judengasse.

Es ist aber nicht nur die Geschichte der Juden, sondern es ist unsere eigene Geschichte. Aus ihr wird deutlich, warum der Völkermord im Dritten Reich möglich wurde. Das war kein bedauerlicher Ausrutscher. Es hat die Wurzeln in dem tief sitzenden Antisemitismus auf Grund jahrhundertelanger Diskriminierung der Juden durch unsere Vorfahren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist die Verbindungslinie zu unserer jüngsten Geschichte, und es ist unsere Verantwortung, dies deutlich zu machen.

Die Judengasse und ihre Überreste sind daher ein Stachel gegen die Verdrängungen in der deutschen Geschichte in

unseren Köpfen, ein Stachel gegen die Gleichgültigkeit dessen, was der Nationalsozialismus und mit ihm große Teile des deutschen Volkes in bürokratisch konsequenter Weise gegen das jüdische Volk gemacht haben. Die deutsche Geschichte ist aus dem Blickwinkel des einzigartigen, weil industriell begangenen Völkermordes in Auschwitz zu betrachten. Auch die ehemalige Judengasse, ihre Überreste stehen in diesem Schatten. Sie sind keine beliebigen mittelalterlichen Mauerreste einer extrem dichten Wohnbebauung, unter der die Juden zu leiden hatten. In der Enge der Judengasse, in der unmenschlichen Enge in den Häusern kündigt sich das Grauen an, das Grauen der Enge der Etagenbetten von Bergen-Belsen und Auschwitz. Im Verbot, die Gasse nachts zu verlassen, dämmert das Ausgehverbot des Warschauer Gettos.

Jedes jüdische Kulturdenkmal - und ganz besonders die Judengasse - ist ein Doppeltes: Sie sind Zeugnisse der grauenvollen deutschen Geschichte. Aber mehr noch sprechen sie heute zu uns von Taten, die nie hätten geschehen dürfen. Die Geschichte der Juden in Frankfurt, in Hessen ist nicht zu Ende und darf es nie sein angesichts dessen, wie die Nazis sie beenden wollten.

Deshalb ist es auch nicht ausreichend, nur einige Teile des Gettos zu erhalten. Geschichte begreifen heißt nicht nur, sie theoretisch verstehen zu können, sondern auch sinnlich erfahren zu können. Erst dann haben Geschehnisse einen bleibenden Eindruck und können Konsequenzen für künftiges Handeln und Zusammenleben in der Gesellschaft ergeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nur aus der Gesamtheit der Anlage läßt sich herauslesen, in welchem Ausmaß ein Teil der Frankfurter Bevölkerung zum Objekt sozialer Ächtung und Absonderung gemacht wurde. Das geht auch nur am Ort selbst, ist nicht woandershin zu verlagern. Die Erfahrung kann nur durch die Begehung, durch das konkrete Erleben des Raumeindrucks, die Enge der Straßen und Häuser vermittelt werden. Es ist auch nicht leistbar durch einfache Details oder Bilddokumentation oder durch Verpflanzung in museale Schutzräume.

Die Vorstellung, daß Teile in einen Verwaltungsbau integriert werden sollen, ist völlig absurd und würdelos.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es wäre so ähnlich, als wollte man in der Paulskirche eine Rollschuhbahn installieren. Das wäre ähnlich würdelos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was es allein dokumentieren würde, wäre unser weiterer halbherziger Umgang mit unserer Geschichte. Bekennen zur Geschichte ist nicht nur, das Schöne und das Gute herauszustellen, sondern auch die Fehler und die Brüche der eigenen Geschichte. Nicht nur Kirchen und Museen, sondern auch Bereiche des alltäglichen Lebens der Menschen, von denen uns die Geschichtsschreibung sonst so wenig berichtet, müssen dokumentiert werden.

Wenigstens die Landespolitikerinnen und -politiker und die Landesregierung müssen an diesem zentralen Punkt unserer historischen Verpflichtung gerecht werden und einen klareren Blick haben als der Magistrat in Frankfurt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Weltweit findet unser Umgang mit Zeugen und Symbolen unserer Geschichte besondere Aufmerksamkeit, und das

zu Recht. Daran wird gemessen, ob wir dem Verdrängen und Vergessen weiter Vorschub leisten wollen. Wir dürfen auch weder die ursprüngliche Zustimmung der Jüdischen Gemeinde noch die Kompetenzen der Stadt Frankfurt in baurechtlicher Hinsicht als Legitimation für die Bebauung des Börneplatzes gelten lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch wir tragen die Verantwortung dafür, wenn wir nicht Einhalt gebieten und die Steine der Judengasse ein zweites Mal zum Schweigen bringen lassen. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Wachsamkeit und Sensibilität gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und dem, was sie durch uns erlebt haben, in die Bevölkerung getragen und erhalten wird. Das sage ich auch und vielleicht gerade deshalb, weil ich einer Generation angehört habe, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde.

Inzwischen ist auch das Bewußtsein in Frankfurt gewachsen. Zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten des kulturellen Lebens setzen sich für den Erhalt der Gesamtanlage ein: als Chance zum Erinnern und Mahnen. Wir müssen heute den Baustopp beschließen, bevor die Mauern diese oder nächste Woche abgetragen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auch einen Appell an die anderen Fraktionen im Hause und an die Landesregierung richten, vor allen Dingen auch an den Ministerpräsidenten Wallmann, der sich immer als Fürsprecher für die Jüdische Gemeinde hervorgetan hat, als er noch Oberbürgermeister in Frankfurt war. Ich möchte aus seiner Regierungserklärung zitieren. Er sagte am 23. April dieses Jahres:

Die zweite Antwort liegt in der Besinnung auf unsere Wurzeln, auf Tradition und Geschichte. Wenn, wie es formuliert wurde, immer weniger Herkunft Zukunft sein wird, müssen wir zum Beispiel Künste pflegen, geschichtliche Erfahrung weitergeben, um mehr Herkunft in die Zukunft mitzunehmen.

Er sagte an einer anderen Stelle:

Wir wissen, meine Damen und Herren, um unsere besondere Verpflichtung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Ich möchte Sie an Ihre Worte erinnern, möchte Ihnen aber sagen,

(Boppel (GRÜNE): Das war ein anderer Wallmann!)

daß es nicht ausreicht, solche Worte für eine Regierungserklärung zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was jetzt gefragt ist, ist auch: ein Zeichen setzen und handeln.

Wir möchten Sie dann noch auffordern, wenn wir den Baustopp beschlossen haben, unserem Antrag, der jetzt im Ausschuß liegt, zuzustimmen, den Börneplatz zum Kulturdenkmal zu erklären. Ich denke, er ist ein solch wichtiger und bedeutsamer Platz, daß dies gerechtfertigt ist. Ich denke, daß hier auch der Landesminister Gerhardt von seiner Weisung nach dem Denkmalschutzgesetz Gebrauch machen sollte, weil der Platz in wissenschaftlicher und geschichtlicher Hinsicht von so großer Bedeutung ist, daß ein öffentliches Interesse daran besteht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Zum Schluß möchte ich Ihnen einen Spruch zitieren:

Wer nicht bereit ist, aus der Geschichte zu lernen,  
ist verdammt, sie zu wiederholen.

Ich denke, wir sollten heute in diesem Hause beweisen,  
daß wir bereit sind zu lernen.

Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN - Vereinzelt Beifall bei  
der SPD)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Gerhardt.

**Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!  
Die Bebauung am Börneplatz in Frankfurt am Main ist  
streitig, und das Bauvorhaben - das ist jedem bekannt -  
wird sehr kritisch beurteilt. Die Bewertung der Funde aus  
dem Bereich der ehemaligen Judengasse verlangt nach  
Auffassung eines Teils der Opposition, von einer vermeintlichen  
Durchgriffsmöglichkeit des Denkmalschutzgesetzes Gebrauch zu machen.  
Von einem anderen Teil der Opposition wird die Landesregierung  
aufgefordert, alle Möglichkeiten der politischen Einflußnahme zu  
nutzen, um einen Baustopp zu erwirken, und einen offenen  
Wettbewerb über Vorschläge zu veranlassen, wie die Erinnerung an  
die Frankfurter Judengasse angemessen bewahrt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich wird  
man mit denkmalrechtlichen Erwägungen der Sachlage nicht  
ausreichend gerecht. Aber es gehört dazu, daß ich Ihnen  
zunächst einmal die Sach- und Rechtslage schildere, damit  
keine Legendenbildung über das Vorgehen und die denkmalfachliche  
Bewertung Platz greift.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es bedarf keiner Weisung, keines voluntativen Akts, um  
die Reste der ehemaligen Judengasse zum Kulturdenkmal im Sinne  
von § 2 Abs. 1 des Denkmalschutzgesetzes zu erklären. Sie sind  
wegen ihrer Bedeutung für die Geschichte der Juden in ihrer  
Ausgrenzung von der Bevölkerung und wegen ihrer Bedeutung für  
die wissenschaftliche Forschung Kulturdenkmale. Es bedarf dazu  
keiner Entscheidung des Hessischen Ministers für Wissenschaft  
und Kunst oder der Fachbehörde, des Landesamts für Denkmalpflege.  
Es bedarf deshalb keiner Unterschutzstellung. Die Existenz dieses  
Kulturdenkmals war immer bekannt. Zweifelhaft waren nur der  
genauere Umfang und die Bedeutung der Objekte.

Die Veränderung des Kulturdenkmals bedarf der Genehmigung.  
Entgegen landläufiger Vorstellung bedeutet Denkmalschutz kein  
absolutes Veränderungsverbot. Denkmalschutz bietet dem Denkmal  
gleichsam einen Verfahrensschutz.

Zuständig für die Genehmigung ist der Magistrat der Stadt  
Frankfurt am Main als untere Denkmalschutzbehörde im Einvernehmen  
mit dem Landesamt für Denkmalpflege als Denkmalfachbehörde.

Die denkmalschutzrechtliche Zustimmung erfolgte im Herbst  
1986 im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens  
des Kundenzentrums der Stadtwerke. Das Ministerium wurde  
eingeschaltet. Die untere Denkmalschutzbehörde berichtete  
damals am 20. August - ich zitiere -:

Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Frankfurt  
wird zur Klärung der Befunde eine baubegleitende Ausgrabung  
vorgeschlagen. Zur rechtlichen Sicherstellung der Maßnahmen  
der unteren Denkmalschutzbehörde sollen die folgenden Auflagen  
der Bauaufsichtsbehörden in dem Bauschein mitgeteilt werden:

Erstens. Mit den Bauarbeiten muß eine wissenschaftliche  
Ausgrabung stattfinden.

Zweitens. Der Ablauf der Bauarbeiten (Ausheben der Baugrube)  
wird mit der unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt.  
Eingriffe in den Boden geschehen nur in Zusammenarbeit und  
unter Aufsicht der unteren Denkmalschutzbehörde.

Drittens. Für den Fall, daß ein in situ erhaltenswertes  
Denkmal angetroffen wird, muß die Baumaßnahme an der betroffenen  
Stelle eingestellt werden und eine genehmigungspflichtige  
Umplanung erfolgen.

Viertens. Die Umplanung muß die Erhaltung des Bodendenkmals  
und seine eventuelle Restaurierung sichern. Außerdem muß sie  
vorsehen, daß das Bodendenkmal gegebenenfalls zugänglich  
gemacht wird.

Fünftens. Sämtliche Kosten, die durch Verzögerung der  
Baumaßnahmen durch Umplanung, durch konservatorische  
Erneuerung oder Erhaltung eines Baubodendenkmals entstehen,  
trägt der Bauherr.

Bitte teilen Sie uns mit,

- so heißt es am Ende des Berichts -

ob die geplanten denkmalpflegerischen Maßnahmen Ihre  
Billigung finden.

Das Ministerium entgegnete am 23. September, Herr Kollege  
Holzapfel:

Ihrer Absicht, das oben genannte Kulturdenkmal teilweise  
auszugraben und, soweit erforderlich, in situ zu sichern,  
stimme ich unter der Bedingung zu, daß die Einhaltung der von  
Ihnen formulierten Auflagen durch den Bauherrn zugesichert  
wird und die Durchsetzung der eventuell erforderlichen  
Umplanungen im Bauschein gesichert wird.

Wichtig an diesem Vorgang ist die Tatsache, daß damit eine  
denkmalschutzrechtliche Zustimmung zum Neubau des Kundenzentrums  
der Stadtwerke erfolgt ist.

Am 30. Januar - Herr Kollege Holzapfel, ich biete Ihnen das  
ausdrücklich an; ich habe die Akte hier; Sie können sie  
komplett einsehen -

(Holzapfel (SPD): Bisher haben Sie noch nichts gesagt,  
was meiner Darstellung widerspricht!)

wird der SPD Frankfurt mitgeteilt: Der Magistrat hat  
zugesichert, daß der Bauherr die entsprechenden Kosten trägt  
und die Einbeziehung der zu erhaltenden Denkmalteile in den  
Neubau rechtlich gesichert wird. Der zu erhaltenden  
Denkmalteile! Es gibt keine Vorentscheidung, auch nicht mit  
dem Hinweis "soweit erforderlich, in situ zu sichern", daß von  
vornherein über die kompletten Funde erklärt würde, sie seien  
in situ zu sichern.

Damit ist jedenfalls - ich will das zur rechtlichen Seite  
sagen, weil das ein Teil des Antrags der GRÜNEN ist -



(Prof. Breithaupt (SPD): Man kann erst wissen, was zu sichern ist, wenn die Ausgrabungen gemacht sind!)

für Erwägungen denkmalrechtlicher Art, das Kulturdenkmal nicht zu umbauen, kein Raum. Die Vorgänge von 1986 haben den Abs. 2 des § 16 des Denkmalschutzgesetzes, der die Frage der Umbauung generell anspricht, erledigt. Ich sage das deshalb, um wirklich keine Legendenbildung aufkommen zu lassen.

(Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Im Herbst 1986 ist die denkmalfachliche Zustimmung zum Neubauvorhaben erfolgt.

(Hinz (GRÜNE): Das ist furchtbar!)

Nach meinem Amtsantritt gab es Presseberichte zu Ausgrabungen und zu Funden. Es wurde festgestellt, daß die Denkmalfachbehörde nicht eingeschaltet war. Am 15. Mai erging ein diesbezüglicher Beanstandungserlaß an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Am 26. Juni berichtete der Magistrat über bautechnische Erfordernisse eines Abbaus und der Rekonstruktion der Mikwe. Grund für den Abbau und die Rekonstruktion der Mikwe sind Gründe der besseren musealen Präsentation. Diese Gründe werden abgewogen gegenüber der Forderung, "soweit erforderlich, in situ zu belassen." Am 9. Juli wurde der Magistrat darauf hingewiesen, daß die Mikwe Kulturdenkmal ist und Maßnahmen nach § 16 seiner Genehmigung bedürfen. Eine ausreichende Rechtfertigung wurde für die Translozierung in der besseren Präsentation gesehen. Es wurde gebeten, das erforderliche Einvernehmen mit dem Landesamt herzustellen. Es kam dann am 23. Juli zu dem Ortstermin, bei dem damals allseitiges Einvernehmen über die Maßnahmen festgestellt wurde.

Danach begann eine breite Diskussion, und die führen wir noch heute. Sie geht - richtig, Herr Kollege Holzapfel - über eine denkmalrechtliche Bewertung weit hinaus. Sie ist eine Herausforderung im guten Sinne für politisches Gespür und verantwortbare Entscheidungen.

Verlangt werden muß, daß die Landesregierung mit angemessenem Problembewußtsein diesen Vorgang beachtet und zur Kenntnis nimmt. Es ist keine leichte Diskussion, die wir auch heute zu führen haben.

(Zuruf der Abg. Dr. Rüdiger (SPD))

Es gibt aber aus meiner Sicht auch keinen Königsweg der Lösung mit Blick auf das geschichtliche Problembewußtsein am Börneplatz.

(Beifall der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Wohl aber - die Bemerkung möchte ich mir doch gestatten - gibt es auch manche deutlich erkennbare Geschmackslosigkeiten.

(Dr. Jung (CDU): Allerdings!)

Einen solchen Satz finde ich in der Begründung des Antrags der GRÜNEN, nach dem der - so steht es dort -, der wie der Frankfurter Magistrat noch immer den Bau des Gebäudes der Frankfurter Stadtwerke auf dem Börneplatz für unverzichtbar halte, sich wissentlich oder unwissentlich zum Komplizen all jener mache, die die in Deutschland an Juden begangenen Verfolgungen vergessen machen wollen.

(Pfui-Rufe bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

So erzeugt man das Gegenteil von Problembewußtsein. So benutzt man Sprache als Waffe und nicht als Argument.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf der Abg. Dr. Rüdiger (SPD))

Die Geschichte der Juden und der Judengasse in Frankfurt hat der Kollege Holzapfel geschildert. Sie ist beeindruckend. Sie steht für eine grausame Behandlung und Gettoisierung von Menschen und für die Unwürdigkeit vieler Verhaltensweisen der sie umgebenden Gemeinschaft, die sie isoliert hat. Es ist kein Ruhmesblatt.

Die Frage ist, ob sich die Hessische Landesregierung auf den Weg machen sollte, dem Magistrat und dem Stadtparlament der Stadt Frankfurt am Main eine andere Lösung am Börneplatz nahezu legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stadt Frankfurt ist groß genug, sie ist alt genug, sie ist lebendig genug,

(Zuruf der Abg. Dr. Rüdiger (SPD))

um den entstandenen Konflikt selber auszutragen. Sie verfügt über ein weltoffenes Bürgertum, über demokratisch legitimierte Repräsentanten quer durch alle Parteien,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

über eine sensibilisierte Öffentlichkeit,

(Boppel (GRÜNE): Das ist eine Flucht vor der Verantwortung!)

eine wache Presse- und Medienlandschaft. Die Stadt Frankfurt am Main muß selber entscheiden. Und sie muß selber wissen, was die angemessene Lösung am Börneplatz ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Boppel (GRÜNE): Flucht vor der Verantwortung!)

Niemand kann ihr diese schwierige Entscheidung abnehmen.

(Boppel (GRÜNE): Die Landesregierung mischt sich in jede Kleinigkeit ein, wenn es sein muß! - Prof. Breithaupt (SPD): Das können Sie wohl, das wollen Sie nicht!)

Auch wenn ich mir selbst gründlich überlege, wie ich als politisch Verantwortlicher in Frankfurt entscheiden würde, so halte ich es für angezeigt, nicht in diesem Haus und für die Hessische Landesregierung mit einem moralischen Zeigefinger eine der möglichen Lösungen für den Börneplatz als historisch würdig zu prämiieren und andere zu verwerfen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Boppel (GRÜNE): Wer ist denn für Denkmalschutz zuständig?)

Auch die jetzt in Frankfurt gefundene Lösung ist keine geschichtslose Lösung. Ob sie der Geschichte ausreichend gerecht wird, ist die Streitfrage.

(Holzapfel (SPD): Eine zufällige Lösung!)

Ein Modell der Lösung des Bauens am Börneplatz ist weder in der einen noch in der anderen Weise nachweisbarer Ausweis eines besonderen oder weniger besonderen Bewußtseins für Geschichte.

(Boppel (GRÜNE): Sie drücken sich doch vor Ihrer eigenen Verantwortung!)

Wir sind, wenn wir uns ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen - das ist mir nach der Rede von Frau Hinz

wieder deutlich geworden -, auf die Feststellung zurückgeworfen, daß uns immer noch die nötige Souveränität fehlt, angesichts der Vorgänge in der jüngeren Geschichte mit Maß und Ziel beurteilen zu können, was sich dort vollzieht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Korwisi (GRÜNE): Das ist unerträglich! - Boppel (GRÜNE): Eine politische Enttäuschung!)

Es gibt keine denkmalfachlichen Entscheidungen, die uns die Sicherheit geben, eine richtige Lösung am Börneplatz aus denkmalfachlicher Sicht treffen zu können. Entscheidungen am Börneplatz werden immer politische Streitfragen bleiben und dieser politischen Diskussion zugänglich sein können. Dies bemerkt man im übrigen auch bei Rückbetrachtung von Entscheidungen meiner verehrten Vorgängerin im Amt.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): So ist es!)

Das Haus hat die Vorgänge vorsichtig beurteilt. Es gab nie die Auffassung im Hause, daß man mit Denkmalschutzrecht eingreifen könne. Es mag bedauert worden sein, daß man solche Möglichkeiten nicht hatte, aber es gibt keine andere Sicht der Mitarbeiter meines Hauses in der denkmalfachlichen Bewertung der Vorgänge am Börneplatz, die eine Legendenwebung bedeuteten, daß mit dem Wechsel der Landesregierung denkmalfachliche Gesichtspunkte zurückgedrängt worden seien.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Dr. Rüdiger (SPD): Falsch!)

Wir werden die Diskussion um den Börneplatz weiter haben. Wir werden sie auch weiter führen müssen. Es geht um die Entscheidung über eine angemessene Lösung, die streitig verhandelt werden kann.

(Claus (SPD): Wenn die Bagger kommen, gibt es keine Lösung mehr!)

Eine solche Entscheidung liegt aber allein bei der Stadt Frankfurt. Bei der Stadt Frankfurt liegt auch die Entscheidung, ob man innehält oder nicht. Ich sehe nicht die Möglichkeit und sehe auch keine ausreichende Begründung für die Hessische Landesregierung, eine Entscheidung zu diesem Börneplatz zu treffen, die die Stadt Frankfurt von der Größenordnung und der Kraft her selbst treffen kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Wilke.

**Wilke (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser sachlichen und fachlichen Darstellung des Vertreters der Landesregierung, des Ministers für Wissenschaft und Kunst, sind wir der Auffassung, daß die beiden Anträge durch die Erklärung der Landesregierung erledigt sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Claus (SPD): Ihr seid mir schöne Liberales!)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe von der SPD: Doch! - Wortmeldung des Abg. Holzapfel (SPD))

- Das Wort hat Herr Abg. Holzapfel.

(Claus (SPD): Die CDU ist auch schweigsam!)

**Holzapfel (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst fest, daß sich an der Diskussion in diesem Haus offensichtlich zwei Parteien nicht beteiligen. Herr Kollege Wilke, Sie werden Ihren letzten Auftritt nicht als Diskussionsbeitrag werten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich stelle zum zweiten fest, Herr Minister, daß Sie nicht widerlegt haben, was ich dargestellt habe. Wenn ich mich schon auf das Aktenstudium einlasse: Es hat die Auflage gegeben, das, was erhaltenswert ist, in situ zu erhalten. Sie müßten begründen, weshalb Sie das, was jetzt zubetoniert wird, nicht mehr für erhaltenswert halten. Dies ist die Frage.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich habe die Art und Weise, in der Sie hier erklärt haben, daß dies eine Diskussion einzig und allein der Stadt Frankfurt sei, mit einiger Verwunderung vernommen, obwohl ich als Frankfurter über die große Wertschätzung erfreut bin, die Sie damit dieser Stadt entgegenbringen. Herr Minister, die Stadt Frankfurt ist keine freie Reichsstadt, sondern ein Teil des Landes Hessen. Was dort in der Denkmalpflege geschieht, untersteht Ihrer Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich sage ausdrücklich: Wir haben in der Vergangenheit Konflikte zwischen dem Wissenschaftsministerium und der Stadt Frankfurt gehabt, auch wenn es um Planungen von Dezernenten ging, die derselben Partei angehörten wie die zuständige Ministerin der Landesregierung. Die frühere Landesregierung hatte die innere Unabhängigkeit auch gegenüber der Stadt Frankfurt, das zu tun, was fachlich notwendig war. Ich stelle fest, Herr Minister: Dieser neuen Regierung fehlt die innere Unabhängigkeit, dies zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch ein eigentümlicher Hinweis allein auf die Verantwortung der Stadt Frankfurt, wenn ich mich an die lebhafteste Debatte erinnere, Frau Kollegin Wagner, die wir in diesem Haus etwa über die Bebauung des Lustgartens in Erbach haben führen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damals ging es auch um einen Konflikt zwischen dem, was eine Kommune wollte, und dem, was aus Sicht des Denkmalschutzes als angemessen betrachtet wurde.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Da gibt es viele Beispiele!)

Sie wissen, ich war damals auf Ihrer Seite. Ich habe mich niemals daran hindern lassen - deswegen erinnere ich daran -, in den Auseinandersetzungen, die wir in diesem Haus geführt haben, auch gegenüber meinen eigenen kommunalpolitischen Freunden es zu sagen, wenn ich die Gesichtspunkte des Denkmalschutzes wichtiger fand als das, was sie sich kommunalpolitisch vorgenommen hatten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

So einfach ist es nicht, dies allein auf die Verantwortung der Kommune zu verlagern. Einzig und allein der

Umstand, daß die Stadt Frankfurt so groß ist und Erbach so klein, kann wohl nicht das Kriterium dafür sein, daß wir uns in einem Fall ein Eingriffsrecht vorbehalten und in dem anderen Fall zur Tagesordnung übergehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Frau Kollegin Degen, wir haben bei der Diskussion um das Denkmalschutzgesetz im Landesdenkmalrat immer wieder auf den Gesichtspunkt hingewiesen, daß es gerade darum geht, Eingriffsmöglichkeiten zu sichern, weil wir nicht von der naiven Erwartung getragen sind, daß jeder Kommunalpolitiker diese Gesichtspunkte von vornherein im Blick hat.

(Beifall der Abg. Dr. Rüdiger (SPD))

Deswegen haben wir dieses Gesetz so konzipiert - auch dies durchaus gegen den Widerstand vieler meiner kommunalpolitischen Parteifreunde -, und deswegen hat eine Mehrheit von Sozialdemokraten und GRÜNEN in diesem Haus das Gesetz so verabschiedet.

Meine Damen und Herren, deswegen geht es nicht, daß der Minister sagt: In Frankfurt gibt es viele aktive Bürger und demokratische Institutionen, und damit ist das kein Thema mehr, zu dem ich mich hier in der Sache zu äußern habe. - Herr Minister, Sie haben einen Satz gesagt, der Ihnen diesen Ausweg aus der Diskussion eigentlich unmöglich machen müßte. Sie haben gesagt, was am Börneplatz vorgesehen sei, sei eine Lösung, die der Vergangenheit gerecht werden solle; ob es ausreichend sei, darüber gehe der Streit. Herr Dr. Gerhardt, wenn das strittig ist, dann sind Sie in der Tat gefragt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Frau Abg. Degen.

**Degen (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns alle darüber einig, daß es sich bei den Funden in der ehemaligen Judengasse in Frankfurt unter dem heutigen Börneplatz um wichtige Zeugnisse der Geschichte handelt. Wir sind uns auch darin einig, daß diese Zeugnisse von allen Gruppierungen bis vor kurzem nicht beachtet worden sind. Wie sonst könnten 40 Jahre vergehen, ehe man sich besinnt?

Ich habe eine Bitte an alle Anwesenden: Wir sollten uns in Anbetracht dieses hochsensiblen Themas alle zur Sachlichkeit zwingen, wir sollten Sachlichkeit walten lassen. Denn wir führen heute eine Diskussion - auch darüber besteht ein Konsens von allen Seiten -, bei der der Schatten unserer jüngsten Geschichte auf uns lastet, bei der uns die Geschichte immer wieder einholt. Man sollte wirklich nicht versuchen, jemanden wegen seiner Einlassungen zu diesem Thema in die rechtsextremistische oder gar antisemitische Ecke zu stellen, wie es vor kurzem in Frankfurt geschehen ist,

(Korwisi (GRÜNE): Man sollte nicht von dem Redemanuskript abweichen!)

oder zu lachen, Frau Korwisi, wie es vorhin aus Ihrer Ecke kam. Ich weiß nicht, was an diesem Thema lächerlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist meiner Meinung nach mit Sicherheit der falsche Stil angesichts dieser Diskussion. Das entwürdigt die Sache selbst.

(Soltwedel (GRÜNE): Sagen Sie mal was Konkretes! - Blaul (GRÜNE): Was wurde denn gesagt? - Soltwedel (GRÜNE): Sagen Sie mal was zur Sache! Das kann man sich ja nicht anhören! - Gegenruf des Abg. Möller (Gießen) (CDU): Dann gehen Sie raus, wenn Sie es nicht anhören können! Unverschämtheit! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Warten Sie es ab, ich habe Sie auch ausreden lassen, ohne zu lachen oder dazwischenzuschreien.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glockenzeichen des Präsidenten)

Bei der Diskussion in Frankfurt über das Faßbinderstück "Der Müll, die Stadt und der Tod" wurden auch von seiten der Fraktion der CDU damals, als die Fronten anders verliefen, keinerlei unerschwellige Vorwürfe gemacht, Herr Holzappel. So war es in Frankfurt. Dies sollte auch der Stil des heutigen Tages sein.

Von dem französischen Historiker und Philosophen Tocquévile gibt es den Satz, daß keine Staatsform im Umgang der Menschen miteinander die Form so nötig habe wie die Demokratie. Dem ist so, in der Tat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Prof. Breithaupt (SPD): Jetzt sagen Sie mal was zur Sache!)

- Warten Sie es ab, ich komme dazu. Ich glaube, Stil ist eine wichtige Voraussetzung. Es geht aber bei diesem Thema nicht nur um Fragen der Form. Da bin ich auch mit Ihnen einig. Der Konsens ist überhaupt sehr breit. Sie müssen nur aufmerksam zuhören.

Es geht bei diesem Thema nicht nur um Fragen der Form, es geht hauptsächlich um Inhalte, mittelbar zumindest. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer von Ihnen bei den Ausgrabungen, bei der Begehung am Börneplatz zugegen war. Ich war zugegen. Ich glaube, jeder, der diese Ausgrabungen gesehen hat, ist beeindruckt. Diese archäologischen Funde lassen Rückschlüsse auf die Situation des Gettos, auf die Geschichte zu. Lassen Sie mich kurz wie Frau Hinz, nur vielleicht aus einer etwas anderen Sicht, auf die Geschichte dieses Gettos eingehen. Bis ins 12. Jahrhundert hinein läßt sich die Geschichte der Juden in Frankfurt verfolgen. Der erste Grabstein auf dem Friedhof am Börneplatz ist von 1248. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts ergeht der kaiserliche Befehl - das war übrigens in ganz Europa so, nicht zur selben Zeit, aber in etwa -, Judenviertel zu errichten. Das geschah auch. Dieses Viertel erhielt drei Tore, die abends abgeschlossen wurden. Frau Hinz, es ist alles so, wie Sie es beschrieben haben. Innerhalb dieses Gettos gab es Wirtshäuser, es gab Synagogen, Schulhäuser, alle diese Dinge, die ein Gemeinwesen ausmachen. Das erweckt auch beim bloßen Zuhören den Eindruck eines beschaulichen geregelten Gemeinwesens.

Die Wirklichkeit war entsetzlich. Nur während der ersten Jahrzehnte lebte man in diesem Getto unter erträglichen Zuständen. 1496 - lassen Sie mich kurz die Zahlen vortragen - standen in der Judengasse neben der Synagoge zirka 14 Häuser, und die Einwohnerzahl wird auf 100 Personen geschätzt. 1610 lebten auf derselben Fläche rund 3.000 Menschen, und es wurden 195 Häuser registriert. In der Stadt ringsum teilten sich zirka 9.000 Menschen eine vielhundertfach größere Fläche, verglichen mit der Judengasse. Bei solcher Bedrängnis war der allgemeine Gesundheitszustand zwangsläufig verheerend.

Ansteckende Krankheiten nahmen in dem notgedrungen dichten Beieinander epidemische Ausmaße an.

Aber trotz aller Bedrängnis - auch das darf nicht vergessen werden - vermittelte das Getto den dort lebenden Menschen ein Gefühl von Heimat und Geborgenheit. Ich kann hier nur an die Frau von Meyer Amschel Rothschild erinnern. Nachdem ihr Sohn aus der Judengasse ausgezogen war und das berühmte Rothschild-Palais gebaut hatte, weigerte sich seine Mutter, in das für sie gebaute Palais einzuziehen. Sie weigerte sich, ihr Haus in der Judengasse zu verlassen; das war ihre Heimat; dort ist sie auch gestorben.

Meine Damen und Herren, trotz all dieser Ungemach - und auch darauf muß ich als Frankfurterin kurz eingehen - blühte in dieser Judengasse das religiöse, das wissenschaftliche und das kulturelle Leben. Studenten aus ganz Europa besuchten dort die berühmten Rabbiner. Die jüdischen Ärzte waren berühmt. Die Frankfurter Juden waren als Kaufleute nicht nur in Frankfurt, sie waren in ganz Europa berühmt. Ich erinnere an Rothschild. Als Literaten nenne ich Börne, nach dem der Platz benannt ist. Ich erinnere an berühmte Mäzene, an Merton, der die Universität mitbegründete.

Aber es geht weiter in dieser Geschichte. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts war das gesamte Getto abgebrannt. Es wurde die Auflage erteilt, auf denselben Grundrissen in derselben Enge wieder zu bauen. 1811 wurde, bedingt durch die napoleonischen Feldzüge, unter Dahlberg die Wohnfreiheit eingeführt und der Wohnzwang im Judenviertel aufgehoben. Viele Juden verließen sofort das Judenviertel, zumindest die, die es sich leisten konnten. Andere folgten nach. Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts war das Judenviertel von den Juden verlassen. Die Unterwelt war eingezogen, so daß dann dieses Judenviertel auf Betreiben der jüdischen Gemeinde abgerissen wurde. Es blieben nur noch der Friedhof und die berühmte Synagoge, die von Max Beckmann gemalte. Die Stadt Frankfurt hat dieses Bild vor etlicher Zeit erstanden. An der Stelle dieser 1938 zerstörten Synagoge wird die Stadt demnächst ein Mahnmal innerhalb einer Gedenkstätte - das wird ein sehr großer Platz von zirka 4.000 Quadratmetern Fläche sein - errichten. Soweit zur Geschichte.

(Claus (SPD): Eine gute Begründung für den Antrag!)

- Herr Minister Claus, es ist kein Grund, - -

(Claus (SPD): Ich sagte: eine gute Begründung für den Antrag! Ich habe Sie gelobt!)

- Von Ihnen kommt das Lob manchmal recht merkwürdig.

Ich sagte vorhin, es sind nicht nur archäologische Funde. Die Enge der Gasse, die vorgefundenen Fundamente spiegeln die Enge des Geistes, unseres Geistes wider, der Toleranz gegenüber dem Andersgläubigen nicht kannte. Diese Intoleranz herrschte bis vor kurzem auch zwischen evangelisch und katholisch. Sie ist zwar nicht in Pogromen oder in katholischen und evangelischen Gassen dokumentiert, aber der Dreißigjährige Krieg zwischen den beiden größten Konfessionen in unserem Lande endete mit der Zerstörung Deutschlands und einer gewaltigen Dezimierung seiner damaligen Bevölkerung. Hiermit will ich auch nicht das Schreckliche mit dem Grauenvollen entschuldigen, ich will damit nur auf einen anderen Brudermord - und um einen solchen handelt es

sich wohl in allen Fällen - hinweisen, der aus demselben Geist entstanden ist.

Meine Damen und Herren, in der Frankfurter Judengasse sind es deshalb Steine von besonderer Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

- Ich freue mich ganz besonders über Ihren Beifall. Ich sagte zu Beginn, der Konsens ist breit.

(Zurufe von der SPD - Claus (SPD): Eine gute Begründung für den Antrag, Frau Kollegin!)

Diese Bedeutung leitet sich aus der Geschichte ab, auch soweit diese stattgefunden hat, als diese Häuser schon lange nicht mehr standen, die von diesen Fundamenten getragen wurden. Aber nach 1933, nach Auschwitz, meine Damen und Herren, ist in der deutschen Geschichte eben nichts mehr so, wie es vorher war.

Was ist nun der richtige Umgang mit diesen Zeugen der Geschichte, mit unserer eigenen Vergangenheit? Ich glaube, dafür gibt es keine Patentlösung, genauso wenig wie es bei dem Faßbinder-Stück in Frankfurt eine Patentlösung gab.

(Zurufe der Abg. Hartherz (SPD) und Holzapfel (SPD))

- Herr Holzapfel, das ist nicht wahr; der Herr Minister Gerhardt hat Ihnen vorhin ausgiebig dargelegt, wie die Verhältnisse waren. Er hat Ihnen das denkmalrechtlich dargelegt, er hat Ihnen auch das andere Prozedere dargelegt. Sie müssen nur zuhören und nicht immer nur Zwischenrufe machen, die von Unkenntnis gezeichnet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Es ging damals wie heute um sehr schwierige Abwägungen. Es gab und gibt keine Patentlösungen. Es ging damals um eine Abwägung zwischen Freiheit der Kunst auf der einen Seite und der Rücksicht auf unsere Mitbürger auf der anderen Seite. Diesmal ging es auch um eine Abwägung, und hierbei sind sehr viele Aspekte zu berücksichtigen, nicht nur ein Aspekt. Ein Gesichtspunkt, der in Frankfurt angeführt worden ist, Herr Holzapfel, dem ich aber keine absolute Bedeutung beimesse, ist natürlich auch das im Bau befindliche Kundenzentrum. Es hat bereits 11 Millionen DM gekostet. Weitere 53 Millionen DM sind fest kontrahiert. Das sind Steuergelder. Ich sage, dem messe ich keine absolute Bedeutung bei, nur, die Bürger müssen auch diesen Aspekt wissen. Es ist ein wichtiger Aspekt.

Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist der denkmalpflegerische, den der Herr Minister gerade eingehend dargelegt hat.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Wagner?

**Degen (CDU):**

Nein. Ich möchte jetzt bitte weitermachen. Das ist ein etwas schwieriges Thema. Ich bin bereit, im Anschluß daran Fragen zu beantworten, aber jetzt bitte nicht.

(Soltwedel (GRÜNE): Ihre Meinung ist schwierig, nicht das Thema!)

- Doch, es ist ein sehr schwieriges Thema, Frau Korwisi. Passen Sie auf!

(Soltwedel (GRÜNE): Ich bin Frau Soltwedel, entschuldigen Sie! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN - Glockenzeichen des Präsidenten)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Frau Abg. Degen!

**Degen (CDU):**

Ich spiele hier auch keine Rolle, Frau Korwisi. Ich gebe meine Meinung wieder.

(Zurufe von den GRÜNEN: Soltwedel!)

Man kann archäologisch-technisch die Fundamente zum Beispiel nicht automatisch in situ erhalten. Der Mörtel besteht fast nur aus Sand.

Ich verstehe nicht, wieso die GRÜNEN sich immer zusammensetzen, hier anscheinend Witze reißen - anders kann ich es fast nicht mehr bezeichnen - zwischen-durch - -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir sind hier eine Fraktion! Wenn Sie Frau Soltwedel als Frau Korwisi bezeichnen, wird man das doch konstatieren dürfen! Wir machen hier keine Witze!)

- Frau Soltwedel, bitte schön. Aber ich muß wirklich sagen, daß ich keine Verständnis dafür habe,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir sind eine Fraktion und sitzen nun einmal zusammen! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN - Glockenzeichen des Präsidenten)

wenn anlässlich dieses Themas hier ständig Witze gemacht oder Anekdoten erzählt werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Lassen Sie mich noch einmal auf den denkmalpflegerischen Aspekt ganz kurz eingehen. Der Herr Minister sagte es bereits. Allein vom archäologisch-technischen Standpunkt aus ist es sehr schwierig, die Baustelle zu erhalten. Der Mörtel besteht nur aus Sand. Es zerbröckelt alles. Die Steine sind von unterschiedlicher Konsistenz, also nur äußerst kompliziert bauphysikalisch zu erhalten.

(Zuruf der Abg. Dr. Rüdiger (SPD))

Schon jetzt, Frau Minister Rüdiger

(Zurufe von der SPD: Abgeordnete!)

- Frau Minister, jawohl, in dieser Eigenschaft spreche ich Sie an -, im Gegensatz zu dem, was frühere hessische Landesregierungen mit der Bodenarchäologie gepflegt haben, ist diese Baustelle die teuerste archäologische Bodendenkmalpflege der letzten zehn Jahre in der gesamten Bundesrepublik Deutschland und wird ausschließlich von der Stadt Frankfurt getragen.

Ich möchte noch einmal sagen: Sämtliche denkmalpflegerischen Maßnahmen und Auflagen sind von seiten der Stadt Frankfurt beachtet worden. Alles dies, was ich gerade gesagt habe, sind sehr wichtige Aspekte,

(Zurufe von der SPD)

denen - das betone ich noch einmal ausdrücklich - keine absolute Bedeutung zukommt. Die entscheidende Frage ist, was für die Funde aus sich selbst heraus die richtige Lösung ist.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ob die Stadtwerke dort bauen können oder nicht!)

Eine Möglichkeit ist, wie Sie es zum Schluß gefordert haben, meine Damen und Herren von der SPD, die Funde insgesamt am Ort zu belassen und in die geplante angrenzende Gedenkstätte einzubeziehen. Können wir aber wirklich sicher sein, daß eine solche Lösung mehr Resonanz finden würde als der archäologische Garten mit Funden aus der Römer- und Karolingerzeit auf dem Römerberg, der immer wieder zur Sammelstelle von Papierabfällen wird und an dem vor allem die Bürger sämtlich achtlos vorübergehen? Können wir sicher sein, daß unsere Bürger von sich aus durch den Besuch der Gedenkstätte und der Funde sich unserer Geschichte stellen?

Bietet da nicht die von der Stadt Frankfurt beschlossene Lösung, die Mikwe und vier Hausfundamente in die Kundenhalle der Stadtwerke an ihrer ursprünglichen Stelle zu integrieren, die große Chance, diese Zeugen der jüdischen und der deutschen Geschichte nicht steinern daliegen und auf Besucher warten zu lassen, sondern zur Herausforderung an jeden werden zu lassen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer das Gebäude betritt - das werden sicher sehr viele Mitbürger sein -, der kann an den Zeugen der Vergangenheit nicht vorbeigehen und wird hoffentlich nachdenklich werden. Das, meine Damen und Herren, scheint die bessere Lösung zu sein. Die Zeugen der Vergangenheit werden nicht in einer Gedenkstätte abgelegt, nein, sie werden als Herausforderung an uns alle Bestandteil der Gegenwart. So kommen die Zeugen der Geschichte zum Reden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Daß eine solche Einbeziehung geschichtlicher Funde in moderne Bauten,

(Zuruf des Abg. Holzapfel (SPD))

Herr Holzapfel, auch architektonisch sehr befriedigend zu lösen ist, zeigen Beispiele in vielen anderen Städten und Ländern. Ich verweise hier nur auf Köln. Ich verweise auf Rom. In Zürich, in Mexiko, allüberall finden Sie diese architektonisch sehr gelungenen Lösungen, die von den Bürgern mehr angenommen werden als tote Gedenkstätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Karthago dürfen Sie nicht vergessen!)

Aus diesem genannten Grunde ist nach unserer Meinung die von der Stadt Frankfurt beschlossene Lösung die beste, gerade auch wenn man den Funden in ihrer historischen Bedeutung gerecht werden will. Die aktive Einbeziehung der Funde in das tägliche Leben von heute ist wichtiger als das Streben nach höchstmöglicher Vollständigkeit der Erhaltung.

Im Grunde ist der Stadtverordnetenbeschuß in Frankfurt auch gar nicht so weit - das ist das, was ich vorhin ansprach - von dem ersten SPD-Antrag, der damals im Römer gestellt worden ist, entfernt. Bei der SPD ging es damals um acht Häuser als Teil des gesamten Grabungsgebietes. Bei der CDU ging es um vier.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Wenderoth sollte jetzt einmal Stellung beziehen!)

Ist dieser Unterschied wirklich so grundlegend, wie der Streit der letzten Wochen glauben machen könnte?

(Holzapfel (SPD): Wenn die eine Seite der Gasse fehlt, dann ist es keine Gasse mehr!)

- Herr Holzapfel, es geht hier nicht um Gassen. Es geht um ganz andere Dinge. Das sollten Sie sich vergegenwärtigen.

Wenn die SPD in Frankfurt dann mit ihrem neuen Antrag von ihrer inhaltlichen Konzeption Abschied nahm und eine neue Überlegungsphase verlangt hat, stellt sich die Frage, ob uns das wirklich weiterführen kann.

(Hartherz (SPD): Ja!)

Diesem Antrag hat sich dann auch die SPD im Landtag inhaltlich in etwa angeschlossen.

(Hartherz (SPD): Weiterdenken ist immer vernünftig!)

Ich verweise in bezug auf diesen Antrag auf die Ausführungen des Herrn Ministers Gerhardt. Für eine Beschlußfassung ist kein Raum mehr. Die Anträge sind mit der Erklärung des Herrn Ministers erledigt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Das ist von ihm auch ausführlich dargelegt worden. Wir machen heute eine politische Diskussion. Durch Denkpausen, durch Hinausschieben kann man sich seiner politischen Verantwortung nicht entziehen, zumal die Entscheidungen der Stadt Frankfurt immer im Konsens mit der Jüdischen Gemeinde getroffen worden sind.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

- Auf Ihren Einwurf habe ich wieder gewartet, Herr Boppel. Diese wichtige Tatsache erwähne ich deshalb nämlich so ganz unbewußt und nur nebenbei, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir würden uns hinter diesem Argument verstecken. Das entspricht nämlich einfach nicht den Tatsachen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Also, die ganze Rede ist unbewußt?)

Dieser Konsens war allerdings sehr wichtig bei der Abwägung, und das ist auch richtig so.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Erbarmen, Herr Oberbürgermeister a.D.!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Es liegt meines Erachtens auch im Interesse unserer jüdischen Mitbürger, daß die getroffene, wohl überlegte Entscheidung der Stadt Frankfurt beachtet und die Diskussion über den Börneplatz, die manche wohlmeinenden Bürger, Frau Hinz, Frau Korwisi oder Frau Soltwedel, zumindest in ihrer Heftigkeit nicht mehr verstehen, beendet wird.

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Frau Abg. Wagner (Darmstadt).

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einige Anmerkungen in dieser Debatte machen und zunächst feststellen, daß ich mit der Einschätzung der historischen Bedeutung dieses Platzes, die Herr Holzapfel hier gegeben hat, nahezu voll übereinstimme, daß ich es aber für unerträglich halte, wenn Frau Hinz mit dem Satz argumentiert, daß die, die nicht bereit seien, in dieser Sache eine bestimmte Bauhandlung zu unterlassen oder eine andere auszuführen, auch nicht in der Lage seien,

„aus der Geschichte zu lernen und damit verdammt seien, sie zu wiederholen.“

Frau Hinz, ich halte das für ungeheuerlich. Sie müssen das einmal mit Gemeindemitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt bereden, und zwar mit Gemeindemitgliedern, die in der Sache durchaus unterschiedlicher Meinung sind, die darüber erschrocken sind, daß die Wiederholung öffentlicher Bekenntnisse an Stelle von rationaler Entscheidung zeigt, daß wir nicht in der Lage sind, mit der Vergangenheit wirklich so umzugehen, wie es angemessen wäre.

Ein solcher Satz ist in Wahrheit deshalb so gefährlich, weil er weder den jüdischen Mitbürgern noch den Nichtjuden hilft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich würde wirklich bitten, daß wir allesamt aufpassen, daß sich durch solche Sätze nicht am Ende des anderen, des politischen Spektrums etwas anbahnt, was nicht vertretbar ist. Ich möchte Sie wirklich bitten, darüber nachzudenken, ob nicht durch solche Sätze die Intoleranz auf allen Seiten wächst, die wir doch gemeinsam überwinden möchten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Zweitens. Meine Damen und Herren, man kann sehr wohl darüber streiten - ich glaube, das hat Herr Holzapfel hinreichend dargestellt -, ob und wie zum Beispiel in vielen Gegenden der Welt, wenn man einen Kompromiß zwischen Menschen suchen will, die auf 5000jähriger Geschichte wohnen möchten, diese 5000jährige Geschichte sozusagen als Bauschutt unter den heutigen Wohnungen der Menschen erhalten ist. Da gibt es gute Beispiele in Israel, und vor allen Dingen in Jerusalem.

Hier handelt es sich - da stimme ich mit Herrn Holzapfel wiederum völlig überein - um eine gänzlich andere Situation, weil wir nicht mehr die Souveränität haben können, zu entscheiden, ob hier in einem Baubereich eine Wohnung, eine Parkgarage, eine Schalterhalle oder etwas anderes gebaut wird. Hier muß nach dem, was Juden und Nichtjuden in Deutschland erlebt haben, eine besondere Sensibilität herrschen; damit sind wir einverstanden.

Drittens. Ich meine, die Ehrlichkeit war richtig, mit der Herr Holzapfel gesagt hat, welche Fehler an diesem Platz von allen Parteien in Frankfurt hinsichtlich dieser Frage gemacht worden sind. Auch das ist öffentlich zugegeben worden, auch von Teilen der Jüdischen Gemeinde selbst. Insofern ist das ein ganz wichtiger Punkt.

Nur: Was sich in den letzten Wochen zwischen der Denkmalfachbehörde, dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst, der Jüdischen Gemeinde, den Frankfurter Gremien von den Fachbehörden bis zu den politischen Gremien als sogenannter Kompromiß herausgestellt hat, ist schon ein Abwägungsprozeß, den auch das Hessische Gesetz zum Schutz der Denkmäler vorschreibt. Das heißt, auch unser Denkmalschutzgesetz sagt nicht, daß in jedem Fall alles zu erhalten sei, sondern es muß abgewogen werden, ob es fachlich erhaltenswert ist. Nebenbei will ich hier einmal sagen: Rein fachlich gibt es darüber durchaus Streitigkeiten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wägen Sie doch nicht ab! Sind Sie dafür oder dagegen?)

Zweitens muß beurteilt werden, wie diese Funde präsentiert werden können, und drittens muß überlegt werden,

wie sie in einem angemessenen Verhältnis zur Nutzung eines solchen Platzes zu sehen sind.

Meine Damen und Herren - das möchte ich allerdings feststellen -, über diesen Abwägungsprozeß kann man in der Tat streiten. Ich stimme völlig mit Herrn Dr. Gerhardt überein, daß der gefundene Kompromiß sicher nicht ein Königsweg ist. Darüber muß man streiten können. Deshalb ist die Frage, die Herr Holzapfel angesprochen hat, durchaus eine solche, die allgemein nicht abgeschlossen sein muß.

Ich will darauf hinweisen, daß die Frankfurter F.D.P. vor Ort dazu einen erwägenswerten Vorschlag gemacht hat. Sie hat zu erwägen gegeben, ob nicht ein Platz an der Hanauer Landstraße angemessener wäre für die Errichtung eines Kundenzentrums der Stadtwerke

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und ob nicht dann die Möglichkeiten weiterer Ausgrabungen am Börneplatz zu einer anderen Lösung führen könnten. Meine Damen und Herren, dies ist für Stadtverordnete, für Parteien in einem Stadtparlament eine legitime Fragestellung. Ich meine auch, darüber muß in Frankfurt weiter geredet werden können.

(Claus (SPD): Und wenn die Bagger kommen?)

Wir sollten uns aber hier im Landtag über unsere Möglichkeiten - damit komme ich noch einmal zu dem Kernpunkt - ganz klarwerden. Der Antrag der SPD ist nichts anderes als das Begehren, eine Resolution des Hessischen Landtags dahin zu erwirken, neue Verhandlungen zwischen der Denkmalsfachbehörde und der Stadt Frankfurt aufzunehmen. Wir müssen aber erkennen, daß der Landtag verfassungsrechtlich überhaupt keine Einflußmöglichkeiten hat, sondern daß er - gemäß Ihrem Antrag - schlicht Resolutionen verabschieden soll.

Meine Damen und Herren, ich halte dies - wir haben es in den letzten vier Jahren leider schon häufig genug getan - aus verfassungsrechtlichen Gründen, was die Aufgabenteilung - -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): 5000 Jahre Geschichte! 5000jähriger Unsinn, der jetzt kommt! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

- Herr Fischer, Sie sollten wenigstens so viel Respekt haben, daß Sie einem Parlamentarier - nach 40 Jahren Demokratie - das Rederecht nicht durch ständige Unterbrechungen streitig machen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich halte es für ganz wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, was der Landtag mit Beschlüssen bewirken kann, worin die Kompetenzen der Hessischen Landesregierung bestehen und was eigenständige demokratische, parlamentarische Rechte von Stadtparlamenten und Stadtregierungen sind. Wir sind kein Ersatzparlament, welches Entscheidungen treffen könnte an Stelle von Magistraten, Kreisausschüssen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen, wenn deren Entscheidungen dem Hessischen Landtag nicht passen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Hier ist allein die Landesbehörde gefragt. Es sind dieselben Beamten wie früher. Die neue Landesregierung hat sie nicht ersetzt. Diese Beamten haben der alten Landesregierung nach rechtlichem und fachlichem Können genauso gedient, wie sie der neuen dienen. Sie sind in dem ihnen durch Gesetz, welches der Hessische Landtag

verabschiedet hat, auferlegten Abwägungsprozeß zu der Entscheidung gekommen, daß der Kompromiß, der am 23. August - jedenfalls dieser Tage - ausgehandelt worden ist, dem gerecht wird, was die bisherige Ministerin als Auflage für den Abwägungsprozeß gemacht hatte. Sie hat nicht gesagt: Es ist in situ zu erhalten. Vielmehr hat sie ihrer Fachbehörde gesagt, es sei abzuwägen, ob und was in situ zu erhalten ist. Das hat die Fachbehörde - es waren dieselben Personen, Frau Dr. Rüdiger, die Ihnen gedient haben und jetzt der neuen Regierung dienen - so entschieden.

Meine Damen und Herren, es ist ein Kompromiß, der am Ende immer angreifbar ist, weil er nicht zu hundert Prozent die Linie des jeweils Interessierten zu Ende führen kann; vielmehr ist es ein Kompromiß, in dem offensichtlich das Abwägen unterschiedlicher Interessen zu einem gemeinsamen Entschluß geführt hat.

Ich sage noch einmal persönlich: Vor Ort kann man sehr wohl darüber streiten; dieser Meinung bin ich. Aber ich halte es aus verfassungsrechtlichen Gründen für nicht geboten, durch eine Resolution des Hessischen Landtags Parlamentsbeschlüsse der Stadt Frankfurt und Entscheidungen der Landesregierung, die nach Gesetz und Sachverstand getroffen sind, zu ersetzen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Frau Abg. Dr. Rüdiger.

**Dr. Rüdiger (SPD):**

Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich treffe einige unzweideutige Feststellungen.

Die erste Feststellung: Die Regierung kann sich nicht aus ihrer Verantwortung und vor ihrer Entscheidungskompetenz drücken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die zweite Feststellung: Herr Staatsminister Gerhardt, gerade als Ihre Vorgängerin im Amt sage ich Ihnen: Sie sind der oberste Denkmalschützer. Wenn Sie diese Kompetenz haben, haben Sie auch die Verpflichtung, zu dieser Kompetenz zu stehen und in Konflikten auch zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. Frau Wagner, die Loyalität der Beamten, die nicht ausgewechselt worden sind, ist für mich über jeden Zweifel erhaben. Aber dennoch hat die politische Spitze eine solche Entscheidung zu treffen - und unter Umständen sogar gegen die Voten von Beamten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Viertens. Wann je wäre das Denkmalrecht mehr gefragt gewesen als in dieser Situation?

(Boppel (GRÜNE): Sehr richtig!)

Denn alle, auch diejenigen, die heute nur sehr zögerlich an das Rednerpult gekommen sind, haben durch ihre Schilderung ja bestätigt, welcher großer Wert - eben wegen der Geschichte dieses Ortes - darin besteht, die räumliche Enge dieser Getto-Situation zu spüren, zu erfassen und durch die sinnliche Wahrnehmung zu begreifen, welche Ursachen zu dieser Getto-Situation geführt haben und welche Wirkungen von ihr ausgegangen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist sinnlich wahrnehmbare Vermittlung von Geschichte und wird größere Auswirkungen haben als die Unterglasstellung in Vitrinen oder die Sichtbarmachung von einer Kundenhalle aus.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Wagner (Darmstadt)?

(Dr. Rüdiger (SPD): Bitte sehr!)

Bitte, Frau Abgeordnete!

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Frau Dr. Rüdiger, wenn Sie diese Einsicht haben, darf ich Sie fragen, warum Sie diese Einsicht nicht mit Erlaß vom 20.8.1986 - als Sie die Macht hatten, dieses zu entscheiden - dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main mitgeteilt haben.

**Dr. Rüdiger (SPD):**

Ich danke Ihnen für den Hinweis, damit ich das, was mir besonders wesentlich erscheint, nicht vergesse. Denn die von meinem Nachfolger zitierten Worte aus meinem Erlaß "soweit erforderlich, in situ zu sichern", vor Ort zu sichern, ist genau das Instrument gewesen, das das Denkmalschutzrecht zuläßt und es in der damaligen Situation ermöglichte, alle weiteren Erkenntnisse im Sinne der Denkmalpflege sicherzustellen und einzubringen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Boppel (GRÜNE): Ein wagnerisches Eigentor!)

Ein Letztes. Es ist immer wieder auf die finanziellen Vorleistungen, die schon erbracht worden sind, hingewiesen worden, auch von Ihnen, Frau Degen: Das ist sicherlich ein erheblicher Betrag, auch für die Stadt Frankfurt. Aber man kommt zur richtigen Einschätzung dieser Summe, wenn man sich bewußt macht, wie unendlich viel die Stadt Frankfurt gerade jüdischen Familien verdankt, vom Paul-Ehrlich-Institut bis zur Gründung der Universität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal an das erinnern, was Herr Holzapfel gerade bei Einbringung unseres Antrags so verbindlich formuliert hat, um Ihnen die Zustimmung zu ermöglichen. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, daß keinesfalls sehr früh die Sensibilität für die historische Würdigung dieses Platzes bei allen in Frankfurt Tätigen und den politischen Parteien vorhanden war. Er hat gerade daraus die Hoffnung abgeleitet, daß es hier zu einer breiten Zustimmung zu diesem Antrag kommen könnte. Dies wäre unsere Aufgabe als Landtag. Nein, ich habe nach wie vor die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es zu einer solchen Abstimmung kommt.

Frau Wagner, wenn Sie sagen, das sei nur eine Resolution, so denken Sie einmal daran, welche Abstimmungen in Sachen Denkmalpflege bei Konfliktfällen in den vergangenen Jahren in diesem Hause bei nicht so gravierenden Themen schon gelaufen sind, von Petitionen bis hin zu anderen Fällen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eines möchte ich zum Schluß noch einmal besonders unterstreichen: Was machen wir mit der Denkmalpflege und wohin verschludern wir das Denkmalschutzrecht, wenn wir die kleine Gemeinde zwingen, Denkmäler zu erhalten, die in der Gemeinde und in der Bevölkerung gar

nicht so einsichtig und vermittelbar sind, aber der Stadt Frankfurt, weil sie die große Stadt ist, finanzkräftig, großen politischen Einfluß hat, einen Blankoscheck ausstellen, wobei sich die Landesregierung vornehm zurückhält? So kann es doch wohl nicht gehen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. von Plottnitz.

**von Plottnitz (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich meine, daß auf zwei Aspekte in der Rede des Herrn Ministers für Wissenschaft und Stadtwerke, hätte ich fast gesagt, für Wissenschaft und Kunst natürlich,

(Beifall bei den GRÜNEN)

einzu gehen ist.

Zum einen, Herr Minister, haben Sie es beklagt, daß uns hier die Souveränität fehle, mit dem Gegenstand, der gegenwärtig hier Beratungsgegenstand ist, richtig umzugehen. Ich meine, diesen Satz hätten Sie besser unterlassen, und Sie würden gut daran tun, ihn aus dem Protokoll zu streichen. Denn Sie kokettieren hier mit einer Souveränität, die sich gerade auf dem Hintergrund der Geschichte, die dieser Debatte hier zugrunde liegt, nur als deutscher Herr-im-Haus-Standpunkt ausdrücken kann. Das wissen Sie selbst am besten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In einer Sitzung des Kulturausschusses der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main hat sich die Souveränität, von der Sie sprechen, ja im übrigen auch Bahn gebrochen. Da soll von einem - ich weiß nicht von wem; ich weiß auch nicht, welcher Partei er angehört - Mitglied dieses Ausschusses gesagt worden sein, wir sollten hier nicht jüdischer sein als die Jüdische Gemeinde. Zu anderen Zeiten hätte er gesagt, wir sollten hier nicht undeutscher sein als es Deutschen entspricht. Das ist die Souveränität, die Sie hier bemühen.

Im übrigen ist es auch sachlich nicht richtig. In Frankfurt am Main maßt man sich diese Souveränität ja qua Magistrat an. Anders ist das Vorhaben nicht zu erklären, das dort ansteht und das von hier aus verhindert werden müßte.

Ein zweiter Aspekt, von dem ich meine, daß er angesprochen werden muß: Es wurde nicht nur vom Herrn Minister, sondern auch von anderen in der Debatte immer wieder auf die alleinige Zuständigkeit der Stadt Frankfurt am Main verwiesen. Nun meine ich, daß doch schon der Verlauf dieser Debatte hier den Eindruck nahelegen muß, daß das zukünftige Schicksal des Börneplatzes nicht Sache der Stadt Frankfurt am Main allein ist, sondern daß das eine Frage von einer Bedeutung ist, die weit über den Bereich der Stadt Frankfurt am Main und ihrer kommunalen Zuständigkeiten hinausgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben, über das wir hier diskutieren, dessen Verhinderung die GRÜNEN und die SPD wünschen, geht es auch nicht um irgendein beliebiges Projekt, über das man streiten kann, das als Ergebnis eines Kompromisses angesprochen werden könnte, das gleichsam akzeptabel sein könnte, sondern es geht um etwas, das völlig unakzeptabel ist. Es geht um den Versuch der Stadt Frankfurt am Main nach bisheriger



Beschlußlage, auf dem Börneplatz - unbeschadet der Funde, die dort gemacht worden sind - einen kleinen Teil dieser Funde zur Verschönerung - so würde ich sagen - eines Verwaltungsgebäudes der Stadtwerke zu nutzen. Man soll auch nicht vergessen, hier einmal - so makaber das ist - den Hinweis darauf zu geben, daß zu diesen Stadtwerken auch die Gaswerke gehören.

(Zurufe von der CDU: Pfui! Unglaublich! Unverschämt!)

- Natürlich stimmt es. Das ist zu Recht von Journalisten -

(Weitere Zurufe von der CDU: Unerhört! Unglaublich!)

- Es ist wahr.

(Badeck (CDU): Sie sollten sich schämen!)

- Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie das empört. Es ehrt Sie auch, daß Sie das empört. Aber ich meine -

(Zuruf des Abg. Küchler (CDU))

- Ich sage Ihnen doch, ich nehme zur Kenntnis, daß Sie das empört. Diese Empörung ehrt Sie auch.

(Erneute Zurufe von der CDU)

Dennoch meine ich, daß diese Art von Umgang mit Geschichte und gerade mit diesem sensiblen Teil von Geschichte im Rahmen eines solchen Projektes unannehmbar ist. Das ist nicht etwas, worüber man als Kompromiß streiten könnte. Das ist abzulehnen. Das ist das, was wir meinen. Es handelte sich um eine Barbarei, wenn es dennoch geschehen würde.

Ein letzter Punkt, auf den einzugehen ist. Hier ist von dem Herrn Minister eine bestimmte Passage der Begründung des Antrages angesprochen worden, den die GRÜNEN zu diesem Thema eingebracht haben. Ich fühle mich, was die Formulierung angeht, verantwortlich. Aber ich erkläre hier: Wenn es Ihnen dadurch erleichtert wird, unseren Standpunkt zu akzeptieren, bin ich gern bereit - ich glaube, da kann ich auch für die Fraktion der GRÜNEN sprechen -, das Wort "wissentlich" aus dieser Passage zu streichen. Daran soll es nicht liegen.

Aber zu der Empörung, die die Entwicklung am Börneplatz in Frankfurt am Main hervorruft, gehört eben auch, daß wir es nicht nur mit einem Einzelfall zu tun haben. Es gab andere Versuche und es gibt historische Vorläufer für den Versuch, hier Geschichte zu bereinigen, gerade in bezug auf die Punkte, die nie vergessen werden dürfen, wenn sich die Schrecknisse dieser Geschichte nicht wiederholen sollen. Es gab in Bitburg den Versuch, an den Gräbern von Angehörigen der Waffen-SS zu verwischen, wer im Zusammenhang mit den Verbrechen des NS-Regimes historisch Täter war und wer historisch Opfer war. Das war der erste große öffentliche manifeste Versuch, die deutsche Geschichte auf eine sogenannte Normalität hin zu bereinigen. Einen weiteren Versuch gab es im Rahmen des sogenannten Historikerstreits, wo unter Hinweis auf die Verbrechen des Stalin-Regimes die deutsche Geschichte ebenfalls im Sinne einer Entlastung der eigenen Vergangenheit normalisiert werden sollte.

In diesem Kontext muß, so meine ich, auch die Entwicklung am Börneplatz beziehungsweise das derzeitige Vorhaben am Börneplatz gesehen werden.

(Zuruf von der CDU: Ihr habt Stammheim normalisieren wollen!)

Es geht gerade darum, diese Normalisierung zu verhindern, auch im Kontext der Stadtentwicklung von Frank-

furt am Main zu verhindern. Das sind die wesentlichen Gründe, die hier zu debattieren sind.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Möller (Gießen).

**Möller (Gießen) (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir in diesem Hause noch zuhören könnten - auch zuhören könnten, wenn der vermeintliche politische Gegner spricht -, hätten wir nach der Rede von Herrn Staatsminister Dr. Gerhardt tief Luft geholt und gesagt: Die Landesregierung hat recht, und Recht und Gesetz sind zu achten, auch wenn das Ergebnis uns nicht immer paßt.

(Widerspruch bei der SPD)

Frau Dr. Rüdiger, Sie waren selbst Ministerin; Sie sind es heute - ich sage: glücklicherweise - nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie sollten wissen, daß auch der oberste Denkmalpfleger nicht einfach losmarschieren und sagen kann: Mein Geschmack ist anders,

(Boppel (GRÜNE): Ist das eine Geschmacksfrage, Herr Möller?)

und infolgedessen zwingt mich nach Abschluß eines ordnungsgemäßen Baugenehmigungsverfahrens dem Bauherrn, der Denkmalschutzbehörde und der Baubehörde meine persönliche Meinung auf.

(Widerspruch bei der SPD)

Gerade Ihnen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, möchte ich einmal eines aus vollem Herzen sagen: Wir leben nicht in einer Räterepublik.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben hier in der Bundesrepublik nicht Verhältnisse wie nach der Großen Revolution von 1789 in Frankreich, wo sich der Abgeordnete des Konvents die Schärpe um den Bauch gebunden hat und dann in die großen Städte seines Landes gereist ist, um dort die Direktiven des Konvents vor Ort durchzusetzen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Meine Güte!)

Das mag zwar ein faszinierendes Erfolgserlebnis für einen Abgeordneten gewesen sein, Herr Dr. Günther, aber es hat auch in aller Regel kurz darauf unter der Guillotine den Kopf gekostet. Ich glaube, von solchen Verhältnissen sind wir meilenweit entfernt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb ein Wort zu Ihnen, Herr von Plottnitz: Das, was Sie hier gesagt haben, war eine ungeheuerliche Anmaßung, war eine ungeheuerliche Frechheit. Es war mit umgekehrten Vorzeichen - mit umgekehrten Vorzeichen, Herr von Plottnitz - die Sprache derer, die uns 1933 von links und rechts ins Verderben hineingeführt haben. Lassen Sie sich das hier einmal gesagt sein!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das ist unglaublich, Herr Möller!)

Meine Damen und Herren, eine Landesregierung, die Dr. Walter Wallmann zum Ministerpräsidenten hat, und eine CDU-Fraktion, die hinter diesem Ministerpräsidenten steht,

(Zuruf von der SPD: Stramm!)

brauchen sich keinen Antisemitismus und keinen Mangel an Sensibilität oder Gespür für ihre jüdischen Mitbürger entgegenhalten zu lassen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Präsident, ich beantworte jetzt keine Zwischenfragen; aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, eines: Was sollte denn dort entstehen, als die SPD noch in der kommunalpolitischen Verantwortung war und diesen Börneplatz, der damals noch Dominikanerplatz hieß, verrotten ließ? Eine Wohnbebauung nach alter Väter Sitte, schlecht, geschmacklos und billig! Wer hat denn erst dafür gesorgt, daß der von den Nazis zum Dominikanerplatz gemachte Platz wieder den historischen Namen "Börneplatz" trägt? Das war doch Dr. Wallmann, und das war doch 1978 in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main die CDU!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, unter wessen Verantwortung entstand das Jüdische Museum? Unter wessen Verantwortung hat das Städel die "Synagoge" von Beckmann gekauft? Unter wessen Verantwortung entsteht in Frankfurt an der Stelle der abgebrannten Großen Synagoge eine Gedenkstätte, wie Frau Degen es vorhin geschildert hat? Wer hat denn ein Beispiel für so viele Kommunen gegeben,

(Boppel (GRÜNE): Hilmar Hoffmann!)

indem er zum erstenmal jüdische Mitbürger aus Israel eingeladen hat, die Stadt Frankfurt zu besuchen, um dort an Ort und Stelle den Versuch einer Versöhnung zu machen? Das war doch Dr. Walter Wallmann, und das war doch die CDU in Frankfurt, und das haben die anderen Kommunen dann doch erst mitgemacht!

(Beifall bei der CDU)

Und dann versuchen Sie hier, mit dieser üblen Unterstellung Unrecht zu säen!

(Boppel (GRÜNE): Was war denn die Unterstellung?)

Sie versuchen, Fluch zu säen! Es ist ganz niederträchtig, was Sie hier tun!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn wir hier jetzt schon im Schmutz wühlen, frage ich Sie: Wer hat denn in Frankfurt die Städtepartnerschaft zu Tel Aviv geschlossen? Das war die CDU. Und wer hat einen israelischen Staatsmann als Terroristen beschimpft? Das war ein sehr wesentlicher Repräsentant einer Partei, die nicht die CDU ist, Herr Kollege Holzapfel.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Drittes und Letztes in dieser spontanen Antwort auf Ihre Anwürfe: Ich stelle mich hier hin und wage als Nichtfrankfurter die Behauptung, daß das Konzept, das die Stadt Frankfurt bei der Bebauung des Börneplatzes anwendet, ein richtiges, vernünftiges und auch die historischen Bezüge achtendes Konzept ist. Deshalb bin ich der Meinung: Es sollte so verwirklicht werden. Die Stadtwerke haben dort nicht

irgendeine beliebige Baumaßnahme ergriffen, sondern in dem Wissen um die besondere Bedeutung des Börneplatzes für die Stadtgeschichte ist über das Bauvorhaben erst nach einem Wettbewerb durch Gutachter entschieden worden. An diesem Wettbewerb waren renommierte Architekten aus dem In- und Ausland beteiligt. Deswegen verstehe ich nicht einen Antrag der SPD, einen Antrag von Leuten, die dort leben, die so tun, als stünden wir am Beginn eines Baugenehmigungsverfahrens, von Leuten, Herr Holzapfel, die wegwischen, daß das alles doch längst gelaufen ist. Ziel des Wettbewerbs war doch die angemessene Einordnung der Architekturaufgabe in die städteräumliche und stadtgeschichtliche Struktur im Bereich des Börneplatzes. Das hochrangig besetzte Obergutachtergremium hat unter Vorsitz des Münchner Professors Angerer einstimmig den Entwurf des Züricher Architekten Ernst Gisel zur weiteren Bearbeitung des Projekts und zur Durchführung empfohlen. Dieser Entwurf ist dadurch gekennzeichnet, daß er auf die städtehistorische Situation in ganz besonderer Weise eingeht. Dazu schreibt Herr Gisel in den Erläuterungen zu seinem Entwurf:

Ein wesentliches Element des Entwurfs bildet die Fassade längs der Kurt-Schumacher-Straße. Mit entsprechenden Formen und Materialien wird eine stadtmauerartige Trennung zwischen Innenstadt und Vorstadt entwickelt. Der vorgeschlagene Mauerkörper erinnert an den historischen Stadtgrundriß und formuliert den Straßenraum von Norden in Richtung Alte Brücke.

Meine Damen und Herren, das war das Ergebnis des Wettbewerbs, den Sie hier fordern, und das war der Grund, weshalb beispielsweise die Jüdische Gemeinde als Grundstücksnachbar zu diesem Bauvorhaben ihre nachbarrechtliche Zustimmungserklärung gegeben hat.

Nun erinnere ich daran - und ich hoffe, wenigstens drei von Ihnen haben zugehört -, wie Herr Staatsminister Dr. Gerhardt auf die Auflagen eingegangen ist, auf die erheblichen den Bauherrn treffenden Auflagen, die mit Frau Dr. Rüdiger als der damals zuständigen Ministerin für Wissenschaft und Kunst abgestimmt waren. Diese Auflagen wurden damals von allen in Frankfurt einhellig getragen.

(Holzapfel (SPD): Und weshalb hält er sich heute nicht mehr an die damaligen Auflagen?)

- Wenn Sie jetzt fragen, weshalb er sich nicht daran hält, stellen Sie eine Behauptung in den Raum, die völlig unbewiesen ist. Natürlich hält sich der Bauherr an die Auflagen, Herr Holzapfel!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Denn entsprechend diesen Auflagen sind umfangreiche, sorgfältig vorbereitete und aufwendige Grabungsarbeiten auf der Baustelle durchgeführt worden. Mit dem Fund des Steinernen Hauses und der Mikwe begann ein Entscheidungsprozeß, in dem entsprechend dem Fortschritt der Grabungsarbeiten über die Behandlung der Bodendenkmalfunde zu befinden war.

Nun müssen Sie wissen, daß nach der übereinstimmenden Einschätzung der zuständigen Baudenkmalpflegebehörden des Landes und der Stadt und auf Grund eines bauphysikalischen Gutachtens ja gerade festgestellt worden ist, daß die aufgefundenen Kellerreste an Ort und Stelle ohne vorherigen Ausbau nicht erhaltungsfähig sind. Nun steht die Denkmalpflege - wie so oft - vor der Entscheidung: Lasse ich etwas unversehrt in situ, an Ort

und Stelle, verrotten, oder mache ich eine zweite Saalburg, indem ich abstütze, oder versuche ich, das, was ich vorfinde, zu konservieren, indem ich es in einen modernen Baukörper einfüge?

Das sind die drei Alternativen, die die Denkmalpflege hat. Über solche Alternativen läßt sich, wie ich meine, immer streiten, und das ist ein legitimer Denkprozeß. Bei solchen Alternativen kann der eine theoretisch sagen: Lassen wir es mit allen Gefahren, die es birgt, so liegen, wie es ist. Dann kann es allerdings leicht zur Müllkippe werden. Auch das müssen wir einmal ganz realistisch sehen. Es hat doch gar keinen Sinn, darum herumzureden. Die Menschheit ist nun einmal so. Der andere mag die Saalburg, und der Dritte begründet das mit dem, was, wie ich meine, Frau Degen so vorzüglich begründet hat,

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

daß nämlich die Reste des Steinernen Hauses mit diesen Ritualbädern und die angrenzenden Häuser "Sperber", "Widder" und "Lamm" am besten an Ort und Stelle in der Weise erhalten werden können, daß man sie in einen lebendigen Raum eines großen Gebäudes einbezieht, das viele Bürger besuchen und besichtigen.

Meine Damen und Herren, und dann soll man nicht sagen: Igitt, das sind die Stadtwerke. Da ist nichts "igitt". Stadtwerke sind lebensnotwendig für jeden von Ihnen.

(Boppel (GRÜNE): Die Agenturen der Atomindustrie!)

Ich möchte wissen, wo Sie sonst bleiben. Das ist kein Kultraum; aber es ist ein Raum, der unter der Aufsicht einer städtischen Körperschaft hervorragend geeignet ist, einerseits den historischen Bezug zu erhalten und andererseits viele Menschen und Mitbürger anzulocken, sich das auch anzusehen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): "Anzulocken" ist gut!)

Deswegen habe ich gar nichts gegen diese Integration, wie sie hier vorgesehen ist und wie wir sie in vielen Städten und Ländern dieser Welt erkennen können. Es hat auch keinen Zweck, sich etwas in die Tasche zu lügen. Ich habe vorhin während der Diskussion aus den Reihen der GRÜNEN gehört: Akropolis. Die Trümmer der alten jüdischen Bauten in Frankfurt sind keine Akropolis und sind kein jüdischer Tempel in Jerusalem; sie sind kein Tempel in Baalbeck, den zu erhalten und zu stützen in situ es sich lohnt.

(Boppel (GRÜNE): Es lohnt sich nicht, sie in situ zu erhalten, haben Sie eben gesagt! - Weitere lebhaftes Zurufe von den GRÜNEN)

Aber sie sind die Zeugen einer Vergangenheit, die mit uns lebt, zu der wir stehen, die wir so erhalten, wie wir sie vorfinden, und die wir deshalb am besten erhalten, indem wir sie

(Holzapfel (SPD): Zubetonieren!)

in den modernen Raum einbeziehen und konservieren. Da wird nichts zubetoniert, sondern da wird gestaltet und erhalten und vorgezeigt. Das, meine Damen und Herren, ist ein Entschluß, den ich richtig finde.

Jetzt ein Allerletztes. Wir haben in den letzten Tagen viel diskutiert über unser Verhältnis zum jüdischen Volk und zu den jüdischen Mitbürgern in diesem Lande. Wir sollen das auch tun. Aber ich meine, wir sollten die Diskussion auf einem Niveau führen, daß man sich nicht nur nicht über seine eigenen Worte schämen muß, sondern daß

man sich auch nicht über die Worte der politischen Gegner zu schämen hat. So wie Sie die Diskussion geführt haben, Herr von Plottnitz, schäme ich mich über Ihre Worte. Das ist schlimm für ein Parlament.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Krollmann.

**Krollmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sollte ein Parlament auszeichnen, daß Angehörige des Parlaments Mehrheitsverhältnisse respektieren. Sie haben die Mehrheit in diesem Parlament, und Sie sind dabei, den Antrag, den meine Fraktion gestellt hat und der steht, als erledigt, als wegen Unzuständigkeit gegenstandslos zurückzuweisen. Ich stehe - ich wiederhole das - dazu, daß Sie diese Macht haben. Was ich aber nicht hinnehmen will - und deshalb bin ich hier hergekommen -, ist, Ihnen zu erlauben, sich hinter rechtlichen Erwägungen bis hin, Frau Kollegin Wagner, zur verfassungsmäßigen Bedenklichkeit oder gar Unzulässigkeit eines solchen Begehrens und einer solchen Diskussion zu verstecken.

(Beifall bei der SPD - Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Ich verstecke mich nicht!)

- Augenblick! Ich will jetzt etwas tun, was unter ausgefuchsten Parlamentariern vielleicht unüblich ist. Ich will Sie fragen, ob Sie Ihre eigene Bemerkung, wir seien hier dabei, eine Resolution zu verabschieden, ganz ernst nehmen. Wären Sie denn bereit, zu akzeptieren, daß in einer Frage von solcher Bedeutung der Landtag sich aufschwingen kann, wenn er denn die Möglichkeiten, mit dem Minister - das ist nicht meine Meinung, aber ich unterstelle das jetzt einmal - rechtlich einzugreifen, als ausgeschöpft ansieht, zu sagen: Wir sind, was diese Frage angeht, anderer Meinung, und wir bitten die Stadt Frankfurt, mit uns in eine Diskussion darüber einzutreten, ob die bis jetzt gefundenen Beschlüsse richtig sind? Dies würde voraussetzen, daß die Stadt Frankfurt nicht die Bagger anrollen läßt, daß sie also die Baumaßnahme anhält.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Krollmann (SPD):**

Ich möchte mir gern erlauben, meinen Satz zu Ende zu führen. - Wenn wir dann die Landesregierung auffordern, der Stadt Frankfurt anzubieten, erneut - kann man dann sagen - in einen offenen Wettbewerb einzutreten, der Vorschläge entwickeln helfen soll, wie die Erinnerung an die Frankfurter Judengasse angemessen bewahrt werden kann, dann haben wir unterstellt, daß das bisherige Ergebnis nicht angemessen ist. Wenn wir uns also dazu verstehen könnten, würden Sie wirklich sagen, daß wir uns da übernommen haben, oder würden Sie nicht sagen, daß das etwas ist, was als kleinster gemeinsamer Nenner, also als Übereinstimmung dieses Hauses, aus einer solchen Debatte herauskommen kann? Ich enthalte mich jetzt völlig und mit voller Absicht einer jeden Bewertung der hier geäußerten Meinungen, einer jeden Bewertung der Diskussion. Wohl war mir nicht während dieser Diskussion. Das allerdings will ich als ganz persönliche Bemerkung anfügen.

Aber bitte, äußern Sie sich dazu. Dann wären wir sicher in einem Verfahren, das Würde und Aufgabe dieses Hauses angemessen ist. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Frau Abg. Wagner für eine Zwischenfrage.

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Herr Krollmann, darf ich Ihnen antworten, indem ich Ihnen eine Frage stelle: Können Sie sich vorstellen, daß ich in meinen Einlassungen durchaus die Unterschiede zwischen den Prinzipien der Legalität und der Legitimität kannte und mir auch dessen bewußt war?

(Dr. Rüdiger (SPD): Ach du lieber Gott! Dekuvrierend!)

**Krollmann (SPD):**

Liebe Frau Kollegin Wagner, mit dieser in eine Frage gekleideten Antwort - es tut mir leid - kann ich nichts anfangen.

(Boppel (GRÜNE): Sophistisch bis in den großen Zeh!)

Ich kann allenfalls daraus schließen, daß Sie gar nicht darauf gefaßt waren, man könnte Ihrer eigenen Meinung so weit entgegenkommen. Das allerdings ist auch dekuvierend.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Kappel.

(Boppel (GRÜNE): Er verzichtet! Das Parlament dankt!)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Meine Damen und Herren, ich habe soeben gegongt. Wir verhalten einen Moment. - Bitte schön, Herr Abg. von Plottnitz!

(von Plottnitz (GRÜNE): Eine kurze Erklärung!)

Das Wort hat Herr Abg. von Plottnitz.

**von Plottnitz (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab vorhin eine Passage in dem Beitrag, den ich hier gehalten habe, die nicht nur Empörung, sondern augenscheinlich auch Verletzung hervorgerufen hat. Daran lag mir nicht. Was ich gesagt habe, bestand eigentlich in nicht mehr als der Wiedergabe von Assoziationen, die man in diesem Zusammenhang haben kann, die übrigens nicht nur ich gehabt habe, sondern die ich in entsprechenden Publikationen auch gelesen habe.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Ich wollte natürlich mit dem, was ich gesagt habe, niemandem unterstellen, daß er in Kenntnis der Möglichkeit solcher Assoziationen ein solches Projekt wie das, was derzeit am Börneplatz ansteht, unterstützt. Das lag mir fern. Wenn dieser Eindruck hier dennoch entstanden ist, dann korrigiere ich das, was ich gesagt habe, entsprechend. Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN - Vereinzelt Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Einige Abgeordnete befinden sich bei Besuchergruppen. Deswegen verhalte ich noch einen Moment bis zur Abstimmung. Herr Abg. Zabel hatte direkt darum gebeten.

Herr Kollege Starzacher! Im Raum 230 M seien noch Leute von Ihnen, sagt mir der Herr Kollege Schriftführer.

(Degen (CDU): 115 M! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir können anfangen!)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Abg. Holzapfel, Prof. Breithaupt, Clauss, Dr. Rüdiger und Fraktion betreffend Sicherung der Erinnerung an die Judengasse in Frankfurt - Drucks. 12/457 -.

Wer für die Annahme dieses Dringlichen Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

(Boppel (GRÜNE): Peinlich, peinlich!)

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Antrag des Abg. Kappel (F.D.P.) und Fraktion betreffend Lehrbedarfsplan - Drucks. 12/323 -**

Es ist eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion vorgeschlagen.

Das Wort hat Herr Abg. Kappel.

**Kappel, F.D.P.:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen in der Drucks. 12/323 einen Antrag vorgelegt, der einen möglichst unverzüglich zu erstellenden Lehrbedarfsplan fordert. Dabei ist in Besonderheit Wert auf den derzeitigen Lehrbestand und den zukünftigen Lehrbedarf gelegt.

Ich weise weiter darauf hin, daß wir dabei eine zeitliche Einteilung von 1988 bis 1993, von 1993 bis 2000 und über das Jahr 2000 hinaus bis 2020 in die Prognosen einbezogen sehen wollen.

Lassen Sie mich zu Beginn dieser Antragsbegründung darauf hinweisen, daß ein Lehrbedarfsplan schon deswegen von hoher Bedeutung ist, wenn wir die vom Land Hessen insgesamt Beschäftigten von 120.000 Frauen und Männern in bezug zu den vom Land beschäftigten Lehrern setzen. Es handelt sich dabei um rund 45.000. Wenn man dabei bedenkt, daß die Lehrerschaft im allgemeinen dem höheren Dienst angehört, so entfällt mehr als ein Drittel der Ausgaben für Personalkosten des Landes Hessen auf diesen Beschäftigungsbereich.

Ich meine, schon mit diesem Hinweis ist ausreichend dargestellt, daß nicht allein die Funktionsfähigkeit unserer Schulen, sondern auch die Leistungsfähigkeit unseres Landes zukünftig angesprochen ist.

Ich hebe hervor, daß es beim Lehrbedarfsplan nicht um ein rein statistisches Eintragen von festen Zahlen und Fakten geht, sondern daß es sich hier um politische Setzungen handelt und daß mit diesen politischen Setzungen natürlich auch die Variablen angesprochen sein müssen.

Lassen Sie mich dabei besonders auf die wesentlichen Punkte, nämlich die Pflichtstundenzahl der Lehrer, die Stundentafeln der Schüler und die Klassenstärken oder Gruppengrößen, verweisen.

Wir haben derzeit keinen solchen gültigen Lehrerbearbeitungsplan. Ich will nur an einem Punkt verdeutlichen, welche Situation sich daraus ergeben kann. Bei allgemein sinkender Schülerzahl und einem sinkenden Lehrerbearbeitungsbedarf haben wir sehr wohl gleichzeitig an bestimmten Stellen nicht genug Lehrer. Ich verweise dabei auf die Grundschule und auf einzelne Fächer, unter anderem das Fach Sport oder das Fach Religionsunterricht, vor allem an beruflichen Schulen.

Es ist deswegen ganz wesentlich, daß mittel- und langfristig ein solcher Lehrerbearbeitungsplan erstellt wird, damit wir nicht nur von heute auf morgen handeln, sondern eine gewisse langfristige Konzeption in unserer Personalpolitik haben. Ich will zur Verdeutlichung, daß der Lehrerbearbeitungsplan auch eine politische Setzung zum Inhalt hat, auf ein wesentliches weiteres Kriterium verweisen. Ich beziehe mich dabei auf den früheren hessischen Kultusminister, Herrn Krollmann. Er schreibt in der "Frankfurter Rundschau" vom 12. Februar 1975 unter anderem - ich verweise noch einmal auf den Begriff Lehrerbearbeitungsplan -: Bedarf ist das, was man bezahlen kann.

(Krollmann (SPD): Haben Sie die Ironie bis heute nicht verstanden?)

- In diesem Zusammenhang, Herr Krollmann, selbst wenn Sie mich jetzt angehen, will ich anerkennen, daß Sie in der 8. Legislaturperiode in der Drucks. 8/4362 einen solchen Bedarfsplan vorgelegt haben. Dazu muß ich natürlich noch einen Hinweis machen. Diesen von Ihnen damals vorgelegten Bedarfsplan habe ich als vergilbtes Papier zur Hand. Vielleicht beweist die Farbe, die das Papier inzwischen erreicht hat, wann Sie zum letztenmal langfristig politisch übersehbare Entscheidungen getroffen haben.

(Troeltsch (CDU): Minister Reitz hat den doch entworfen!)

Natürlich wäre vor oder mit dem Auslaufen dieses Lehrerbearbeitungsplans von Kultusminister Krollmann 1985 die Fortschreibung fällig gewesen. Eine solche Fortschreibung hat es allerdings nie rechtsgültig gegeben. Ich glaube, jeder von uns hat noch die Interimszeit - man könnte auch sagen: die Interregnumszeit; das ist eine Frage der Interpretation - von 1983 bis 1987 in Erinnerung.

Jedenfalls ist der nachfolgende Kultusminister nicht in der Lage gewesen, eine Fortschreibung und einen neuen Lehrerbearbeitungsplan vorzulegen, obwohl er wiederholt gefordert worden ist, wie übrigens auch der erste von der F.D.P. gefordert und durch ihr Drängen realisiert worden ist. Ich will das Herrn Kollegen Schneider nicht persönlich vorwerfen. Die Gesamtsituation in dieser Zeit war so vom - na, sagen wir es einmal mit einem hebräischen Begriff - Tohuwabohu geprägt, daß Sie gar nicht das realisieren konnten, was Sie eigentlich hätten realisieren müssen. Zwar wurden in dieser Zeit von Herrn Kollegen Schneider verschiedene Papiere und Entwürfe vorgelegt; das ist jedermann bekannt. Aber sie sind, aus welchem Grund auch immer - möglicherweise waren sie utopisch und unrealistisch -, vom damaligen Finanzminister Krollmann nicht akzeptiert worden.

Dementsprechend haben diese Vorstellungen des vorigen Kultusministers niemals das Kabinett passiert. Sie sind nie endgültig zum Tragen gekommen.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Schneider?

**Kappel (F.D.P.):**

Ich möchte im Augenblick meine Position zur Sache vortragen; ich bin aber gern anschließend dazu bereit.

Ich will in diesem Zusammenhang auch die Konsequenz eines nicht existierenden Bedarfsplans und die letztlich nicht akzeptable Handlungsweise, von der Hand in den Mund zu leben, am Beispiel darlegen. Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, daß die Klassenstärken in Grundschule und Förderstufe auf 25 herabgesetzt worden sind, ohne daß dabei die finanziellen oder die personellen Konsequenzen auch nur annähernd überzeugend durchdacht gewesen wären.

Von diesen Schritten, die wirklich daraus entstanden sind, daß die rechte Hand nicht wußte, was die linke tat, werden wir zukünftig noch einige Folgen zu spüren bekommen. Dieses Durcheinander der vergangenen Jahre hat aufzuhören, und mit der neuen Regierung ist auch wieder ein ordnendes Prinzip im Land eingeleitet.

Mit dem Antrag fordern wir, daß zuverlässige Daten über die Entwicklung der Geburtenzahlen in den letzten Jahren, aber auch über die voraussichtlichen Bildungswege der Schüler in den nächsten Jahren dargelegt werden. Ich weiß sehr wohl, daß hier alternative Wege möglich sind, und deswegen müssen auch alternative Modelle erarbeitet und vorgelegt werden. Hier sind keine fixen Größen vorhanden, sondern die Entscheidung von Eltern und Schülern müssen je in den Konzeptionen Berücksichtigung finden.

Als ein Beispiel in diesem Rahmen möchte ich ansprechen, daß die Unterrichtsstunden für die Lehrer und die Stundentafel von hoher Bedeutung in den einzelnen Jahrgängen sind. Wenn der Grundschullehrer eine durchschnittliche Unterrichtsverpflichtung von 27 Stunden hat, die Stundentafel der Grundschule allerdings 18 bis 22 Stunden beträgt, wenn dagegen im Gymnasium die durchschnittliche Stundenzahl der Lehrer 24 ausmacht und die Pflichtstundenzahl der Schüler zwischen 28 und 30 liegt, dann kann man sagen, daß theoretisch ein Grundschullehrer mehr als eine Klasse unterrichten kann, während der Unterricht einer Gymnasialklasse zahlenmäßig mehr als einen Lehrer verlangt.

Dies setzt schon voraus, daß die Prognosen jahrgangsweise und schulformorientiert erarbeitet werden, wie gesagt, in Alternativen. Es ist auch völlig unstrittig, daß im Laufe der Jahre jeweils exaktere Erkenntnisse in einen solchen Plan eingearbeitet werden müssen, daß die Pläne aktuell überarbeitet werden müssen, um dem neuesten Erfahrungsstand gerecht zu werden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal die Variablen aufzählen. Ich meine die Pflichtstunden der Lehrer, die Stundentafeln und nicht zuletzt die Klassenstärken oder Gruppengrößen. Dabei ist der Bedarf stufen- und fächerspezifisch zu erarbeiten.

(Schneider (Bickenbach) (SPD): Das wollen wir sehen, wie das aussieht!)

Wie Sie in unserem Antrag an der Dreistufung von 1988 bis 1993 und den beiden nachfolgenden Zeiträumen sehen, bleiben wir in der Antragstellung realistisch. Sie können für die Zeit zwischen 1988 und 1993 heute eine relativ zuverlässige Ausarbeitung erwarten. Alles, was über 1993 hinausgeht, bleibt letztlich irgendwo offen und reine Prognose, weil wir noch nicht in der Lage sind, exaktere Daten anzugeben.

(Zuruf des Abg. Schneider (Bickenbach) (SPD))

Wenn für den Zeitraum zwischen 1988 und 1993 exakte Daten, für den Zeitraum zwischen 1993 und 2000 Prognosen und für den Zeitraum zwischen 2000 und 2020 sehr offene Prognosen gegeben sind, wird ein solcher Bedarfsplan vom Kabinett beraten und verabschiedet werden müssen. Dann werden im Parlament - das ist für uns wichtig - Entscheidungen über Schulgesetze und Organisationsformen im Blick auf diesen Bedarfsplan zu treffen sein. Und indem diese Entscheidungen hier getroffen werden, werden wir gleichzeitig die Größenordnungen für einen zukünftigen Bedarf akzeptieren beziehungsweise korrigieren.

Ich will in diesem Zusammenhang eine Prognose in Erinnerung bringen. Derzeit haben wir einen Überschuß an Lehrern; wir werden allerdings bereits Ende der neunziger Jahre einen Mangel an Lehrern haben und mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen in den nächsten Jahren fertig werden müssen. In diesem Jahr hatten wir 13.000 Bewerber für das Lehramt, wovon nur 800 eingestellt werden konnten. Das wird sich in der Zukunft allmählich verändern und in den ausgehenden neunziger Jahren sogar in einen nicht voll abdeckbaren Bedarf an Lehrern übergehen.

Im Blick auf die 13.000 Lehramtsbewerber in diesem Jahr ist hervorzuheben, daß diesen jungen Kollegen zumindest über einige Jahre eine zuverlässige Auskunft gegeben werden muß, ob und wann sie eine Chance haben, in das Lehramt übernommen zu werden. Ich will nicht verhehlen, daß wir in den nächsten Jahren - nach der Prognose etwa bis zur zweiten Hälfte der neunziger Jahre - eine große Zahl an ausgebildeten jungen Lehrern nicht in den Schuldienst des Landes Hessen übernehmen können.

Es gibt aber in diesem prognostischen Bild auch positive Seiten, die man hervorheben muß, beispielsweise daß für Lehrerinnen, die in den nächsten Jahren nolens volens keine Anstellung finden und sich, mehr oder weniger dadurch gezwungen, allein ihren Familien widmen können - müssen -, doch eine Chance besteht, in absehbarer Zeit in den Schuldienst zu kommen, um einen dann vorhandenen Bedarf abzudecken.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine weitere Chance des Bedarfsplans verweisen. Mit diesem Lehrbedarfsplan müssen wir auch die zukünftige Ausbildung unserer Lehrer ansprechen und prüfen, ob es so weitergehen kann, wie es in der Vergangenheit geschehen ist, nämlich, daß eine Qualifikation als Lehrer jede andere Form der beruflichen Orientierung fast ausschloß. In der Zwischenzeit gibt es hier Gott sei Dank verbesserte Voraussetzungen. Auch in berufsfernen Bereichen haben junge Lehrerinnen und Lehrer inzwischen wesentlich bessere Chancen, übernommen zu werden. Aber in der Zielsetzung, eine möglichst breite Qualifikation in der Lehrerausbildung anzustreben, ist eine verantwortungsvolle Aufgabe für die Zukunft zu sehen.

Ich habe an anderer Stelle schon weitere Überlegungen meiner Fraktion hierzu der Öffentlichkeit vorgetragen.

Dazu gehört auch die Frage, ob es nicht angebracht ist, im Blick auf den Stau an jungen Lehrern, die auf eine Anstellung im Land Hessen warten, darüber nachzudenken, eine flexiblere und frühere Pensionierung unserer Lehrer ins Auge zu fassen.

(Beifall des Abg. Hertle (GRÜNE))

Es ist nicht zuletzt darüber nachzudenken, auch im Blick auf die Verjüngung der Lehrerschaft, den Lehrkräften, die in den siebziger Jahren unter besonderer Belastung gearbeitet haben, eine Entlastung in der Stundenzahl anzubieten. Wir müssen darüber nachdenken, ob auf diesem Weg zusätzliche Stellen geschaffen werden können.

In diesem Zusammenhang will ich einen weiteren Punkt in Erinnerung bringen, der sonst schnell vergessen werden könnte, weil die frühere Regierung offensichtlich bemüht ist, ihre Taten als gute Taten hervorzuheben: die Beschäftigung der Lehrer. Lassen Sie mich einmal den Stand vor der Regierungsübernahme von CDU und F.D.P. hervorheben. Wir haben an den Schulen nebeneinander hauptamtlich beamtete, hauptamtlich angestellte, zur Hälfte oder zu zwei Dritteln angestellte, im befristeten und unbefristeten Angestelltenverhältnis beschäftigte Lehrer und viele kleine Variationen mehr. Es ist dringend an der Zeit, hier eine klare Linie zu finden. Der Kultusminister hat bei der jüngsten Einstellung schon entsprechend gehandelt, indem er nur noch Dreiviertel-Beamtenstellen und da, wo es dringend benötigt wurde, auch bereits volle Stellen vergeben hat.

Ziel muß sein, hier wieder eine Übersichtlichkeit und Klarheit zu schaffen, damit den Lehrern im Land Hessen, vornehmlich den jungen Lehrern, verantwortlich begegnet werden kann. Dabei muß auch in Betracht gezogen werden, daß wir bestimmte Fächer haben, bei denen wir die Dreiviertel-Stelle überhaupt nicht erfolgreich anbieten können. In besonders schwer zu besetzenden Fächern und Fachrichtungen können wir Lehrer nur mit einer vollen Stelle für den Dienst an hessischen Schulen gewinnen. Wenn wir dies nicht tun, werden uns andere Länder diese qualifizierten Kräfte entziehen, und wir werden das Nachsehen haben.

Hier hat verantwortliche übersichtliche Politik das Tohuwabohu der Vergangenheit zu ersetzen.

Ich meine, daß der Lehrbedarfsplan auch in der Prognose für die Jahre nach 1993 die eine oder andere Perspektive setzen soll, und diese wird insonderheit durch politische Schwerpunkte gesetzt, indem wir erarbeiten, wie die Schulen in den nächsten Jahrzehnten strukturiert sein sollen, indem wir klarstellen, welche Bildungsgänge wir anbieten, und indem wir auch langfristig überlegen, welche Belastungen beziehungsweise Entlastungen den Lehrern in einzelnen Aufgabenfeldern wirklich zukommen werden. Es kann nicht angehen, daß im äußersten Maße partikular entschieden worden ist, wobei am Ende als unvermeidbare Konsequenz jedwede Übersicht gefehlt hat. Wir wollen jetzt einen klaren sauber erarbeiteten Lehrbedarfsplan haben und werden dann in den nächsten Jahren auch verantwortlich und besser arbeiten können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Bevor ich das Wort weiter erteile, darf ich auf Wunsch der CDU-Fraktion folgendes mitteilen:

Der Finanzarbeitskreis der CDU-Fraktion tagt 15 Minuten vor Beginn der Nachmittagsplenarsitzung im Raum 12 P.

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Schulentwicklung im Lande Hessen brauchen wir eine realistische Lehrerbedarfsplanung. Die bisherige Landesregierung hat keine derartige Planung hinterlassen. Dies hat bereits Herr Landtagsabgeordneter Kappel ausgeführt. Dies gehört zu den gravierenden Mängeln, die wir bei der Öffnungsbilanz für die Schulpolitik in der 12. Wahlperiode des Hessischen Landtags festzustellen hatten. Die F.D.P.-Fraktion hat mit ihrem Antrag den Finger auf diese Wunde gelegt. Dafür hat sie Dank verdient, vor allem aus folgenden Gründen:

Erstens. Überschaubarkeit, Ordnung und Ehrlichkeit in der Personalplanung gehören zu den Grundlagen einer erfolgreichen Landespolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zweitens. Die Landesregierung ist im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens von Legislative und Exekutive verpflichtet, dem Landtag die Grundlagen zu liefern, die vorhanden sein müssen, damit der Haushaltsgesetzgeber verantwortliche Entscheidungen über den Stellenplan treffen kann.

Drittens. Eine gemeinsam von Parlament und Regierung verantwortete personalwirtschaftliche Planung ist notwendig, um Verlässlichkeit zu schaffen. Die Bürger insgesamt müssen wissen, woran sie sind. Lehrerbedarfsplanung ist wichtig für die Schulaufsichtsbehörden, für die Schulgemeinden von rund 2.000 Schulen und für diejenigen, die eine Lebensentscheidung darüber zu treffen haben, ob sie ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen oder nicht.

Meine Damen und Herren, unter dem Stichwort Lehrerbedarfsplanung müssen zwei verschiedene Erwägungen angestellt werden. Zunächst einmal ist zu fragen: Was brauchen die Schulen, um den Unterricht ungekürzt zu erteilen? Welche Personalkapazität müssen wir für Lehrerbildung in den Studienseminaren und für Lehrerfortbildung ansetzen? Wie viele Stellen brauchen wir, um pädagogische Verbesserungen in den Schulen zu erreichen?

In einem zweiten Schritt fragen wir dann: Was ist im Rahmen des Haushalts möglich?

(Schneider (Bickenbach) (SPD): Aha!)

- Natürlich, wir sind doch Realisten, verehrter Herr Kollege Schneider.

Mit welchen Zeitabschnitten müssen wir rechnen, um Verbesserungen, die wir planen, Wirklichkeit werden zu lassen?

(Beifall bei der CDU)

Dieses alles macht deutlich, daß man in der Politik planvoll vorgehen muß.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Diese Fragen mußte auch die vorangegangene Landesregierung in einem Lehrerbedarfsplan beantworten. Sie hat gegenüber dieser Aufgabe versagt und Unordnung hinterlassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Was haben wir vorgefunden? Erstens - ich sagte es bereits allgemein - keinen Lehrerbedarfsplan, zweitens als unmittelbar drückendes Problem eine gewaltige Personallücke bei den Grundschulen, weil seit Beginn der achtziger Jahre über mehrere Einstellungstermine hinweg nicht ausreichend Grundschullehrer eingestellt wurden.

Drittens. Dafür gab es personelle Überbesetzung in den Schulformen der Mittelstufe und in den Gymnasien. Die aber kann nicht einfach zugunsten der Grundschulen umgeschichtet werden, weil man keine Gymnasiallehrer in Grundschulen einsetzen kann.

Viertens. Es gab keine Fachbedarfsplanung. Das heißt, auch in Schulformen, die rechnerisch überbesetzt sind, muß Unterricht gekürzt werden, weil nicht rechtzeitig die richtigen Lehrer eingestellt worden sind. Es nützt wenig, wenn ein Gymnasium oder eine Realschule mit Deutschlehrern überbesetzt ist, aber der Musikunterricht nicht erteilt werden kann. Die alte Landesregierung hat kein zureichendes Instrument entwickelt, um den Fachbedarf zu erfassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Fünftens. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kappel hat bereits eindrucksvoll das Durcheinander bei den Beschäftigungsverhältnissen angesprochen, die sogenannten Zweidrittellehrer, Lehrkräfte mit halben BAT-Verträgen, Teilzeitangestellte mit Verträgen unterhalb der BAT-Qualität, insgesamt 1.770 Lehrkräfte in Anstellungsverträgen, die im Bürokratendeutsch als "unterwertige Beschäftigungsverhältnisse" bezeichnet werden. Ich frage mich: Wo ist eigentlich Ihr soziales Gewissen geblieben, als Sie diese zwei Klassen von Lehrern geschaffen haben?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Damit das nicht wie Polemik klingt, will ich hinzufügen: Bei meinen Schulbesuchen in den vergangenen sechs Wochen bin ich mehr als eindutzendmal von Lehrern angesprochen worden, die mir vorgetragen haben: Ich habe einen halben BAT-Vertrag, bin verheiratet, habe zwei Kinder, meine Frau arbeitet nicht; ich kann nicht leben und nicht sterben mit dem Geld, das mir das Land Hessen gibt.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Altlast jetzt aufarbeiten und in einem Stufenplan, das heißt, in einer mehrjährigen Operation, alle diese Lehrkräfte aus unordentlichen in ordentliche Dienstverhältnisse überführen, um ihnen eine berufliche Perspektive zu geben.

Der Katalog der Unordnung ist aber noch viel länger:

Sechstens. Die bisherige Landesregierung konnte zwar nie den Unterrichtsausfall beseitigen, hat aber dafür das Land mit personalaufwendigen Schulversuchen überflutet, fast alle ohne wissenschaftliche oder schulfachliche Begleitung und Auswertung, ohne Fristsetzung, Methusalem-Schulversuche, die zum Teil seit 20 oder mehr Jahren laufen, ohne daß einmal Bilanz gezogen worden wäre. Ich zähle zur Zeit 170 solcher Schulversuche, es sind aber noch nicht alle Winkel ausgeleuchtet. Vielleicht finde ich noch weitere. Wir sind noch beim Nachsuchen und Ergründen einer solchen notwendigen Bilanz.

Siebtens. Zur hinterlassenen Unordnung zähle ich auch die Tatsache, daß überall in Hessen Lehrerkollegien gezwungen sind - auch dieses ist mir dutzendfach vorgetragen worden -, sich jeweils ihre handgestrickten schuleigenen Lehrpläne zu machen, weil sie einen nicht

geringen Teil der staatlichen Rahmenvorgaben in der Unterrichtspraxis nicht anwenden können. Jenseits aller Ideologien ist es aber eine elementare Verwaltungsaufgabe, die Schulen mit Lehrplänen auszurüsten, die unmittelbar umsetzbar und anwendbar sind.

Achtens. Als Krone der Fehlleistungen sehe ich eine Lehrerbildung ohne inhaltliche Prüfungsordnung an. Der Hessische Kultusminister ist unter seinen Kollegen in der Bundesrepublik Deutschland der einzige, der sich nicht auf fachlich-inhaltliche Prüfungsanforderungen im Ersten Staatsexamen stützen kann.

Neuntens. Schließlich haben wir es mit einem hessischen Lehramtsgesetz zu tun, das das Lehramt für die Grundschule von dem für die Haupt- und Realschule abgekoppelt hat. Folge: Die notwendige Flexibilität im Lehrereinsatz ist verlorengegangen. In der aktuellen Situation des Schuljahres 1987/88 waren die Schulaufsichtsbehörden daher gezwungen, auf die Lehrkräfte mit "alter Ausbildung", mit dem Lehramt für Grund- und Hauptschulen beziehungsweise für Grund- und Hauptschulen mit Erweiterungsprüfung für Realschulen, zurückzugreifen. Nur so konnte die große Personallücke in den Grundschulen, die durch mangelnde Vorsorge der bisherigen Landesregierung entstanden war, ausgefüllt werden. Mit anderen Worten, in der Notlage mußten und konnten wir nur auf die Ausbildungsformen und Lehrbefähigungen zurückgreifen, die im Zuge hessischer Schulreformen in der Vergangenheit abgeschafft worden sind. Dieses Potential ist aber jetzt bereits erschöpft.

Das sind nur einige wenige ausgewählte Stücke aus einer langen Liste von Defiziten. Die Aufgabe, diese Mängel zu beseitigen, wird uns während der laufenden Legislaturperiode intensiv beschäftigen.

Meine Damen und Herren, nach dieser Eröffnungsbilanz stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage die frühere Landesregierung ihre Einstellungspolitik im Schulbereich betrieben hat.

(Schoppe (CDU): Ohne Grundlage!)

Es ist zwar daran zu erinnern - auch dieses hat der Herr Kollege Kappel bereits vorgetragen -, daß 1978 ein Lehrbedarfsplan unter der Verantwortung des damaligen Kultusministers Krollmann aufgestellt worden ist.

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Nein, ich möchte insgesamt vortragen. Er ist überhaupt erst als Antwort auf eine Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion entstanden und hat sich bis 1985 erstreckt.

Wenn aber, meine Damen und Herren, dieser von meinem Vorgänger Krollmann aufgestellte Plan realistisch gewesen wäre, hätte er die eben von mir genannten Mängel bereits offenlegen müssen. Das ist aber nicht geschehen. Als Leitmotiv der Einstellungspolitik der vergangenen Jahre ist vielmehr immer nur das eine festzustellen: Es wurde versucht, jeweils den Spitzenbedarf des sogenannten Schülerbergs abzudecken, der durch die Schulstufen hindurchgewandert ist. Die Einstellungspolitik hat somit planerisch von der Hand in den Mund gelebt. Um Löcher zu stopfen, wurden an anderer Stelle neue aufgerissen. Seit den ausgehenden sechziger Jahren ist der Unterrichtsausfall ein Kontinuum der Schulpolitik in Hessen.

Dann wurde versucht, einen neuen Lehrbedarfsplan aufzustellen. SPD und GRÜNE hatten aber nicht die politische Kraft, ihn zu verabschieden. Kennzeichen dieser Planungsarbeit war, daß der tatsächliche Bedarf gar nicht dort erhoben wurde, wo er entsteht, nämlich an den Schulen selbst, sondern es wurden Lehrerzahlen politisch vorgegeben und dann die Bedarfsrechnung passend gemacht. Damit wurde, meine Damen und Herren, alles das nicht erfaßt, was sich in der konkreten Schule als Mangel herausstellt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Mit diesem Verfahren wurde zum Beispiel nicht berücksichtigt der besondere Bedarf kleiner Schulen und Schulen mit ungünstigen Jahrgangsbreiten, die Unterdeckung des Fachbedarfs, die es in der örtlichen Situation keineswegs nur in den anerkannten Mangelfächern wie Musik, Religion und Sport gibt. Auch die strukturpolitische Aufgabe, die in der beruflichen Bildung besteht, nämlich zu verhindern, daß ganze Regionen von Fachklassen entblößt werden, wurde damit nicht erfaßt. Wer sich auf Globalzahlen verläßt, täuscht sich eine hundertprozentige Unterrichtsabdeckung vor, der dann eine ganz andere Wirklichkeit gegenübersteht.

Eine realistische Einschätzung der Lage erfordert einen anderen Weg der Bedarfsermittlung. Es muß eine Methode zum Zuge kommen, bei der die Fehlerquellen wesentlich verringert werden.

Die Landesregierung ist daher entschlossen, die Lehrbedarfsplanung auf eine neue Grundlage zu stellen und sie realitätsnäher zu gestalten.

Kernstück des bereits von mir in Auftrag gegebenen Verfahrens ist die Erhebung des Bedarfs an den Schulen selbst. Die Schulen betreiben die Bedarfsermittlung Jahr für Jahr. Sie haben daher die Zahlen, die wir brauchen und die für die Planung ausgewertet werden müssen. Wenn wir diese Planungsgrundlage haben, hört der bisherige absurde Zustand auf, daß das Pferd gewissermaßen vom Schwanz her aufgezäumt wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Schneider (Bickenbach) (SPD): Wann bekommen wir denn die Zahlen, Herr Kultusminister?)

Im Augenblick sieht es noch so aus, daß Schulamtsdirektoren, die ihre Zeit eigentlich für die pädagogische Schulaufsicht verwenden müßten, ihre Listen über Bedarf und Bedarfsdeckung jeweils von Hand erarbeiten. Die Fülle der statistischen Angaben, die dabei anfallen, kann aber nur mit moderner Technik bewältigt werden. Auch hier haben wir einen erheblichen Nachholbedarf in der hessischen Schulverwaltung.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dem Wunsch der antragstellenden Fraktion nach einer unverzüglichen Vorlage kann derzeit mit einer Zwischenlösung entsprochen werden, die ich gerne anbiete. Ich sehe mich in der Lage, dem Landtag bis zum Jahresende eine Vorausschätzung für den künftigen Bedarf vorzulegen, wie sie auf der Grundlage der bisherigen Erkenntnismöglichkeiten geleistet werden kann, nämlich eine Überschlagsrechnung an Hand der Vorgaben über Klassenmeßzahlen, Pflichtstunden der Lehrer und Stunden tafeln.



Mit dem geplanten Instrumentarium, das gemessen an den technischen Möglichkeiten unserer Zeit schon vor Jahren hätte installiert werden können, werden wir den Punkten 1 und 2 des vorliegenden Antrages, nämlich der Statusfeststellung für die Gegenwart und der Bedarfsberechnung über einen Zeitraum von sechs Jahren, entsprechen.

Die in den Punkten 3 und 4 verlangten Prognosen und Modellrechnungen unterliegen dem Generalvorbehalt, der immer zu erheben ist, wenn wir uns auf ein Gebiet begeben, das sich nicht mehr durch bereits vorhandene und ermittelbare Zahlen ausdrückt. Auch auf diese Schwierigkeit, Herr Kollege Kappel, haben Sie bereits in Ihrem Beitrag hingewiesen. Anders ausgedrückt: Über Kinder, die noch nicht geboren sind, kann man keine Berechnungen aufstellen, sondern nur Prognosen. So sieht es ja auch der Antrag vor.

In diesem Zusammenhang merke ich an, daß zur Zeit weder beim Hessischen Statistischen Landesamt noch bei der HLT-Gesellschaft für Forschung, Planung und Entwicklung Bevölkerungsprognosen vorliegen, die über das Jahr 2010 hinausreichen.

Lassen Sie mich zusammenfassend folgendes feststellen: Wir gehen an die Arbeit und entwickeln ein Verfahren, um den Lehrerbedarf in schulnaher und damit wirklickeitsnaher Weise zu ermitteln. Dabei gehen wir nicht von abstrakten Größen aus, sondern von den Klassen, die gebildet werden müssen, und von den Unterrichtsstunden, die in diesen Klassen zu erteilen sind. Das ist der richtige, konkrete und realistische Ansatz, meine Damen und Herren, für eine vernünftige Lehrerbedarfsplanung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dabei stellen wir fest, daß der allgemeine Schülerzahlenrückgang nicht linear auf den Lehrerbedarf übertragen werden kann. Wenn in einer Klasse vorher 30 Schüler waren und jetzt 25, dann ist es immer noch eine Klasse mit dem gleichen Unterrichtsanspruch. Hierzu zwei Beispiele: Die Zahl aller Hauptschüler ist in den letzten fünf Jahren um etwa 34 Prozent zurückgegangen, die Zahl der Hauptschulklassen - über die Gründe werden wir zu späterer Zeit miteinander diskutieren, meine Damen und Herren; da haben Sie von den GRÜNEN auch zusätzliche Ursachen gelegt -

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

um etwa 12 Prozent. Die Zahl der Grundschüler ist im gleichen Zeitraum um 4 Prozent gesunken, die Zahl der Grundschulklassen aber um rund 1 Prozent gestiegen.

Ferner: Wir müssen bei der Bedarfsplanung zwei besondere Probleme bewältigen, auf die ich abschließend noch eingehen will. Da ist einmal das noch ungelöste Problem der Personalreserve. Sie wissen, daß rund 2 Prozent der zur Verfügung stehenden Unterrichtskapazität - das ist eine Größenordnung von etwa 800 Stellen - statistisch-rechnerisch als Vertretungsreserve gelten.

Wir wissen aber auch, daß damit die Vertretungsreserve weitgehend nur in der Theorie besteht. Tatsächlich werden die statistisch so ausgewiesenen Unterrichtsstunden für die Erfüllung des Pflichtangebots der Schulen weitgehend verbraucht.

Anzustreben ist, daß diese Vertretungsreserve nicht nur auf das in der Realität notwendige Maß erweitert wird, sondern daß sie den Schulen für wahlfreie Unterrichts-

veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird, die dann, wenn zum Beispiel durch Mutterschaftsurlaub oder Krankheiten eine Lücke im Pflichtunterricht zu füllen ist, unterbrochen werden können.

Die zweite dringende Aufgabe wird uns durch die kleinen Schulen gestellt, die funktionsfähig erhalten werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist eine strukturpolitische Aufgabe. Wir haben etwa 750 von 2.000 Schulen, die mit der bisherigen Berechnung nach Schüler-Lehrer-Relation nur sehr schwer zu versorgen sind.

Die Landesregierung ist entschlossen, diese Schulen nach Kräften zu erhalten und keine von ihnen an zu geringer Lehrerzuweisung scheitern zu lassen. Diesen Anspruch zu erfüllen, ist vorrangige, über die schulfachlichen Belange hinausgehende Aufgabe in einem Flächenland wie Hessen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, am Ende einer realistischen Lehrerbedarfsplanung muß eine Unterrichtsversorgung stehen, die sicherstellt, daß die hessischen Kinder nicht länger Wettbewerbsnachteile durch ständigen Unterrichtsausfall hinnehmen müssen und in die Lage versetzt werden, mit guten Bildungschancen die Zukunft zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Das Wort hat Herr Kollege Hertle.

**Hertle (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Sie aus dem schlichten Weltbild des momentanen Kultusministers, so wie er sich Bildung vorstellt, einmal ein bißchen entführe und zu Anfang noch einmal die alte Regierung lobe. Denn es war ein Akt von Weisheit, keinen Lehrerbedarfsplan auf so einer plumpen, pragmatischen Grundlage zu erstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten allerdings die Erstellung eines Lehrerbedarfsplans auch für sinnvoll. Es gibt auch ein paar Schnittpunkte zwischen unseren Auffassungen und dem, was Kollege Kappel von der F.D.P. hier vorgetragen hat. Ich will mich damit im einzelnen ein bißchen befassen.

Wir meinen, Grundlage eines wirklichen Lehrerbedarfsplans sollte eigentlich die Entwicklung der Bedürfnisse und Anforderungen an das Schul- und Bildungssystem sein, allerdings nicht nur auf einer schlichten Rechenbasis, wie Sie, Herr Kultusminister, das eben gemacht haben, sondern in einer Perspektive und Entwicklung sozialer, kultureller, pädagogischer und technisch-wissenschaftlicher Anforderungen. Es kann also auf keine Art und Weise angehen, kurzfristig und pragmatisch auf der Grundlage Ihrer gegenwärtigen restaurativen hessischen Bildungspolitik und unter der Würgeklammer des Finanzministers einen Lehrerbedarfsplan zusammenzuzimmern, und zwar noch bis Dezember 1987. Das kann nur eine Milchmädchenrechnung werden, die nie aufgeht.

Wesentlich wichtiger erscheint es uns, jetzt im Vorfeld eines solchen Bedarfsplans die Vorarbeit zu machen, die zur tatsächlichen Feststellung des Bedarfs führt. Bei der

Ermittlung des Bedarfs - das ist ein schreckliches Wort - müßte aber über Parteigrenzen hinweg, ohne ideologische Fixierung einmal nachgedacht werden, was Schule und Bildung für die nächsten Jahrzehnte für das Land zu bedeuten haben. Denn die Diskussion, die hier im Plenum zu führen ist, ist eine Diskussion über die Zukunft von Bildung und Arbeit. Es handelt sich nicht bloß um eine schlichte Rechnung mit dem Taschenrechner und auch nicht um die Ausstattung von Schulen durch Nixdorf; das wäre wirklich zu einfach.

(Reeh (GRÜNE): Das ist aber typisch!)

Ich möchte ein paar Eckdaten dieser Bedarfsermittlung nennen. Es lassen sich jenseits der heftigen bildungspolitischen Debatte in Hessen schon ein paar Punkte festmachen, von denen ich annehme, daß sie eigentlich einen Konsens jenseits der Parteienlandschaft darstellen.

In Ballungszentren, vor allem in städtischen Gebieten, entsteht ein zunehmender Bedarf an Schulangeboten, die schulisches Lernen, kulturelle und sportliche Angebote in der Freizeit, vernünftige Betreuung über die Mittagspause und gesundes Mittagessen erfordern. Das ist eine Anforderung, die zunimmt; das kann man nicht bestreiten.

Gerade von seiten der Frauen, die nach längerer Familienarbeit wieder in ihren erlernten Beruf zurückkehren wollen, wird dieser Wunsch nach Ganztagschulen zunehmend formuliert.

In städtischen Problemgebieten erweist es sich als zunehmend dringlich, neben der Schularbeit auch Schulsozialarbeit anzubieten, um Problemzonen, die sich entwickeln, in einer Art sozialer und pädagogischer Prophylaxe zu verhindern und gar nicht erst entstehen zu lassen. Auch da nehme ich an, daß ein Konsens besteht; einen Widerspruch könnte ich nicht verstehen.

Auch in ländlichen Gebieten werden Angebote dieser Art die Familien entlasten und den Jugendlichen und Kindern bei geeigneter Planung wertvolle Zusatzangebote für die Freizeit liefern.

Im Bereich der Grundschule - Herr Kappel hat darauf hingewiesen, und auch der Kultusminister hat dieses Einsehen - besteht der deutliche Wunsch, ein wohnortnahes Schulangebot aufrechterhalten und die Kinder, wenn irgend möglich, vor langen Fahrt- und Schulwegen zu bewahren. Die Aufrechterhaltung eines wohnortnahen Bildungsangebots erfordert - je kleiner die Klassen und die Schuleinheiten sind - eine überdurchschnittlich hohe Lehrerversorgung. Auch das ist unbestritten.

Im Bereich der Behindertenpädagogik nimmt in unserer Gesellschaft die Einsicht zu, daß wir lernen müssen, mit behinderten Menschen ohne Scheu umzugehen. Auch diesem parteiübergreifenden Interesse muß Rechnung getragen werden, indem die Wege weiter geöffnet werden, behinderten und nichtbehinderten Kindern im Schulbereich die Chance gemeinsamen Lernens zu ermöglichen.

Auch wenn der neue Hessische Kultusminister diese Ansätze massiv behindert, verhindert und in bedauernswerter Kurzsichtigkeit alle begonnenen Versuche blökert - das muß man hier festhalten - und zum Beispiel die Fortsetzung eines langjährigen erfolgreichen Versuchs in Rüsselsheim, der dort stattgefunden hat und von allen dortigen Parteien akzeptiert und anerkannt war, abblockt, sollte man dieses Bedürfnis, das über die Zeit dieses Kultusministers hinausgehen wird, in den Lehrbedarfsplan schreiben. Eine Nichtgenehmigung, wie sie

in Rüsselsheim stattgefunden hat, Herr Lauterbach und Herr Wagner, ist im Grunde eine politisch absolut unverständliche Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nur hoffen, daß das ein bedauerliches Intermezzo bleibt und daß sich vielleicht auch eine Einsicht herstellt, ohne daß Eltern Sie vor Verwaltungsgerichten zur Einsicht bringen müssen.

Erfordernisse von Technik und Technologie sollten hier ebenfalls genannt werden. Ich möchte jetzt nicht auf die Einzelheiten der notwendigen Qualifikation eingehen. Aber wir brauchen in den Schulen Ausbildungsgänge, die umweltschützende, umweltverträgliche und intelligente Technologieansätze fördern, weiterentwickeln, initiieren. Wir brauchen mit Bestimmtheit ein neues Schulsystem, in dem die Käseglocke, die im Moment noch über unseren Schulen hängt, jetzt mehr denn je, durchlöchert wird. Es wird zunehmend notwendig; die Verschulungsspirale anzuhalten, die Art der Schule in der Qualität zu verbessern, zu verändern und zu diesem Zweck vor allem die berufliche Ausbildung zu verbessern; auch das wurde schon genannt.

Zu diesem Zweck ist es dringlich notwendig, daß die Jugendlichen in größerer Anzahl früher Kontakt und Einbeziehung ins berufliche und öffentliche Leben finden. Die Integration beruflichen und allgemeinen Lernens und die Ausbildung dazu werden sich unter dem Druck moderner technischer Entwicklung und Erfordernisse über die Barrieren konservativer Denkschemata hinwegsetzen.

(Korn (CDU): Grünes Programm!)

- Das wäre schön, wenn Sie es so gut kennen würden, daß Sie es so identifizieren könnten. Das ist aber noch gar nicht grünes Programm, das sind grüne Denkansätze. Wir sind da nicht so dogmatisch, Herr Korn, wie Sie es in Ihrem Weltbild sind.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Korn schreibt unsere Programme nachts immer selber!)

- Richtig, das stimmt.

(Zurufe von der CDU)

Wenn die Forderung nach Entbürokratisierung und Vereinfachung im Bildungswesen nicht bloß eine Wahlkampfplutblase sein soll, so sind für die Selbstverwaltungsgremien der Schulen eine große Anzahl von Deputatstunden erforderlich; diese Stunden würden in verstärktem Umfang nötig.

Das gleiche gilt auch für die Schulleitungen, sollen sie nicht in der Tradition des wilhelminischen Beamtensystems lediglich Befehlsempfänger und Befehlsgeber nach unten werden.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Auch hier geht die Praxis des neuen Kultusministers eindeutig in diese Richtung, Frau Wagner. Sie müßten eigentlich, statt hier ruhig zu sitzen, angesichts dieser Praxis schon längst auf den Barrikaden stehen.

(Erneute Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

So brauchen also auch Schulleitungen zeitliche Entlastungen. Sie müssen sich intensiver bildungspolitischen Schwerpunkten ihrer Region widmen können, sich um Schule kümmern können; das sind Aufgaben, die eben nicht verkümmern dürfen.

Unser Schulwesen braucht zudem seine Mitbestimmungsorgane. Die Stunden, die notwendig sind, damit Perso-

nalräte ihren Aufgaben nachkommen können, sind in einem Lehrbedarfsplan auf jeden Fall zu verankern.

Um die Unterrichtenden auf dem Stand der pädagogischen Wissenschaft zu halten, sind Schulversuche explizit notwendig. Es ist eine absolut repressive und im Grunde unwissenschaftliche Praxis, den Einschnitt in die Schulversuche hier so anzukündigen und so zu tun, als wäre das einfach ein Luxus- und Faulenzerfeld in der hessischen Schullandschaft. Das ist einfach eine absolute Ignoranz dessen, was im hessischen Schulsystem geleistet wurde und wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So bedarf es der Aufrechterhaltung des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung und auch des Hessischen Instituts für Bildungsplanung und Schulentwicklung in vollem Umfang. Wir warnen hier das Kultusministerium nachdrücklich davor, in seinen Planungen mit dem Rotstift Kürzungen vorzunehmen. Dies wäre ein sehr kurzfristiger, rein kontraproduktiver Akt.

Diese geschriebenen Erfordernisse sind die Minimalia. Es gibt noch eine Reihe von wesentlich weitergehenden Dingen, die ich mir jetzt an dem Punkt ersparen will. Darauf werden wir in der Debatte über den Lehrbedarfsplan noch einmal sehr intensiv zurückkommen. Meine Fraktion ist für die Entwicklung eines solchen Lehrbedarfsplans. Allerdings müssen zuerst die bildungspolitischen Rahmenbedingungen hier im Plenum und im Kulturpolitischen Ausschuß diskutiert sein. Erst dann kann man dazu kommen, daß man sich an den Taschenrechner setzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Herr Kollege Holzapfel, bitte sehr!

**Holzapfel (SPD):**

Herr Minister, Sie müssen in Ihrem Ministerbüro einen Redenschreiber haben, der Ihnen böß will. Das, was Sie heute hier vollmundig, blauäugig angekündigt haben, steht nunmehr alles im Protokoll des Hessischen Landtags.

Was daraus werden wird, haben wir alle schon daran gemerkt, Herr Kollege Korn, daß derjenige, der darüber entscheidet, was aus den vollmundigen Erklärungen des Ministers wird, nämlich der Finanzminister, es noch nicht einmal für nötig hält, an der Debatte des Hessischen Landtags über den Lehrbedarfsplan auch nur teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich habe heute morgen den Eindruck gehabt, daß CDU und F.D.P. in diesem Hause die letzten sind, die noch an die Planwirtschaft glauben. Herr Kollege Kappel, Sie haben ja mit dem neuen Minister einen Vorteil: Sie sind frisch hier in der Arbeit. Und wenn Sie schon an den Lehrbedarfsplan des Jahres 1978 erinnern, dann fällt mir noch ein, wie der Ihnen immer noch verbliebene verdienstvolle Fraktionsvorsitzende Wilke in den damaligen Runden immer nur eine Zahl genannt hat, nämlich 42.000. Das war die Planungs rationalität.

(Beifall bei der SPD)

Dann durfte Hans Krollmann sich hinsetzen und durfte mit dieser Zahl eine Bedarfsplanung verbinden.

(Wilke (F.D.P.): Aber das war doch ehrlich! - Beifall und Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Beifall des Abg. Möller (Gießen) (CDU))

- Herr Wilke, das war das Schlimmste, was Sie über Ihren heutigen Antrag sagen konnten. Denn damit haben Sie, Herr Kollege Wilke, zugegeben, daß das, was Sie hier heute beantragen, nichts anderes ist als Scharlatanerie.

(Beifall bei der SPD)

Im Baden-Württembergischen Landtag ist vor einiger Zeit auch einmal über die Lehrbedarfsplanung diskutiert worden. Da Herr Mayer-Vorfelder ja das geistige Vorbild des derzeit amtierenden hessischen Ministers ist, will ich einmal vorlesen, was Mayer-Vorfelder im Baden-Württembergischen Landtag auf einen Antrag der Sozialdemokraten betreffend einen Lehrbedarfsplan geantwortet hat. Drucksache 8/3134:

Im Zentrum der Großen Anfrage

- das war unsere Große Anfrage -

stehen die Forderungen nach einem Stufenplan für die Lehrereinstellung mit festen verbindlichen Wartezeiten und einer langfristigen Planung des Lehrbedarfs. Darin spiegelt sich nach Auffassung der

- baden-württembergischen -

Landesregierung eine ungebrochene technokratische Planungsgläubigkeit der SPD im Lande wider.

Herr Wagner, die Wahrheit liegt zwischen Herrn Mayer-Vorfelder, der überhaupt keinen Plan machen will, und der vielleicht schon weiß, weshalb er das nicht tut, und dem, was Sie meinen, hier ernsthaft ankündigen zu können.

Deswegen lassen Sie mich zunächst etwas über die Altlasten sagen. Sie wissen, daß das, was Sie über die Altlasten draußen im Lande erzählen, nicht stimmt. Es stimmt weder, daß Sie nichts zur Lehrbedarfsplanung vorgefunden hätten, noch daß in diesem Land am Bedarf vorbei eingestellt worden wäre.

(Zuruf des Abg. Korn (CDU))

- Ich komme darauf noch.

Und es stimmt nicht, wie Sie vorgeben, daß die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren aus Unordnung entstanden wären. Sie sind aus ganz anderen Gründen entstanden, auf die ich noch eingehen werde.

Die erste Behauptung, daß Sie keinen Lehrbedarfsplan in den Schubladen vorgefunden hätten, ist schlicht unwahr. Das wissen Sie selber am besten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie haben die falsche Schublade!)

Sie haben ihn vorgefunden.

(Zuruf des Abg. Schoppe (CDU))

- Herr Kollege Schoppe, wie das, was dieser Minister vorlegen wird, in zwei Jahren beurteilt wird, werden wir dann sehen.

Sie haben ihn vorgefunden als einen Plan, in dem damals zwischen dem Finanzminister und dem Kultusminister abgestimmt war, was in einem bestimmten Zeitraum realisierbar erschien, auch unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Rahmendaten. Aber Sie haben in ihm auch - das war übrigens auch schon 1978 der Fall - eine

Darstellung des Kultusministers vorgefunden, in der er darauf hingewiesen hat, was aus seiner fachlichen Sicht über das Finanzierungsvolumen hinaus eigentlich notwendig wäre.

Die zweite Behauptung, die Sie aufstellen, nämlich daß wir im Lande zu viele Gymnasiallehrer eingestellt hätten, ist nun allerdings erstaunlich. Ich denke, daß der Philologenverband, der ja so ein aktiver Wahlhelfer für die Wende hier in Hessen war, etwas überrascht sein wird, daß der erste große zentrale Vorwurf des neuen Ministers ist, wir hätten in den letzten Jahren zu viele Gymnasiallehrer eingestellt, ausgerechnet die rot-grüne Koalition.

Nun müssen Sie, Herr Minister, einmal erklären, wie Sie zu dieser kühnen Aussage kommen. Ich darf Sie daran erinnern, daß noch in den Beratungen über den Nachtragshaushalt Ihre Regierung, Sie höchstpersönlich beantragt haben, 100 Stellen, die dort vorgesehen sind, so zu besetzen, daß von diesen 100 Stellen 70 Stellen auf Gymnasiallehrer entfallen.

(Hertle (GRÜNE): Weil es vorher zu viele waren!)

Ich habe Sie im Haushaltsausschuß gefragt, wie Sie zu dieser eigentümlichen Prioritätensetzung kommen. Sie haben damals im Haushaltsausschuß gesagt, das wüßte ich doch, das entspräche dem Bedarf im Lande. Aber was denn nun, Herr Minister? Ich habe es damals schon besser gewußt, wie Sie jetzt merken. Sie hätten eben an diesem einfachen Beispiel sehen können, daß die Zahlenreihen von Lehrerbedarfsplänen weniger wichtig sind als Sachkompetenz und Sachverstand.

Nun können Sie in diesem Herbst ja auch eine andere Beobachtung machen. Angeblich haben wir zu viele Gymnasiallehrer, höre ich. Nun sind aber seltsamerweise in diesem Herbst ausgerechnet die fünften Klassen an den Gymnasien die größten.

Vor der Wahl hat die CDU im Vorgriff auf das, was sie tun will, immer gesagt, es sei ganz unsozial von diesen Sozialdemokraten, daß sie die Klassenobergrenze 25 nur für die Förderstufe vorgesehen hätten. Herr Wallmann hat einen Brief an hessische Lehrer geschrieben und hat gesagt: Wenn Ihr uns wählt, dann werden alle Klassen fünf die Klassenobergrenze 25 erhalten und nicht nur die Förderstufenklassen.

Nun haben Sie die Wahl gewonnen. Und wir stellen fest: 42 Prozent der fünften Klassen, die in diesem Herbst an den Gymnasien gebildet worden sind, haben mehr als 25 Schüler.

(Bläul (GRÜNE): Aha!)

15 Prozent der Klassen haben sogar mehr als 28 Schüler. Nun frage ich Sie, Herr Minister: Wo haben Sie denn den von Ihnen festgestellten Überhang an Gymnasiallehrern bei der Klassenbildung in diesem Herbst eigentlich versteckt?

(Beifall bei der SPD)

Eine dritte Bemerkung. Herr Minister, Sie haben gesagt, in vielen Gesprächen an den Schulen sei Ihnen von Lehrern mit halben Verträgen und mit Zwei-Drittel-Verträgen die Frage gestellt worden, ob das nicht aufgestockt werden könnte. Herr Minister, diese Frage ist uns auch gestellt worden. Sie ist nicht neu.

(Schoppe (CDU): Sie haben keine Antwort gegeben!)

- Ach, Herr Kollege Schoppe! Ich denke, Sie sind dafür abgestellt, damit Sie durch Zwischenrufe nachweisen, daß der Sachverstand auf der Regierungsbank immer noch größer ist als in Ihrer Fraktion.

(Zurufe von der CDU)

Diese Fragen sind uns auch gestellt worden. Wenn Sie in den Protokollen des Hauses, die Sie sicherlich vorgefunden haben, nachgelesen haben, dann wissen Sie, daß auch Ihr Amtsvorgänger einen Stufenplan zur Überleitung dieser Beschäftigungsverhältnisse mit den Lehrerverbänden besprochen hatte. Das ist nicht etwas, wozu es Ihrer Initiative bedurft hätte.

Aber eines werden Sie uns doch zugeben müssen: Wenn wir in den Jahren, in denen es um die Frage ging, ob überhaupt Menschen in den Schuldienst kommen oder ob sie arbeitslos bleiben, hier nicht diese Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen hätten, dann hätte die Hälfte von denen, die Sie jetzt an den Schulen vorgefunden haben, Ihnen diese Frage gar nicht stellen können. Denn sie wären dann nicht dort, sondern arbeitslos und auf der Straße gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Es ist Scharlatanerie, wenn man so tut, als könne man einen exakten fächer-spezifischen Lehrerbedarfsplan machen. Sinnvoll sind Rahmenvorgaben. Sinnlos ist eine Scheingenauigkeit, die von Einstellungstermin zu Einstellungstermin nur Lügen gestraft würde. Das Leben ist komplizierter, als Sie in Ihrer Planungsgläubigkeit offensichtlich annehmen.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Da haben Sie recht!)

Wenn wir in den letzten Jahren einstellen mußten, etwa im Gymnasialbereich, um das Beispiel aufzunehmen, dann haben wir immer einer mittleren Linie folgen müssen zwischen dem aktuellen großen Nachfragedruck in den gymnasialen Oberstufen in dieser Zeit und der mittelfristigen Entwicklung, die dadurch bestimmt ist, daß Lehrer nun einmal Beamte sind und nicht nur für drei oder vier Jahre eingestellt werden.

Wenn Sie ein konkretes Problem an einer Schule haben, weil ein Musiklehrer fehlt, dann wird es Ihnen überhaupt nichts nützen, wenn Sie mit einer ganz genauen statistischen Analyse nachweisen, daß eigentlich im Lande Hessen genügend Musiklehrer vorhanden sind, weil die Menschen an dieser Schule Sie fragen werden, ob ein Musiklehrer dort hinkommt oder nicht.

Wenn Sie an einer Schule einmal nachfragen, mit welcher Aufnahme auch immer, wer gerade dort was macht, dann werden Sie sehr schnell feststellen, daß Lehrer, weil sie Menschen sind, manchmal gar nicht mehr das Fach unterrichten, das sie einmal studiert haben, der eine das eine Fach mehr als das andere, und nicht jeder möchte sein Studienfach wieder zurückbekommen. Manche haben sich umgewöhnt. Und von Einstellungstermin zu Einstellungstermin werden Sie dabei auf ein sich änderndes Bild stoßen.

Deswegen sage ich hier ausdrücklich - womit ich das vertrete, was unter sozialdemokratischer Verantwortung jahrelang gelaufen ist -: Es gibt kein zeitnaheres und sinnvolleres Verfahren als das, was in diesem Lande bisher praktiziert worden ist, nämlich zu einem bestimmten Zeitpunkt bei den Schulen den Bedarf abzufragen und danach die Trends der mittelfristigen Einstellungspolitik

zu bestimmen. Ein anderes Verfahren ist nicht möglich.

(Schoppe (CDU): Von der Hand in den Mund zu leben!)

Nun werden wir uns, so denke ich, bei der Diskussion um den vorzulegenden Lehrbedarfsplan natürlich auch an dem orientieren, was der Minister heute meinte ankündigen zu können. Aber ich bin in der heutigen Debatte zunächst einmal bescheidener und sage: Wir werden das, was Sie vorlegen, zuerst an dem messen, was die sozialdemokratischen Kultusminister in der Vergangenheit vorgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

- Ich bin ganz bescheiden! Ich habe ja gesagt, daß die Anforderungen an das, was Sie hier vorgeben, realistisch sein müssen. Ich beteilige mich ja nicht an diesem Wettbewerb um Scheingenaugigkeit, und ich teile nicht die Verliebtheit des Ministers in Computer, die ja von Ihnen offensichtlich auch geteilt wird.

Sie werden in diesem Plan eine Reihe von Fragen beantworten müssen, die sich aus der Praxis schon dieses Herbstes ergeben. Da will ich nun schon gern die Einladung des Ministers aufgreifen, die Fragen nicht abstrakt, sondern konkret zu stellen. Sie werden die Frage beantworten müssen: Werden Sie die Klassenobergrenze von 25 nun auch offen aufgeben, oder werden Sie das Versteckspiel weiterspielen, daß Sie eine andere Praxis handhaben, als Sie sie offiziell vertreten? Sie werden die Frage beantworten müssen, ob Sie die zahlreichen Schulstandorte, die in diesem Herbst zur Verschönerung der Statistik gerade noch so gehalten worden sind, obwohl sie die Mindestauflagen des von Ihnen verabschiedeten Gesetzes nicht mehr erfüllen, weiter aufrechterhalten wollen. Und, Herr Minister, wenn Sie einen lehramts- und fächerspezifischen Bedarfsplan vorlegen wollen, müssen Sie das, was Sie bisher immer bestreiten, endlich auch tun und auf den Tisch legen,

(Zuruf von der CDU: Warte doch einmal ab!)

nämlich sagen, wie die Quotierungen für Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten in den nächsten Jahren sein sollen. Ich habe der heutigen Bemerkung jedenfalls entnommen, daß Sie es für Unordnung halten, daß wir in Hessen weniger Hauptschüler als in anderen Bundesländern haben. Das ist ja schon ein Zeichen dafür, wohin diese Diskussion gehen soll.

Lassen Sie mich zu diesen Punkten einige Anmerkungen machen. Im Schuljahr 1986/87, dem letzten Schuljahr, für das der sozialdemokratische Kultusminister Verantwortung trug, gab es in Hessen 58 von 2.468 ersten Grundschulklassen mit über 25 Kindern. Von den 1.611 fünften Förderstufenklassen waren es 36. Wir haben in den letzten Jahren - ich wiederhole das - diese Klassenobergrenze mit der Maßgabe festgelegt, sie flexibel zu handhaben, aber "flexibel" hieß, daß nur im begründeten Ausnahmefall davon abgewichen werden sollte, wenn es wirklich örtlich sinnvoll war, eine Klasse nicht weiter zu teilen. Aber die größere Klasse sollte nicht zur Regel gemacht werden.

Sie haben nun in verschiedenen Gesprächen immer wieder die Behauptung aufgestellt, an dieser Praxis hätte sich nichts geändert. Sie wissen, daß das nicht so ist. Von zahlreichen Schulen und Schülern ist uns bestätigt worden, auch durch die Rundrufe, die an die Schulen gegangen sind, daß die Anweisung in diesem Herbst gelaundet hat: Erst ab 29 Schülern muß eine Klasse geteilt werden. Anders wäre ja auch gar nicht das Ergebnis zu

erklären, das wir vorfinden, daß nämlich jetzt über 10 Prozent der ersten Klassen größer sind als 25 und daß es in der fünften Jahrgangsstufe sogar fast 20 Prozent der Klassen sind, die eine größere Klassenfrequenz haben. Hier ist offensichtlich unter dem Vorwand, es handle sich um eine flexible Handhabung, unter derhand eine Richtzahl verändert worden. Das erste, was wir von Ihnen, Herr Minister, erwarten, ist, daß Sie im Lehrbedarfsplan wenigstens die Ehrlichkeit gegenüber Schulen und Eltern aufbringen, in ihm auch auszuweisen, daß es unter Ihrer Verantwortung wieder größere Klassen gibt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Zum zweiten Punkt: Ich habe in einer Bilanzierung der Situation am Anfang dieses Schuljahres darauf hingewiesen, daß die relative Organisationsruhe, die Sie vorgefunden haben, vor allem zwei Ursachen hat. Die eine ist die, über die wir ja politisch noch reden werden, daß sich die Eltern nicht zwischen fünf Alternativen entschieden haben, sondern faktisch zwischen zwei Alternativen, zwischen dem Gymnasium und der Förderstufe an der Gesamtschule. Es hat in diesem Herbst - ich wiederhole das - keine Nachfrage nach dem dreigespaltenen Schulsystem gegeben, sondern nur eine Nachfrage nach dem Gymnasium. Mit den politischen Folgen dieser Entscheidung werden wir uns ja noch zu beschäftigen haben.

Zum anderen haben Sie die relative Organisationsruhe aber auch dadurch erreicht, daß in diesem Herbst das Gesetz im Hinblick auf die Aufnahme von Unterricht in zahlreichen Orten dieses Landes gar nicht angewandt worden ist. Das heißt, Sie haben Förderstufen aufrechterhalten, deren Jahrgangsbreite unter 40 lag, und Sie haben Haupt- und Realschulklassen eingerichtet, obwohl die Mindestgröße 20 nicht erreicht wurde. Dafür gibt es eine Unmenge von praktischen Beispielen. Herr Jung, der das Gesetz für den Rheingau hier so energisch vertreten hat, weiß, daß beispielsweise im Rheingau von den dort angebotenen Hauptschulen von 7 Standorten nur ganze 3 die im Gesetz vorgeschriebene Klassengröße erreicht haben. Sie wissen auch, daß man hier in Wiesbaden nur mit Hängen und Würgen und mit dem gesamten Engagement des CDU-Ortsverbandes verhindern konnte, daß die frühere Haupt- und Realschule mit Förderstufe in Naurod ausgelaufen ist. Mit einer Ausnahmeregelung hat man dort wenigstens für 15 Realschüler eine - jetzt isolierte - Realschulklasse eingerichtet.

Sie werden beim Lehrbedarfsplan die Frage beantworten müssen, ob Sie auch in Zukunft solche Angebote halten wollen oder ob der Scheinblüte der Angebotsergänzung jetzt der Konzentrationsprozeß folgt. Da werden wir Sie, Herr Minister, beim Wort nehmen! Sie müssen die Antwort auf diese Frage bis Ende dieses Jahres geben, denn wir möchten, daß die Schulträger wissen, ob sie Förderstufen mit 30 oder 32 Schülern, ob sie Hauptschulen mit 8 oder 9 Schülern wie in diesem Schuljahr weiter aufrechterhalten dürfen oder nicht. Dies müssen die Schulträger in der Tat wissen! Aber dann müßten Sie auch das Gesetz aus dem Verkehr ziehen, in dem Sie andere Richtlinien festgelegt haben.

(Zuruf von der F.D.P.: Mini is beautiful!)

- Ich habe nichts dagegen, daß kleine Schulen erhalten bleiben! Ich stelle nur fest, daß Sie ein Gesetz verabschiedet haben, das bestimmte Richtzahlen vorlegt, daß Sie diese Richtzahlen nicht einhalten und daß im Augenblick bei den Schulträgern im Hinblick auf die Konse-

quenzen für die Schulentwicklungsplanung eine Diskussion darüber geführt wird, ob man sich an der Praxis dieses Jahres oder an den Richtgrößen des Gesetzes orientieren soll. Auf nichts anderes weise ich hin, und ich würde mich schon freuen, wenn wir bis Ende des Jahres eine Antwort darauf bekommen könnten.

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? - Bitte, Herr Kollege Kappel.

**Kappel (F.D.P.):**

Herr Kollege, ist Ihnen denn immer noch nicht die bessere Voraussetzung der flexiblen Handhabung solcher Richtzahlen verständlich geworden?

**Holzapfel (SPD):**

Herr Kappel, heute sind Sie ja wirklich dabei, mehrmals einen Salto mortale zu schlagen. Sie haben doch hier vom Kultusminister präzise Plandaten verlangt, und jetzt, wo ich nachfrage, sind Sie plötzlich wieder für Flexibilität. Seien Sie doch so lieb und entscheiden Sie sich am Beginn der Debatte, wofür Sie plädieren wollen!

(Beifall bei der SPD)

Nun kommt der dritte Punkt, und da bin ich gleich beim Stichwort "flexibel". Diese Regierung sagt ja, sie wolle die Marktwirtschaft im Bildungssystem einführen. Marktwirtschaft im Bildungssystem, das heißt ja: Jeder wählt das, was er will, und daraus entwickelt sich dann naturwüchsig irgend etwas.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): So stellt sich Klein-Fritzchen die Marktwirtschaft vor!)

- Nein, Frau Wagner, ich stelle mir die Marktwirtschaft nicht so vor! Es ist gut, daß Sie diesen Zwischenruf gemacht haben. So stelle ich mir die Marktwirtschaft nicht vor, aber Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, sind vor der Wahl mit der Wurst im Schaufenster Wahlkampf machen gegangen, als könnte bei Ihnen bei der Entscheidung, wohin er sein Kind schickt, jeder das machen, was er will. Das war Ihre Wahlparole!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das ist doch Unsinn! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Es war 1 a-Ringsalami, was die da herumgetragen haben, Herr Holzapfel!)

Jetzt müssen Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie einen Lehrerbedarfsplan vorlegen, natürlich die Kriterien der Marktwirtschaft jedenfalls insofern verlassen - ich drücke mich einmal ganz vorsichtig aus -, als Sie gar nicht umhin können, auf irgendeine Weise vorzuformulieren, von welchen Quoten der Zuweisung von Schülern zu Bildungswegen Sie in Ihrer eigenen Finanzplanung ausgehen. Das müssen Sie tun, sonst können Sie lehramtsspezifisch nicht ausweisen. Auch da würde ich mich freuen, wenn Sie das bis Ende des Jahres vorlegen könnten, weil dann nämlich die hessischen Grundschulen endlich wüßten, was für eine Quote sie bei der Zuweisung zum nächsten Schuljahr nach dem politischen Willen der neuen Mehrheit zu erfüllen hätten. Daß die Diskussion spätestens beim Lehrerbedarfsplan um diesen Punkt der Wahrheit nicht herumkommt, wissen Sie, und Sie wissen auch, daß das Konsequenzen für das Verwaltungshandeln der nächsten Jahre hat.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Erwartungen, die meine Partei an den Lehrerbedarfsplan hat, sind

durchaus bescheidener als das, was Herr Kappel hier vorträgt.

Das liegt vielleicht daran - ich sage es noch einmal, Herr Kappel -, daß wir schon einmal mit Ihrer Partei gemeinsam einen Lehrerbedarfsplan verhandelt haben.

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

Aber ich denke, die Fragen, die ich zum Schluß gestellt habe, diese drei großen Fragen, werden Sie in der Tat bis Ende des Jahres klären müssen, weil sie Grundlage auch für schulpolitische Entscheidungen von Schulträgern sind.

Sie müssen die Frage klären, was aus der Klassenobergrenze werden soll, ob die Klassen wieder größer werden sollen. Sie müssen die Frage klären, ob das, was Herr Kappel in diesem Herbst "flexibel" genannt hat, die Grundlage der Schulentwicklungsplanung der nächsten Jahre sein soll und insofern das von Ihnen selbst verabschiedete Gesetz als aufgehoben zu betrachten ist. Sie müssen ferner die Frage beantworten, wie sich die Schülerströme auf die Schulformen nach Ihrem politischem Willen verteilen lassen. Der Antwort auf diese drei Fragen, die in der Tat die Kernfragen der hessischen Bildungspolitik in den nächsten Jahren sind, sehen wir mit großem Vergnügen entgegen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Herr Kollege Korn, bitte sehr!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Er ist einfach der bessere Stilist! Das müssen Sie anerkennen, Herr Wagner! Holzapfel würde die gymnasiale Reife ohne weiteres attestiert bekommen!)

**Korn (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum letzten Redner möchte ich nur sagen: So kennen wir ihn, den Kollegen Holzapfel. Er hat sich nicht verändert, auch nicht, nachdem die SPD die Oppositionsrolle nun eigentlich zu spielen hat. Er tut so, als würde er hier noch als Mitglied einer die Regierung tragenden Partei auftreten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Unglaublich! Ein Usurpator! Dabei sind Sie jetzt Regierungsfraktion, Herr Korn!)

Ich möchte nur drei Dinge kurz aufgreifen. Herr Holzapfel, es ist schon ein schlimmes Beispiel von Rabulistik, wenn Sie dem Kultusminister vorhalten - wider besseres Wissen, das muß ich Ihnen unterstellen -, daß er von Unordnung im hessischen Schulwesen gesprochen habe mit der Begründung, es gäbe in Hessen zu wenig Hauptschüler. Sie wissen genau, daß dies eine Unterstellung ist, die nicht belegt werden kann.

(Holzapfel (SPD): Das sagt er doch ständig!)

Unsere Aussage - das kann man auch im Landtagswahlprogramm nachlesen - ist die, daß für uns alle Schüler die gleiche Zuwendung verdienen. Für uns sind alle Menschen im Grunde gleich und haben den gleichen Bildungsanspruch.

(Ernst (SPD): Aber nur im Grunde oder wie?)

Ob sie nun ein Gymnasium besuchen oder eine Hauptschule! Und Sie haben die Hauptschule vernachlässigt. Ihnen sind die Schüler in der Hauptschule eben auf Grund der von Ihnen praktizierten Politik weniger wert

gewesen als die am Gymnasium oder die an der Gesamtschule. Das wollen wir verändern. Gerechtigkeit auch für Hauptschulen, Gerechtigkeit den Schülern an den Hauptschulen!

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrer ständigen Desinformation draußen im Lande. Wissen Sie eigentlich, was für einen Schaden Sie an den Schulen anrichten mit Ihrer ständigen Desinformation und Ihren ständigen Ankündigungen -

(Beucker (SPD): Darin sind Sie doch Meister, in Desinformation!)

als seien Sie der Regierungssprecher -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ei der Daus, Herr Korn!)

was die CDU und was der Hessische Kultusminister machen will.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind doch der wandelnde Desinformator! Was wollen Sie eigentlich?)

- Also wenn Sie es nicht wissen, dann unterhalten Sie sich doch bitte einmal mit den Schulleitern draußen darüber,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wer arbeitet denn mit gefälschten Papierchen, Herr Korn?)

wie dankbar sie dafür sind, daß der Hessische Kultusminister nicht an der starren 25er-Regelung festgehalten hat. Sie haben diese Regelung zwar auf dem Papier eingeführt, aber keinen einzigen Lehrer mehr zur Verfügung gestellt. Sie haben das bei Ihrer Lehrerrzuweisung nicht einbezogen, sondern wieder einmal vom grünen Tisch eine Reform verordnet und dann gesagt: Und nun seht draußen mal zu, wie ihr damit fertig werdet.

Wir halten es für besser, daß man flexibel diese Regelung handhaben kann, und wir stehen hier hinter der Weisung des Kultusministers, die zuläßt, daß die Schulleiter eben über die 25er-Grenze dann bis zu 10 Prozent hinausgehen, wenn die Situation vor Ort es erfordert, um dadurch Unterrichtsausfall zu vermeiden.

(Holzapfel (SPD): Dann sagen Sie es doch gleich!)

Nächster Punkt: Es ist auch schon schlimm - das möchte ich auch einmal aufgreifen -, wie Sie in Ihrer - ich muß schon sagen - Desinformationsdiktation "freie Schulwahl" definieren und der CDU als Wahlaussage unterstellen.

(Beucker (SPD): Falschmelder!)

- Ach, lenken Sie doch nicht von Dingen ab, die Ihnen offenbar sehr, sehr unangenehm sind.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Gegenrufe von der CDU - Glockenzeichen des Präsidenten - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir wollen doch die neuen Gedichte des Herrn Korn hören!)

Sie wissen sehr genau, daß die Union niemals mit dem Begriff "freie Schulwahl" das gemeint hat, was Sie bereits nach dem sechsten Schuljahr der Förderstufe praktiziert haben, Herr Holzapfel. Sie wissen ganz genau, daß wir diese Regelung kritisiert haben. Sie können jetzt nicht so tun, als hätten wir das den Eltern versprochen, nämlich die völlig freie Wahl einer Schule, ohne Berücksichtigung der Eignung des Kindes. Ich nenne das Desinformationsdiktation und bewußte Desinformation auf dem Rück-

ken der Schüler und zu Lasten des Friedens in den Schulen.

(Zustimmung bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Korn, im Dienste des KGB machen wir dies!)

Freie Schulwahl - Herr Fischer, Sie können auch noch etwas dazulernen auf dem Gebiete -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein, nein, von Ihnen will ich besser nichts lernen!)

kann es überhaupt erst geben, wenn man mehrere Schulen zur Auswahl stellt, was Sie ja im fünften und sechsten Schuljahr abschaffen wollten, und wenn man parallel dazu den Eltern Empfehlungen an die Hand gibt und damit dem Verfassungsauftrag und der Verpflichtung des Schulverwaltungsgesetzes gerecht wird, nämlich die Eignung des Schülers als Kriterium für den Besuch von weiterführenden Schulen mit heranzuziehen.

(Holzapfel (SPD): Was gibt es denn da noch zu wählen, Herr Korn?)

Ich habe kaum eine Hoffnung, verehrter Kollege Holzapfel, daß Sie in der Opposition zu besseren Einsichten kommen als zu denen, die Sie in der Regierung praktiziert haben, wenn Sie sich hier hinstellen und so tun, als hätten Sie nun wirklich alles bestens gemacht und als sei es das größte Unglück, das über das Land Hessen hereingebrochen ist, daß die SPD nicht mehr die Landesregierung stellt.

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Ich glaube, daß die Bevölkerung ganz anderer Meinung ist als Sie.

Meine Damen und Herren, ich möchte es als die im Grunde wichtigste Reform für die hessischen Schulen bezeichnen, dem Bildungsanspruch der Schüler gerecht zu werden. Dem Bildungsanspruch der Schüler wird man dann gerecht, wenn man das gibt, was die Politik selbst gesetzt hat, nämlich den Unterricht, der in der Stundentafel steht.

(Hertle (GRÜNE): Das war aber eine hohe Erkenntnis!)

- Verehrter Herr Kollege Hertel, nach Ihrer Rede - -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Hertle, nicht Hertel!)

- Hertle, ist auch nicht besser!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was heißt: Ist auch nicht besser? Diskriminieren Sie nicht das schwäbische Idiom! Es kann nicht jeder Korn heißen und so aussehen wie Sie!)

- Lieber Herr Kollege Fischer, Sie erregen sich! Das könnte Ihrer Gesundheit schaden.

Herr Hertle, nach Ihren Ausführungen habe ich nicht den Eindruck, daß Ihnen diese Grundtatsache bewußt ist; denn Sie schweben darüber. Sie wollen hier einen Lehrbedarfsplan - das ging ganz klar aus Ihren Ausführungen hervor -, in dem Sie rein politische Ziele setzen. Sie wollen die Schule mit Hilfe der Lenkung von Schülerströmen und der Ausbildung von Lehrern dahin bringen, wohin Sie sie haben wollen. Sie wollen nicht eine Schule bereitstellen, die dem Bedarf entspricht, sondern Ihrer Ideologie. Da unterscheiden wir uns in der Tat grundsätzlich. Deshalb mußte das hier gesagt werden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ja, weiter! Und wo führt diese Ideologie hin, Herr Korn?)

Wir wollen den Bedarf an unseren Schulen mit einem seriösen und ehrlichen Lehrerbedarfsplan feststellen. Das ist im Grunde das "Handwerkszeug" für eine seriöse Schulpolitik. Sozialisten und in der Ideologie befangene Politiker brauchen ein solches Handwerkszeug natürlich nicht,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ideologen!)

da sie von sich aus wissen, wohin der richtige Weg geht.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der schulpolitische Ayatollah aus Offenbach, der hier am Mikrophon steht!)

Der Vorgänger des heutigen Kultusministers hat es nicht für notwendig erachtet, eine realistische Fortschreibung des damals vorhandenen Lehrerbedarfsplanes über 1985 hinaus vorzunehmen. Dies wiegt bei einem Regierungswechsel um so schwerer, weil ein kontinuierliches Verwaltungshandeln dadurch nachhaltig beeinträchtigt wird. Wir wissen, daß die alte Landesregierung nicht in der Lage war, eine Lehrerbedarfsplanung für die folgenden zehn Jahre, nämlich von 1986 bis 1995, zu verabschieden,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das hätten Sie doch als sozialistische Planwirtschaft diskriminiert!)

obwohl auf fachlicher Ebene bereits umfangreiche Vorarbeiten erfolgt waren. Das ist ja von Herrn Holzapfel selbst heute zugegeben worden. Die Vorarbeiten bestanden in einem Entwurf des Lehrerbedarfsplans II für die Jahre 1986 bis 1991 im Hause des Kultusministers. Es gab auch eine Analyse über den Teilarbeitsmarkt Schule für Hessen mit einer Vorausschätzung bis zum Jahre 2010. Sie wissen auch, Herr Holzapfel, daß dieses Gutachten im Auftrage der Max-Traeger-Stiftung von den beiden Wissenschaftlern Hermann Budde und Klaus Klemm erstellt worden ist, und zwar mit dem Titel: "Teilarbeitsmarkt Schule in den neunziger Jahren".

Ich kann für die CDU-Fraktion nur bedauern, daß die im Kultusministerium erarbeiteten Bedarfsanalysen in den Jahren 1985 und 1986 nicht öffentlich zur Diskussion gestellt worden sind. Die öffentliche Diskussion über Lehrerbedarfsplanung und Entwicklung des Teilarbeitsmarkts Schule bis zur Jahrtausendwende wurde statt dessen ausschließlich von den Verbänden geführt und durch vom Verbandsinteresse geprägte Beiträge bestimmt, aber nicht hier im Hessischen Landtag. Bezüglich eines Beitrags der Hessischen Landesregierung konnte man nur Fehlannonce vermerken.

Diese Fehleinschätzung der Regierung in den Fesseln der GRÜNEN,

(Lachen bei den GRÜNEN)

diese Fehleinschätzung einer Bedarfsplanung für die schulpolitische Entwicklung muß korrigiert werden. Wir wollen fundierte Planungsgrundlagen schaffen.

Daher begrüßt die CDU-Fraktion den Antrag des Abg. Kappel und seiner Fraktion. Sie wertet ihn als einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der nun vor uns liegenden schulpolitischen Aufgaben.

Dabei wissen wir, daß der Lehrerbedarfsplan nur der erste Schritt ist. Denn der Lehrerbedarfsplan ist Sache der Bildungspolitiker, ich möchte sagen, zunächst einmal ausschließlich der Bildungspolitiker. Dem Lehrerbedarfsplan muß dann ein Lehrerbedarfsdeckungsplan folgen.

(Hertle (GRÜNE): Ach nein!)

Auch den haben wir x-mal hier im Landtag gefordert.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So viele Pläne sollten Sie nicht erstellen! Wenn der Kultusminister auch noch Deckungspläne erstellen muß, ist er überfordert!)

Dieser muß natürlich mit den finanziellen Gegebenheiten abgeglichen werden.

Die wichtigste Größe in einem solchen Lehrerbedarfsplan sind ohne Zweifel die Schülerzahlen in den einzelnen Schulformen. Ich sagte schon, daß Ideologen solche Daten im Grunde nicht brauchen, schon gar nicht, wenn sie für ihre politischen Ziele hinderlich sind. Ich habe den Eindruck, daß Daten und Fakten aus dem Entwurf des Bedarfsplans für manche Ihrer politischen Ziele, nämlich die flächendeckende Einführung von Förderstufe und nachfolgender integrierter Gesamtschule, hinderlich waren.

(Zuruf von der SPD: Wer macht denn Schulpolitik unter Ideologie? Nur Sie!)

Ich muß hier an die alte Regierung die Frage stellen: Auf welcher Grundlage hat sie denn eigentlich, da sie den Lehrerbedarfsplan nicht fortgeschrieben hat, beschlossen, jährlich 350 Stellen nicht wieder zu besetzen? Ich frage, auf welcher Grundlage die Regierung das entschieden hat.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie hat eine Wallfahrt zur Erleuchtung gemacht!)

Ich stelle hier im Landtag auch die Frage, ob die neue Regierung die gleiche Absicht hat und, wenn ja, auf Grund welcher Kriterien.

(Holzapfel (SPD): Sehr gut!)

Die Gegebenheiten, die wir an den heutigen Schulen vorfinden, sind kein Naturereignis und wurden nicht durch den Regierungswechsel am 5. April dieses Jahres herbeigeführt, sondern sind die Folge von Fehlentscheidungen, weil keine gründlichen Daten vorgelegen haben.

Herr Holzapfel, wenn Sie Mayer-Vorfelder von Baden-Württemberg hier zitieren, der einen Lehrerbedarfsplan für sich für überflüssig hält,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dessen Rede in Ulm sollte man hier mal verlesen!)

dann frage ich Sie, ob es in Baden-Württemberg denn die gleichen Verwerfungen in der Lehrerstruktur und die gleichen Fehlentwicklungen gibt, die eine solche Forderung vernünftig erscheinen lassen. Dort, wo nach sachlichen Kriterien Schulplanung erfolgt und wo dies auch die Zustimmung der Eltern findet, wie in Baden-Württemberg, ist natürlich in dem Maß auch nicht ein für den Landtag fixierter Lehrerbedarfsplan erforderlich, wie er hier im Lande Hessen eben unbedingt erforderlich ist, um die Unordnung zu beseitigen, die wir bei Regierungsübernahme vorgefunden haben.

(Hertle (GRÜNE): Ach du lieber Gott! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich wußte es ja! Eindeutig! Typisch Zwangslage!)

Wir haben eine miserable Hinterlassenschaft vorgefunden, gerade was die Lehrerstruktur betrifft. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, dem Beispiel der Grundschulen im Main-Kinzig-Kreis. Das staatliche Schulamt hat bei der Bedarfsmeldung im Januar 1987 gemeldet, daß 55 Grundschullehrer in seinem Bereich fehlen. Der



Regierungspräsident hat aber gleichzeitig einen Überhang von 65 Lehrern im Mittelstufenbereich festgestellt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Unglaublich!)

Der Regierungspräsident schloß daraus: Also Fehlbedarf Null in diesem Kreis, und zwar nach der bisherig gültigen Rechnung: Es kommt alles in einen Topf, Grundschule und Mittelstufe, dann zieht man einen Strich darunter, und dann wird Bilanz gezogen. Also keine Lehrerzuweisungen, außer zehn Umwandlungen der auslaufenden ASOP-Stellen aus dem ASOP-II-Programm.

Welche Belastungen das auch für Beamte der staatlichen Schulämter bedeutet hat, können Sie in diesem Kreis nachfragen. Dafür, wie Schulamtsdirektoren dort menschlich und psychisch belastet gewesen sind, gibt es ein ganz schlimmes Beispiel.

Eine weitere Folge: Die Abordnungen und Versetzungen an Grundschulen, die dann von den Regierungspräsidenten vorgenommen werden mußten, haben zu sehr viel Unruhe an den Schulen und Konflikten mit den Personalräten geführt. Lehrer alter Ausbildung, die man noch versetzen kann, sind im Grunde genommen für die Zukunft gar nicht mehr da. Es sind Lehrer, die zum Teil 20, 30 Jahre nicht an einer Grundschule unterrichtet haben. Sie gehen nicht gerade freudig dorthin und verbessern nicht gerade das Klima an diesen Schulen. Sie reißen auf der anderen Seite Löcher in der Gesamtschule, weil es zum Teil zufällig alles Englischlehrer sind, die da abgeordnet und versetzt worden sind, da eben von dieser Schule nur diejenigen mit dem alten Lehramt abgeordnet und versetzt werden konnten, die zufällig gerade den Englischunterricht abdeckten.

Weiter haben wir auf Grund der Fehlentwicklung der Lehrereinstellung die Situation, daß für die Sekundarstufe I ausgebildete Lehrer mit den Fächern Englisch und Französisch zwei Jahre lang an die Grundschule versetzt werden, dort zwei Jahre Grundschulunterricht zu halten lernen und dann, wenn sie das können, zurück an ihre alte Schule müssen, weil die besoldungspolitischen Gegebenheiten entgegenstehen; und dann kommt wieder ein neuer Lehrer an die Grundschule. Das alles geschieht zu Lasten und auf dem Rücken der Kinder.

Die Vorstellung, daß man dem "Schülerberg" - eine menschenverachtende Bezeichnung im Zusammenhang mit Schülern - die Lehrer hinterherschicken könne, war eine Fehlkalkulation der vorigen Landesregierungen, weil das nur von unten nach oben geht. Aber es geht nicht im Kreis herum. Das Lehrerkarussell, das sich die bisherigen Hessischen Kultusminister vorgestellt hatten, klappt nicht. Man kann nicht von der Grundschule bis in die Oberstufe des Gymnasiums versetzen und dann wieder dort andere Lehrer in die Grundschule, wenn,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ein politischer Brummkreisel!)

wie sich heute zeigt, an den Grundschulen wieder stärkere Schülerjahrgänge sind und wir dort die Lehrer brauchen, die SPD-Kultusminister noch vor wenigen Jahren aus den Grundschulen herausgenommen und in den Mittelstufenbereich verlagert haben.

Die Folgen dieser ganzen Situation sind 5.125 Personallenkungsmaßnahmen zum Schuljahr 1987/88: 1.338 Versetzungen und 3.787 Abordnungen. Das heißt, jeder achte Lehrer ist davon betroffen. Ein Jahr zuvor waren es schon 4.539. Das ist doch nicht mehr normal! Und im nächsten Jahr geht nicht einmal das mehr, weil die Lehrer mit dem

alten Lehramt für Grund-, Haupt- und Realschulen allesamt inzwischen abgeordnet oder versetzt sind.

Wir stellen eine totale Fehlplanung auf dem Gebiet des Lehrereinsatzes fest - trotz des finanzaufwendigen "Hessischen Instituts für Bildungsplanung und Schulentwicklung", das sich gerade auf diesem Sektor Verdienste hätte erwerben können.

In manchen Grundschulkollegien gibt es heute mehr abgeordnete oder versetzte Mittelstufenlehrer als ausgebildete Grundschullehrer.

Die neue Regierung hat versucht, dem sofort entgegenzuwirken, und zwar durch die Bereitstellung von 100 zusätzlichen Planstellen im Nachtragshaushalt, von denen eine ganze Reihe mit Grundschullehrern besetzt werden konnten, und durch die Berücksichtigung der Grundschulen mit der Einstellung von 441 Grundschullehrern von insgesamt 796 Neueinstellungen.

Für die CDU hat der Bildungsanspruch des Kindes oberste Priorität, nicht politische Zielsetzungen.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was für ein Schwachsinn!)

Der ehemalige Kultusminister Krollmann sagte am 25. Februar 1981 im Landtag, daß er bis 1985 Einstellungsmöglichkeiten "nur im Bereich des Gymnasiums und der Berufsschule" sehe. Welch grandiose Fehleinschätzung!

Solche katastrophalen Mängel haben wir, wie schon gesagt wurde, auch in Teilbereichen des übrigen Schulwesens, im fakultativen Bereich. Wir haben große Engpässe, weil man wie ein Überflieger über diese Dinge hinweggegangen ist und nicht den Bedarf vor Ort ermittelt hat, zumindest sich nicht bei der Lehrerzuweisung daran gehalten hat. Wir haben auch erhebliche Defizite in den Sonderschulen und in Teilen des beruflichen Schulwesens. Dies alles wurde - ich sage es kurz - dem Integrationsfetischismus der bisherigen Regierungen und der sie tragenden Fraktionen geopfert.

(Hertle (GRÜNE): Unerhört!)

Herr Hertle, da gab es sogar eine Fußnote im Lehrbedarfsplan 1979 zur Verbesserung der Situation der Sonderschulen. Auch diese Fußnote hat man nicht beachtet.

Ein weiterer Strukturmangel ist der Ausfall von fakultativem Unterricht, den ich am Beispiel der hessischen Hauptschulen mit Stichtag 01.10.86 deutlich machen will: 14,8 Prozent Unterrichtsausfall im Fach Sport, 19,7 Prozent im Fach Musik, 20,1 Prozent im Fach Religion.

(Beucker (SPD): Wir glauben Ihnen kein Wort!)

Das ist es, was den Kultusminister zu mehr Zuwendung zur Hauptschule bewogen hat. Ab 01.10.86 gibt es - man höre und staune - überhaupt keine Unterrichtsausfallstatistik mehr, und zwar mit der Begründung des vorigen Kultusministers: Wegen "laufender Lehrerveränderungen" sei das nicht mehr sinnvoll und möglich, man komme mit dieser Unterrichtsausfallstatistik den laufenden Lehrerveränderungen nicht mehr hinterher.

Meine Damen und Herren, wenn das kein Dokument der Hilflosigkeit der vorigen Landesregierung ist! Die Regierung war mit ihrem Latein am Ende, und es war höchste Zeit, daß der Regierungswechsel am 5. April stattgefunden hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einen Punkt ansprechen, der in dieser Debatte nicht fehlen darf; das ist die eigentümliche Mengenlehre der bisherigen Kultusminister, bei der rund 80 Prozent - bei den Beruflichen Schulen sind es in diesem Schuljahr genau 80,1 Prozent - der sich nach der Schüler-Lehrer-Relation ergebenden Planstellen für eine Schule "100prozentige Abdeckung" für die Schule bedeuteten. 80 Prozent plus leere Menge gleich 100 Prozent.

(Holzapfel (SPD): So ein Stuß!)

Das war die Mengenlehre der bisherigen Kultusminister, die die Eltern mit Recht nicht verstanden haben; denn für die sind 100 Prozent dann gegeben, wenn 100 Prozent der Planstellen an der Schule abgedeckt sind und nicht 80 Prozent.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Babel (F.D.P.))

Wir werden auch das beenden und einen transparenten Lehrbedarfsplan und eine transparente Lehrerzuweisung durch den Hessischen Kultusminister befürworten, eine aufrichtige Politik und keine Verschleierung der Gegebenheiten, was die Ursache für die ständigen Streitereien mit den Eltern war, denen diese Arithmetik nicht in den Kopf wollte. Denn im Gegensatz zu manchen Vorgängern des jetzigen Kultusministers oder zumindest zu Herrn Holzapfel ging es um deren eigene Kinder. Es ist deshalb nicht berechtigt, mit einer verbalen Kraftmeierei der falschen Schulpropheten Krollmann und Holzapfel davon ablenken zu wollen.

(Holzapfel (SPD): Schneider!)

- Herr Holzapfel, die verbalen Kraftmeiereien in den letzten Wochen kommen von Ihnen und von Herrn Krollmann. - Sie können nur den Grund darin haben, daß Sie von der chaotischen Hinterlassenschaft, die sich hier offenbart, ablenken wollen,

(Zustimmung bei der CDU)

zum Beispiel davon, daß Unordnung nicht nur in den hessischen Schulen herrscht, sondern auch im Kultusministerium selbst, wo ein Wort wie "EDV" offenbar eine recht unverständliche Vokabel geblieben ist.

(Holzapfel (SPD): Herr Korn, ich zeige Ihnen einmal den Raum, wo die Geräte stehen!)

Wir bitten den Kultusminister, das Kultusministerium gut durchzulüften, den Staub von den vergilbten Akten voller Ideologie zu wischen und den Einzug einer modernen Kultusverwaltung zu gewährleisten,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Glänzend!)

für die die Errungenschaften der modernen Technik wie der EDV nicht Teufelszeug sind, sondern Mittel, um mit größerer Effektivität und Zeitnähe den Schulen zu dienen, bedarfsgerecht und schnell zu reagieren und letztlich dem Staat auch Geld zu sparen.

Herr Fischer, wer einer technikfeindlichen Ideologie verhaftet ist,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Korn, das Outfit müßte auch einmal ein bißchen moderner werden bei Ihnen!)

der darf sich natürlich selbst dieser modernen Technik nicht bedienen; sonst wird er unglaubwürdig. Das ist für mich die einzige Erklärung dieses Zustandes, den wir konstatieren.

Es ist nicht so, daß diese Erkenntnis der völlig falschen Struktur der Lehrerschaft im hessischen Schulwesen plötzlich den Bildungspolitikern gekommen wäre, sondern es war lange bekannt, daß dies so kommen mußte. Wir haben im Landtag sehr viel über den Lehrbedarfsplan und über die richtige Lehrereinstellung, an der Sache orientiert, diskutiert. Ich erinnere an die Landtagsdebatte vom 26.11.81, in der der Kollege Lauterbach dem Kultusminister folgendes sagte:

Ich frage also hier in allem Ernst, ohne daß ich es besser weiß als Sie: Stimmen die Zahlen, die Sie ermittelt haben? In welche Situation bringt uns ein Planstellenabbau in der nächsten Zeit? Ich mache ein Fragezeichen dahinter.

Später in der gleichen Debatte betonte der damalige Kultusminister Krollmann, daß er wirklich sorgsam statistische Zahlen vorgelegt habe, die sorgfältig erhoben worden seien.

Ich erinnere an die Große Anfrage der CDU-Fraktion betreffend künftiger Lehrbedarf vom Oktober 1980, an die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion vom Oktober 1981 betreffend effektiver Lehrereinsatz in den hessischen Schulen. Ich erinnere an die Haushaltsberatungen 1985 und 1986 und darf dazu den Kollegen Wilke von der F.D.P.-Fraktion vom 08.11.84 zitieren. Er forderte den aktualisierten Lehrbedarfsplan und sagte:

Wir haben zwar voriges Jahr dem Kultusminister die Stellen für die Beamten bewilligen müssen, die ihn erarbeiten sollen. Es kann nur zwei Möglichkeiten geben, warum er noch nicht vorliegt. Entweder paßt er nicht mehr in die Politik der Landesregierung ...

- deshalb mein Bezug vorhin zu den GRÜNEN -

oder man hat tatsächlich in der Vergangenheit nicht die Voraussetzungen geschaffen, um Daten zu haben, auf deren Grundlage man politische Entscheidungen fällen kann.

Warnungen gab es genug. Die Situation, die wir heute vorfinden, brauchten wir nicht zu haben. Schulkinder brauchten nicht um ihren Bildungsanspruch betrogen zu werden, zumindest nicht in dem Maß, wie das an manchen Schulformen heute der Fall ist.

Herr Holzapfel sagte, in die Enge getrieben durch diese jahrelange Diskussion um die Fortschreibung des Lehrerentwicklungsplanes, am 07.05.86 im Landtag wörtlich, es werde "in absehbarer Zeit" die Fortschreibung des Bedarfsplans vorgelegt, und es würden entsprechende Beschlüsse im Kabinett gefaßt.

Warum erfolgte das nicht? Ich stelle diese Frage noch einmal. Sie ist nicht beantwortet worden. Vielleicht könnten die GRÜNEN die Antwort geben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nie sollst du mich befragen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion erwartet von einem realistischen Lehrbedarfsplan, daß er schulform- und lehrerbezogen erstellt wird, daß er alle Lehrämter einbezieht, den Altersaufbau im Auge hat, den Fachbedarf darstellt, die Zusatz- und Sonderaufgaben ehrlich quantifiziert, den Mehrbedarf für die Erhaltung von kleinen Grund- und Hauptschulen darstellt. Hier möchte ich anmerken, daß dem voll zuzustimmen ist, was der Kultusminister vorhin an Analyse vorgelegt hat. Das sage ich auch einmal in Richtung der Finanzpolitiker, und zwar in allen Frak-

tionen in diesem Hause: Die Anzahl der Klassen im hessischen Schulwesen geht eben nicht im gleichen Umfange prozentual zurück wie die Schülerzahlen. Dies ist nachweisbar und errechenbar. Da die vorherige Landesregierung genau diesem Fehler nachhing, gibt es eben zum Beispiel den übergroßen Fehlbedarf in den Grundschulen in diesem Lande und in einigen Fächern.

Wir fordern weiter für den Lehrerbedarfsplan, daß neben den Schülerzahlen als gleichwertige Kriterien die zu erteilenden Unterrichtsstunden und die Anzahl der Klassen Berücksichtigung finden. Als weiteres muß eine ehrliche Lehrerreserve eingerechnet werden, und zwar in Alternativen, denn die Lehrerreserve, wie wir sie bisher hatten - zumal sie von Anfang an verbraten worden ist -, reichte nicht aus, um manche Löcher, die durch zum Teil unvorhersehbare Gegebenheiten an Schulen entstehen, nur halbwegs stopfen zu können.

Schließlich verlangen wir Alternativrechnungen für das Abweichen vom erwarteten Bedarf in den einzelnen Schulformen durch andere momentan nicht erwartete Schülerströme, auch im Blick auf Alternativen zu den jetzigen Lehrämtern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Aufstoßen der Tür zur Schulwahlfreiheit in Hessen mit dem Gesetz zur Wiederherstellung der Schulwahlfreiheit gilt es nun, Bestandsaufnahme zu machen, um eine nach vorn gerichtete Politik auf gründlichen Daten zu vollziehen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was ist denn das für ein Deutsch, "gründliche Daten"?)

Dazu ist ein Lehrerbedarfsplan eine wesentliche Grundlage.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Saubere, ordentliche Daten!)

- Keine "grünlichen", Herr Fischer, das wäre fatal, danach haben Sie gehandelt, sondern gründliche, sorgfältig ausgearbeitete Daten. Ein Lehrerbedarfsplan ist dabei eine wesentliche Grundlage für eine solide, sachgerechte, zukunftsorientierte und finanzierbare neue hessische Schulpolitik, die sich ganz in den Dienst der Bildung der jungen Generation stellt. Dafür sind wir angetreten, dafür hat uns die Wählerschaft am 5. April das Mandat gegeben. Wir werden uns durch Desinformationskampagnen, durch Verleumdungen der Oppositionsfractionen von diesem Weg der Verwirklichung nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Präsident Lengemann:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat hat empfohlen, den Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen; es ist so beschlossen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für wenige Minuten. Wir werden die Mitglieder des Staatsgerichtshofes hereinbiten, um dann die angesetzten Vereidigungen vorzunehmen. Ich bitte Sie, sich also nicht weit zu entfernen. Wir machen um 12.40 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 12.35 bis 12.40 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

#### **Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen**

##### **Vereidigung des Landesanwalts und seines Vertreters**

Zu dieser Vereidigung begrüße ich im Plenarsaal des Hessischen Landtags den Präsidenten und die Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen sowie den Landesanwalt und seinen Vertreter.

(Allgemeiner Beifall)

Die Neuwahl der nichtrichterlichen Mitglieder wurde vom Plenum des Landtags vorgestern vorgenommen; der Landesanwalt und sein Stellvertreter wurden vom Wahlmännnergremium am gleichen Tage gewählt. Mit den Neuwahlen sind aus dem Staatsgerichtshof Herr Mangold und Herr Platner ausgeschieden. Ich spreche Ihnen im Namen des Hessischen Landtags den Dank für Ihre Mitwirkung im Staatsgerichtshof des Landes Hessen aus.

(Allgemeiner Beifall)

Nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof werden der Landesanwalt und sein Stellvertreter, welche von jedem Landtag neu zu wählen sind, vom Präsidenten des Landtags vereidigt. Ich bitte die beiden Herren zu mir.

(Die im Plenarsaal Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Herr Apel und Herr Dr. Pittermann, da Sie beide wiedergewählt wurden, entfällt die förmliche Eidesleistung. Ich weise Sie auf Ihren bereits geleisteten Eid, der Sie auch für Ihre neue Amtszeit bindet, hin, und wünsche Ihnen für Ihr verantwortungsvolles Amt alles Gute.

(folgt Handschlag)

Die Vereidigung der ständigen Mitglieder des Staatsgerichtshofs ist nach § 9 Abs. 1 StGHG vor dem Landtag durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs vorzunehmen. Ich bitte Herrn Präsidenten Kleinschmidt, dies zu tun.

#### **Kleinschmidt, Präsident des Hessischen Staatsgerichtshofes:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach § 9 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof werden die ständigen Mitglieder des Staatsgerichtshofs mit Ausnahme des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs vor dem Landtag vereidigt. Ich darf die Herren Johannes Knarr, Dr. Dieter Adam, Dr. Wolfgang Teufel, Dr. Helmut Lenz, Dr. Manfred Voucko und Professor Dr. Klaus Lange zu mir bitten.

Herr Knarr, Herr Dr. Adam, Herr Dr. Voucko und Herr Professor Lange, Sie sind in der Wahl am Dienstag, dem 25. August, wiedergewählt worden. In diesem Fall wird die Vereidigung durch die Bezugnahme auf den früher geleisteten Eid ersetzt. Ich danke Ihnen für die bisherige Zusammenarbeit und darf Sie durch Handschlag verpflichten.

(folgt Handschlag)

Neugewählt sind die Mitglieder Dr. Teufel und Dr. Lenz. Ich bitte Sie nunmehr, mir nacheinander die Eidesformel nachzusprechen.

(Die Richter Dr. Lenz und Dr. Teufel leisten den Eid mit der religiösen Beteuerung)

**Präsident Lengemann:**

Ich stelle fest, daß der Herr Präsident des Staatsgerichtshofes die Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder nach dem Staatsgerichtshofsgesetz vollzogen hat.

Ich wünsche allen Mitgliedern des Staatsgerichtshofes ein segensreiches Wirken für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und für unser Land insgesamt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.45 Uhr.

(Unterbrechung von 12.45 bis 14.50 Uhr)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der unterbrochenen Plenarsitzung fort.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

**Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Besetzung von Funktionsstellen an hessischen Schulen - Drucks. 12/396 -**

Ich frage, ob zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort gewünscht wird. - Das Wort hat Herr Hertle für die Fraktion der GRÜNEN.

**Hertle (GRÜNE):**

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Dies ist eigentlich ein Thema, das nicht so gut unmittelbar nach dem Mittagessen paßt. Trotzdem will ich jetzt damit anfangen.

Es geht um die neue Form von Personalpolitik in dem Bereich, in dem ich mich relativ gut zu Hause fühle, nämlich der Schulverwaltung. Ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, daß ich einen Einzelfall sehr ausführlich darstelle. Als Vorbemerkung sei mir gestattet, daß all die Namen, die auftauchen, Namen sind, die bereits Gegenstand öffentlicher Debatte waren. Es handelt sich folglich nicht um schützenswerte Personaldaten, sondern um öffentlich und pressemäßig bekannte Verhältnisse.

Im März 1987 erhält eine Kollegin den Brief des damaligen Landesvorsitzenden der CDU, Herrn Walter Wallmann, an Lehrerinnen und Lehrer in Hessen. In diesem Brief steht geschrieben - ich zitiere -:

Uneingeschränkt muß der Grundsatz gelten, daß Ämter nur nach den Gesichtspunkten der Eignung und Befähigung vergeben werden. Regierungswechsel heißt nicht Parteibuchwirtschaft mit umgekehrten Vorzeichen. Ich verbürge mich dafür, daß Parteibuchwirtschaft mit der CDU nicht stattfinden wird.

Absender: Walter Wallmann.

(Beifall bei der CDU)

Der Ehemann der Kollegin, Kollege Reinhardt Odey - um in dem Fall fortzufahren -, hatte sich im November 1986 als Leiter einer Gesamtschule im Main-Taunus-Kreis beworben, nachdem er vier Jahre lang als Geschäftsführer des Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und vier Jahre als Leiter eines Gymnasialzuges an der Gesamtschule Hattersheim gearbeitet hatte. Der Kollege ist anerkannt über regionale und überregionale Parteigrenzen hinweg als engagierter Vertreter und Verfechter einer modernen, kindgerechten Reformpädagogik und hat dies stets ohne taktische oder persönliche oder karrieremäßige Rücksichten offen vertreten. Zuletzt hat er im Kulturpolitischen Ausschuß, als das Schulgesetz

zur Debatte stand, sehr offen und deutlich seine Kritik formuliert.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Hertle, sind Sie bereit, eine Frage des Abg. Kappel entgegenzunehmen?

**Hertle (GRÜNE):**

Nein, ich möchte jetzt erst einmal den Zusammenhang herstellen. Später können Sie, Herr Kappel, gern die Frage stellen.

Zwei Monate vorher, im März 1987, hatte er sich noch einem regulären Überprüfungs- und Auswahlverfahren unterzogen. Das RP in Darmstadt setzte ihn im April 1987, nach dem Regierungswechsel, in seinem Vorschlag an den Kultusminister auf Platz 1 der Bewerbungsliste. Das Kultusministerium überprüfte im April/Anfang Mai 1987 den Vorschlag des Regierungspräsidenten. Es bestätigte diesen Vorschlag - wohlgermt: noch nach dem Regierungswechsel - und beantragte bei der zuständigen Personalvertretung die Zustimmung zur Besetzung der Stelle. Im Juni 1987 erfolgte diese Zustimmung, und das Verfahren war ordnungsgemäß und rechtmäßig abgeschlossen.

In der zitierten Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuß, in der Herr Odey das CDU-Schulgesetz kritisiert hatte, trat Herr Stöber als Experte der CDU und Verfechter dieses Gesetzes im Ausschuß auf und argumentierte dort. Herr Stöber hatte sich wie Herr Odey um eine Schulleiterstelle beworben, nicht etwa an einer fremden, sondern an seiner hauseigenen Schule, der Gesamtschule Kirchhain.

Herr Stöber hatte mehrere Mitbewerber. Herr Stöber, das muß man dazusagen, war weder von der Schulaufsicht noch von dem Kollegium auf einen der vorderen Plätze gesetzt.

Was denken Sie, meine Damen und Herren, geschieht jetzt mit diesen beiden Exponenten und Kritikern beziehungsweise Befürwortern des Schulgesetzes? Herrn Odey erreicht zwei Tage vor Beginn des neuen Schuljahres ein Formschreiben mit der Mitteilung, die Schulleiterstelle an seiner Schule, an der Gesamtschule Eschborn, würde neu ausgeschrieben. Eine Begründung erhält er nicht.

Anders Herr Stöber. Er wurde allen Bewerbern vorgezogen, wurde auf Platz 1 der Auswahlliste gesetzt, und der Kultusminister wählte ihn als Bewerber aus. Er war sehr wohl Hausbewerber.

(Blaul (GRÜNE): Also keine Parteibuchwirtschaft!)

- Keine Parteibuchwirtschaft. Ich will noch einmal Herrn Wallmann zitieren:

Ich verbürge mich dafür, daß Parteibuchwirtschaft mit der CDU nicht stattfinden wird.

Ich warte jetzt auf Ihren Applaus, meine Damen und Herren von der CDU.

Herr Stöber wird - das ist ja auch politisch bekannt: ein Adlatus, Parteigänger, ein Spezi des neuen Kultusministers - Schulleiter, obwohl er dem Wallmannschen Grundsatz, daß Ämter nur nach Gesichtspunkten der Eignung und Befähigung vergeben werden, offensichtlich nicht entspricht.

(Zurufe von der CDU)

Wir halten noch einmal fest: Hier handelt es sich um einen eindeutigen Verfahrens- und Rechtsbruch des Kultusministers, nämlich in bereits abgeschlossene Besetzungsverfahren von oben einzugreifen und zu ändern.

Die gleiche Systematik gilt für viele weitere Fälle. Denn es geht hier nicht nur um Einzelfälle. Ich habe diese beiden Exponenten lediglich als Beispiel genannt.

In einem weiteren Fall hat ein Kollege namens Hohlstein sich um eine Schulleiterstelle an der Theodor-Heuss-Schule in Offenbach beworben. Im März 1987 findet das Überprüfungsverfahren statt. Im Mai 1987 schlägt der Regierungspräsident in Darmstadt den Kollegen vor. Im Mai und Juni 1987 stimmen die Personalvertretungen und der Schulträger zu. Im Juni 1987 ordnet auch hier der neue Kultusminister an, das Verfahren zu stoppen, und kündigt die Neuausschreibung an.

Herr Hohlstein seinerseits ist Mitglied der SPD, aus Kreistagsarbeit bekannt. Er ist aber auch bekannt als engagierter Verfechter einer modernen Reformpädagogik.

Für diese Eingriffe in abgeschlossene Verfahren werden Begründungen an den Haaren herbeigezogen. Bei Hohlstein ist es die Begründung, er sei leider der einzige Bewerber gewesen. Es fehle hier der freie Wettbewerb. Mitbewerber seien im Vorfeld quasi weggedrückt worden. Künftig würden im hessischen Schulbereich grundsätzlich nur dann Besetzungen stattfinden, wenn es im Bewerbungsverfahren mehrere Bewerber oder Bewerberinnen geben würde. Parteibuchwirtschaft!

Meine Damen und Herren, Parteibuchwirtschaft findet leider statt, diesmal mit schwarzem Vorzeichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn kaum war das restaurative überholte Schulgesetz verabschiedet, verabschiedete sich der Kultusminister seinerseits von seiner Parole "freie Schulwahl" und begann im Juni, auf der Ebene der Personalpolitik seine Revanche fortzusetzen.

Er greift permanent in laufende oder bereits abgeschlossene Stellenbesetzungsverfahren ein, stoppt laufende Verfahren mit unterschiedlichen Begründungslinien mit der eindeutigen Absicht - das muß man in dieser Härte sagen -, parteipolitisch genehme Personen auf Funktionsstellen im Schulbereich zu setzen und engagierte Reformpädagogen fernzuhalten.

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

Nun kann man der Redlichkeit halber vorangegangenen Hessischen Landesregierungen und Kultusministerien in keiner Weise das Attest ausstellen, daß sie alle Stellenbesetzungen frei von parteipolitischen Aspekten vorgenommen hätten. Im Gegenteil!

Zu Beginn der siebziger Jahre wurden vor allem an Gesamtschulen die Funktionsstellen sehr, sehr häufig nach parteipolitischem Proporzsystem der Altparteien besetzt bis hin zu den paradoxen Entscheidungen, daß erklärte Gegner solcher Schulen dort in manchen Fällen Schulleiter wurden. Die Folgen dieser damaligen Parteibuchwirtschaft waren für die Entwicklung eines modernen Schulwesens nicht förderlich.

(Holzapfel (SPD): Da hat er recht!)

Da wir es aber jetzt unter dem neuen CDU-Kultusminister in nahezu ausnahmslos allen schulischen Bereichen mit Zurückdrehen, Behindern und Verhindern neuer perspektivischer Ansätze zu tun haben, war natürlich

auch zu befürchten, daß diese Politik personalpolitisch mit untermauert würde. Allerdings wird - das unterscheidet die Kritik von der Kritik an den bisherigen Landesregierungen - bei der neuen Stellenbesetzungspraxis eine neue negative Qualität erreicht;

(Beifall bei den GRÜNEN)

es wird nämlich rechtswidrig in eindeutig abgeschlossene Verfahren eingegriffen, und es wird Parteipolitik, Parteibuchwirtschaft gemacht. Auswahlverfahren, Mitbestimmungsverfahren werden zur Farce. Entscheidungen werden nicht mehr sachlich begründet, sondern schlicht administriert und vollzogen. Im übrigen hat auch in dem von mir genannten Fall Hohlstein wieder ein Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht den Kultusminister in seiner Personalpolitik vorerst gestoppt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es gibt weitere Fälle: Die abgeschlossenen Verfahren für die Besetzung der Schulleiterstelle der Carl-von-Ossietzky-Schule in Groß-Gerau wurden abgebrochen. Betroffen war auch hier ein engagierter, fähiger Schulmensch, der die Schule seit längerer Zeit ohne Fehl und Tadel geleitet hat. Das gleiche ist an einer integrierten Gesamtschule in Riedstadt der Fall. Auch hier ein abgeschlossenes Besetzungsverfahren; Betroffener: ein engagierter Lehrer. Besetzung der Schulleiterstelle der Grundschule Homberg-Osterbach: Ein Förderstufenleiter einer anderen Schule wird vom Kultusministerium abgelehnt. Das gleiche geschah auch Herrn Garf, der für die Leitung des Goethe-Gymnasiums in Kassel so gut wie ernannt war und der als einer bekannt ist, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Nach einem Gespräch im Kultusministerium war er abserviert. Abserviert von Wagner wurden auch der Bewerber um die Stelle des Schulleiterpostens am Schuldorf Bergstraße sowie Bewerber um die Schulleiterstelle an der Berufsschule Geisenheim. Und das ist nur ein Auszug! Der letzte Fall ist auch presseöffentlich geworden: Am Überwald-Gymnasium in Wald-Michelbach wird öffentlich - in der Zeitung - Rufschädigung von Kollegen betrieben. Das Kultusministerium zieht sich zurück und sagt, es seien leider bedauerliche Fehlinformationen des neuen Pressesprechers des Kultusministers.

(Holzapfel (SPD): Und diese Information ist auch schon wieder falsch! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wie heißt der?)

- Irmer!

Mit wechselnden Scheinargumenten versuchen Sie, Herr Kultusminister Wagner, im nachhinein Ihre Eingriffe in Besetzungsverfahren zu rechtfertigen. Nachträglich entworfene Erlasse sollen Personalentscheidungen für Leute aus Ihrer Klientel rechtfertigen. Erlasse, die bis heute nicht rechtskräftig sind, sollen jetzt bereits dazu dienen, Besetzungen mit Bewerbern, die Ihnen nicht ins bildungspolitische Konzept passen, zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In einem Ihrer Erläuterungen aus dem Juni 1987 kündigen Sie nun an, Hausbewerber würden künftig nicht mehr zum Zuge kommen. Leitgedanke dieses Erlasses ist, alle Formen kollegialer Schulleitung gar nicht weiter zuzulassen, die hessischen Schulleiterinnen und Schulleiter im Grunde zu hierarchischen Befehlsempfängern zu degradieren.

(Zurufe von der CDU: Oho!)

- Ja, stöhnen Sie nicht, sondern gucken Sie sich das vor Ort einmal an! Nicht umsonst und nicht zufällig ist der Erlaß, den Sie da absetzen, fast wörtlich deckungsgleich mit einem Erlaß des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 29. Juli 1936.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aha!)

Er ist wortgleich, und ich zitiere eine Passage:

Auf Grund der immer wieder gemachten ungünstigen Erfahrungen kann Anträgen auf Bestätigung in solchen Fällen

- gemeint sind Hausbesetzungen -

nicht stattgegeben werden. Die Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten werden daher ersucht, sofern nicht ganz besondere Verhältnisse vorliegen, dieses zu beachten und solche Anträge von vornherein an die Schulträger zurückzugeben. Berlin, 29. Juli 1936, i. V. Zschintsch.

(Zuruf von der CDU: Was soll denn das?)

- Was das soll? Dieser Erlaß, der wirklich aus der Staubkiste obrigkeitstaatlicher Schulverwaltung kommt, wurde Gott sei Dank Ende der 60er Jahre entstaubt; er hatte keine Wirkung mehr. Einer der ersten Akte des neuen Kultusministers ist es nun, die Staubkiste wieder aufzumachen und diesen Erlaß abzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Er sollte sich gleich auch eine Perücke aufsetzen und zustauben, das würde gut passen!)

Ich denke, aus dieser Handhabung des Erlasses spricht der gleiche Geist: Hierarchie statt Demokratie ist die Devise.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir wollen nicht übertreiben! "Geist" würde ich nicht sagen! - Blaul (GRÜNE): Kleingeist!)

Bürokratie soll hier, so denke ich, Autonomie zurückdrängen, soll die Schulleitungen wieder mehr an die Administration anbinden. Parteikandidaten sind im Rennen, nicht mehr die bewährten und geeigneten Bewerberinnen und Bewerber. Zum Absägen solcher mißliebigen Kandidatinnen und Kandidaten dient, wie gesagt, diese erlaßmäßige Doppelstrategie: Wenn es nur einen Bewerber gibt, wird vermutlich so lange ausgeschrieben, bis sich nach dem Prinzip der freien Konkurrenz noch jemand findet, und die zweite Strategie ist: Bewerberinnen und Bewerber an der betreffenden Schule sind dann, wenn es Hausbewerbungen sind, nicht mehr zu berücksichtigen. Nicht kollegiale Schulleitung ist gefragt, sondern eben CDU-orientierte - eine bedauerliche Entwicklung im hessischen Schulwesen.

Nun kommt das Interessante. Ich weiß nicht, ist der Kollege Korn da? Ich vermisse ihn.

(Osypka (CDU): Er ist da, immer auf seinem Platz!)

- Ja, sehr schön! Mit wechselnden Scheinargumenten wird nun von seiten des Kultusministers versucht, im nachhinein seine Eingriffe in Besetzungsverfahren zu rechtfertigen.

(Korn (CDU): Ich bin doch nicht der Kultusminister!)

- Ich gucke Sie trotzdem an, weil ich denke, Sie sind praktisch auf derselben Parteilinie, was diesen Skandal

angeht, und das will ich auch gleich nachweisen, Herr Korn.

(Korn (CDU): Der Skandal ist all das, was vorher war!)

Nachträglich entworfene Erlasse sollen Personalentscheidungen für Leute aus Ihrer Klientel rechtfertigen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Korn, wie haben Sie bei dem "rot-grünen Chaos" eigentlich Ihre Stelle gekriegt? Das würde mich einmal interessieren! Man muß im nachhinein sagen: eine eindeutige Fehlbesetzung!)

Erlasse, die bis heute nicht rechtskräftig sind, dienen Ihnen dazu, Ihr Konzept durchzusetzen. Nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung" - Ihr Pressesprecher ist ja in die Defensive geraten, und Herr Korn ist noch stärker in der Defensive - treten Sie die Flucht nach vorn an und versuchen, ein gigantisches Verschwörungsmanöver presseöffentlich in die hessische Landschaft zu malen. Herr Korn veröffentlicht ein Papier, ein angebliches GEW-Strategiepapier, das seit 1983 durch die Bundesländer geistert und von der "Stuttgarter Zeitung" bereits 1984 als Fälschung entlarvt wurde. Auch die CDU Baden-Württemberg ließ dieses Papier wie eine heiße Kartoffel fallen.

(Korn (CDU): Von wem gefälscht?)

- Von wem gefälscht? Es ist von A bis Z eine Fälschung, Herr Korn. Es ist ein Papier wie die Protokolle der Weisen von Zion; das ist eine Sache, die nach dem Ersten Weltkrieg durch die westliche Landschaft geisterte.

Dieser Fälschung bedient sich also Herr Korn. Ich habe mir das sehr genau angeschaut. Ein vernünftiger Mensch, der so etwas liest, kann sich nicht distanzieren, weil er sieht, daß es eine Fälschung sein muß. Dieser Fälschung bedienen Sie sich, Herr Korn, und Sie wollen in eindeutig verleumderischer Absicht zu einem gigantischen Schlag gegen die "finstere Verschwörung" der gesamten gewerkschaftlich organisierten Lehrerschaft ausholen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Es ist dies ja nicht Ihre erste Verleumdungskampagne.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Doch den Schlag, den Sie ansetzen wollen, versetzen Sie sich selbst, denn verschiedene hessische Zeitungen dokumentieren unmittelbar danach, Tage später, daß Herr Korn und in seinem Gefolge auch Herr Irmer nun wohl dieser Fälschung aufgesessen sind oder aber sich bewußt dieser Fälschung bedienen haben. Ich will jetzt nicht rekonstruieren, ob das jetzt Aufsitzen oder bewußtes Verwenden war.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Oder Absitzen! - Fischer (Waldeck) (CDU): Warum erwähnen Sie es denn, wenn Sie das nicht unterstellen wollen?)

- Da müßte ich jetzt Tonnen von Papier nachblättern. Ich zeige Ihnen gern die Papiere, denn es ist sehr schön, so eine Geschichte einmal zu verfolgen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Bei Herrn Korn kann man schon Absicht unterstellen!)

Doch dieser Angriff hat also nicht geklappt. Es ist also nicht gelungen, dieses riesige Verschwörerbild, das Herr Korn in der gesamten hessischen Schullandschaft wittert, an die Wand zu malen.

(Zuruf von der CDU: Schluß!)

Es ist auch nicht gelungen, davon abzulenken, daß es sich bei der jetzigen Personalpolitik des neuen Kultusministers um eindeutig CDU-parteiorientiertes Durchpushen von Besetzungen handelt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Hertle (GRÜNE):**

Frau Vorsitzende, noch einen Satz. - Ich konnte nur auswahlweise einige Fälle nennen. Der Antrag, den wir in das Plenum des Hessischen Landtags einbringen, hat zum Ziel, die Besetzungsverfahren, die wir als rechtswidriges Eingreifen in das Schulsystem qualifizieren, zu beenden und wieder normale Besetzungsverfahren nach Qualifikation und Eignung in der hessischen Schullandschaft durchzusetzen. Das ist Ziel unseres Antrages. Deshalb stellen wir diesen Antrag Ihnen zur Abstimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Das Wort hat Herr Kultusminister Dr. Wagner.

(Fischer (Waldeck) (CDU): Früher war die GEW rot, jetzt ist sie grün! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der filzpolitische Sprecher der Landesregierung!)

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN soll den Eindruck erwecken, als gäbe es in Hessen parteipolitisch motivierte Stellenbesetzungsverfahren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN spielen sich damit wieder einmal zu selbsternannten Moralaposteln auf. Ich sage: in einer Rolle, die Ihnen überhaupt nicht zukommt!

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Scheinheiligkeit!)

Die GRÜNEN als Anwalt der Liberalität und der Überparteilichkeit: Das kommt mir fast so vor, als ob die GRÜNEN sich zur Papstwahl stellen würden.

Meine Damen und Herren, ich will an die Adresse des Abg. Hertle sagen:

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Haben Sie etwas dagegen, daß wir unsere Päpste wählen?)

Herr Hertle, Sie müssen sich daran gewöhnen, daß die Mitgliedschaft in einem bestimmten Verband nicht einziges Qualifikationsmerkmal in einem Bewerbungsverfahren ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. von Plottnitz (GRÜNE))

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Antrag zunächst einmal folgendes klarstellen.

Erstens. Nach § 8 Hessisches Beamtengesetz sind Auslese und Ernennung der Beamten nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Glauben, religiöse oder politische

Anschauung, Herkunft oder Beziehungen vorzunehmen.

(Troeltsch (CDU): Sehr gut! - Blaul (GRÜNE): Dann tun Sie das mal, was Sie da lesen!)

Dies ist geltendes Recht. Es bedarf dazu keines Antrages der GRÜNEN.

(Blaul (GRÜNE): Dann halten Sie sich an das Recht!)

Zweitens. Unter der Verantwortung dieser Landesregierung werden Stellenbesetzungsverfahren ausschließlich nach diesem Grundsatz vorgenommen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

- Ich komme noch auf Ihre Einzelfälle zu sprechen. Gemach, gemacht!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ach Gottchen, nein! Wie süß!)

Drittens. Seit der Übernahme der Amtsgeschäfte am 27.4.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ist er nicht süß?)

wurden 16 Bewerbungen für A 15- oder A 16-Stellen vom Ministerium entschieden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dagegen wirkt der Fischer (Arolsen) noch liberal! - Gegenruf des Abg. Fischer (Waldeck) (CDU))

Dabei kam es in acht Fällen zu Personalentscheidungen, die sich an den genannten Grundsätzen orientierten. In den übrigen acht Fällen wurden Neuausschreibungen veranlaßt, und zwar aus folgenden Gründen. Meine Damen und Herren, ich werde im Gegensatz zu Herrn Abg. Hertle jetzt nicht hier einzelne Namen vorführen, weil ich es für unverantwortlich halte, wenn einzelne Bewerber an die Öffentlichkeit gezerrt werden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das ist Heuchelei und Pharisäertum, was Sie hier betreiben! - Weitere lebhaftes Zurufe von den GRÜNEN)

Hier geht es darum, daß wir auch die Personen der Bewerber in den hessischen Schulen schützen. Auch daran müssen Sie sich gewöhnen.

Meine Damen und Herren, in drei Fällen der Fälle, wo eine Neuausschreibung veranlaßt wurde, lag nur eine Bewerbung vor. Nach Auffassung der Landesregierung sind alle Ausschreibungen für Funktionsstellen im Schulbereich zu wiederholen, wenn nur eine Bewerbung eingegangen ist.

Ich wiederhole, meine Damen und Herren: Das ist keine Erfindung dieser Landesregierung; dies ist eine Praxis, die auch die frühere Landesregierung im Interesse einer breiteren Bewerberbasis oft geübt hat. Ich habe selbst als Behördenchef eines Staatlichen Schulamtes diese Praxis miterlebt und begleitet.

(Boppel (GRÜNE): Warum schreien Sie denn so? - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das schlechte Gewissen!)

In drei weiteren Fällen wurde neu ausgeschrieben, weil Hausbewerbungen vorlagen. Die Landesregierung ist der Ansicht, daß grundsätzlich bei der Besetzung von Schulleiterstellen Bewerber aus dem Kollegium der betreffenden Schule nicht berücksichtigt werden sollen.

(Hertle (GRÜNE): Und Kirchhain?)

- Ich komme noch darauf zu sprechen. - Auch dieses ist keine Erfindung dieser Landesregierung. Nun will ich Ihnen folgendes sagen, meine Damen und Herren: Es hat einen Erlaß der alten Landesregierung gegeben, den ich jetzt wieder in Kraft setzen will. Dieser Erlaß sieht natürlich für besondere Situationen auch Ausnahmen vor.

(Zuruf der Abg. Blaul (GRÜNE))

In Kirchhain hat es einen stellvertretenden Schulleiter gegeben, der in einer personell sehr schwierigen Situation diese Schule über viele Jahre faktisch geleitet hat. Im Interesse der Kontinuität dieser großen Gesamtschule war es pädagogisch geboten, diesen stellvertretenden Schulleiter zum Schulleiter zu ernennen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch im Hochschulbereich gibt es vergleichbare Regelungen. Auch dort können Hausbewerber nur in Ausnahmefällen auf Professorenstellen gesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

In einem weiteren Fall war eine fehlerhafte Ausschreibung vorausgegangen. Die Schule war in der Ausschreibung schlichtweg falsch bezeichnet worden. Es konnte daher nicht ausgeschlossen werden, daß bei Kenntnis der tatsächlichen Schulform mehr Bewerbungen eingegangen wären. Es lag ein eindeutiger Verfahrensfehler vor. Daher mußte aufgehoben werden.

Sie hatten noch einen weiteren Fall angesprochen. Ich werde hier Namen nicht nennen, meine Damen und Herren, weil ich eine Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrern im Lande Hessen empfinde.

(Blaul (GRÜNE): Ach, das stand doch in der Zeitung!)

Sie haben einen Fall angesprochen, den ich Ihnen hier einmal in aller Ruhe und auch durchaus, offengestanden, mit Genüßlichkeit vortragen werde. Ich nenne Ihnen die Daten. Am 21. April 1987, 16 Tage nach der Landtagswahl also und zwei Tage vor meiner Ernennung zum Kultusminister dieses Landes, hatte die frühere Leitung des Hessischen Kultusministers noch eine Personalentscheidung getroffen, und zwar ohne die übliche persönliche Vorstellung der drei Bewerber

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Hört, hört!)

- sie wurde fallengelassen - und zweitens ohne das übliche Votum der zuständigen Fachabteilung. Dieses Votum wurde einen Tag später, am 22. April 1987, also einen Tag vor meiner Ernennung zum Kultusminister, noch nachgeholt. Dann verließ - auch das finde ich sehr interessant, hier einmal vorzutragen; insofern bin ich den GRÜNEN schon dankbar, daß sie mir Gelegenheit geben, dies dem Landtag hier zu sagen -

(Zustimmung bei der CDU)

die Akte dieser Bewerbung, die inzwischen 24 Stunden vor meiner Ernennung noch entschieden worden war, am 4. Mai, also elf Tage nach meiner Ernennung, das Haus - ohne das Wissen von Staatssekretär Lauterbach beziehungsweise auch ohne mein Wissen.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Hört, hört!)

Nachdem Staatssekretär Lauterbach diesen ungewöhnlichen Vorgang entdeckt hatte, hielt er das Ernennungsverfahren an.

(Boppel (GRÜNE): Immerhin hat er etwas entdeckt!)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß es auf Grund dieser groben Verfahrensfehler unter den Gesichtspunkten und Grundsätzen, die Sie hier reklamieren, geradezu geboten war, das Verfahren aufzuheben und neu auszuschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will hinzufügen: Bei all den Verfahren, in denen neu ausgeschrieben worden ist, haben die Bewerber, deren Zukurzkommen Sie jetzt beklagen, eine faire, korrekte und gleichberechtigte Chance.

Ich will noch einen Fall aufgreifen: Im Schuldorf Bergstraße sind wir dem Votum des Hauptpersonalrats gefolgt. Ich hoffe nicht, daß Sie irgendwelche parteipolitischen Übereinstimmungen zwischen dem Hauptpersonalrat und der Landesregierung hier jetzt konstruieren.

Fazit: Die Besetzung von Funktionsstellen im Schulbereich - dies trifft generell auf Stellen im öffentlichen Dienst zu - muß sich streng nach Eignung und fachlicher Qualifikation richten.

(Schoppe (CDU): Sehr gut!)

Dies ist nicht nur eine gesetzliche Vorgabe, sondern vor allem eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende und leistungsstarke Verwaltung, auf die die Bürger dieses Landes einen Anspruch haben.

Diese Landesregierung ist der Garant dafür, daß nach diesem Grundsatz verfahren und auch weiter verfahren wird, ganz unabhängig von Ihren unsächlichen und unbegründeten Angriffen.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Das Wort hat Herr Kollege Holzapfel.

**Holzapfel (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu dem aktuellen Beispiel des Überwald-Gymnasiums in Wald-Michelbach wird der Kollege Fraas noch einige Anmerkungen machen. Ich denke, daß er das als jemand, der aus der Region kommt und dort auch Schuldezernent ist, besser machen kann als ich. Spätestens wenn er dargestellt hat, was sich dort in der Öffentlichkeit abspielt, werden, glaube ich, einige im Haus besser beurteilen können, wie zynisch die Bemerkung dieses Ministers ist, es ginge ihm um den Schutz von Bewerbern.

Ich teile die Kritik des Kollegen Hertle an der früheren Parteibuchpolitik in Hessen. Wir haben in der Tat unter sozialdemokratischer Verantwortung zu oft der parteipolitischen Ausgewogenheit zuliebe CDU-Kandidaten berücksichtigt, wo wir es aus sachlichen Gründen nicht hätten machen müssen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Aber wenden wir uns jetzt dem zu, was hier zu verhandeln ist, und tun wir das auch unter dem Gesichtspunkt, daß wir das an den Ansprüchen messen, die der Minister hier vorgetragen hat.

(Fischer) (Frankfurt) (GRÜNE): Ihr wart immer schon zu weich mit denen!



Wir haben nach der Anhörung im Hessischen Landtag die erstaunliche Erfahrung gemacht, daß die Frage, wie man im Hessischen Landtag zu einem Gesetz der neuen Regierung steht, offensichtlich die Karriere eines Beamten entscheidet. Wer in einer Anhörung des Hessischen Landtags die Frechheit besitzt, ein Gesetz der neuen Regierung zu kritisieren, kriegt das ihm schon zugewiesene Amt nicht, obwohl das Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen ist. Wer in dieser Anhörung auftritt, um der neuen Regierung Lob zu spenden, wird daraufhin an allen Entscheidungslinien vorbei als Schulleiter ernannt.

Ich finde die Auseinandersetzung um die Kirchhainer Stelle deswegen so interessant, Herr Minister, weil man an ihr sehen kann, daß Sie alle die Grundsätze, die Sie hier anführen und abstrakt darstellen, dann, wenn es um den konkreten Fall geht, einen Ihrer Spezis unterzubringen, überhaupt nicht mehr ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Sie sagen also, Sie wollen anordnen, daß Bewerber aus dem Kollegium der betreffenden Schule bei der Besetzung einer freien Schulleiterstelle nicht berücksichtigt werden können. Das ist das, was Sie als Ihre Regelung vorsehen. In Kirchhain handelt es sich um einen Bewerber aus dem eigenen Kollegium, was Sie selber gut genug wissen.

Aber es wird ja noch besser. Um der Öffentlichkeit eine Freude zu machen, sagt Ihr Herr Pressesprecher Irmer, der ohnehin ein Geschenk des Himmels ist, gegenüber der oberhessischen Presse, das sei ja deswegen eine sinnvolle Lösung - aus dem, was er jetzt sagt, ahnt man auch, in welcher Altersstufe sich der Ausgesuchte befindet -, weil der erwählte Herr Stöber auf diese Weise seinen Stellvertreter schon einarbeiten könne, damit der in drei Jahren die Schulleitung übernimmt. Das heißt, Sie bringen in Kirchhain nicht nur einen unter, den Sie unterzubringen haben, damit der vor Ende seines Berufslebens noch A 16 kriegt, sondern Sie versprechen unter Mißachtung Ihrer eigenen Erlasse schon dem nächsten, daß er dann nachrücken darf.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen Sie verstehen, daß wir angesichts der Art und Weise, wie wir dies bei Ihnen behandelt sehen, Ihnen Ihre Begründungen nicht abnehmen.

Ich nenne einen anderen Fall. Für eine große berufliche Schule hier in der Nachbarschaft war das Auswahlverfahren abgeschlossen. Die Auswahl durch den Regierungspräsidenten ist im März erfolgt. Der Bewerber, der ausgesucht war, ist Fachleiter an einem Studienseminar für berufliche Schulen. Niemand kann an seiner beruflichen Qualifikation zweifeln. Der Gesamtpersonalrat hat am 2. April 1987 den Vorgang zur Stellungnahme erhalten. Er hat ihm Ende April zugestimmt. Die Versetzung dieses Lehrers als künftiger Schulleiter war, wie dem Staatlichen Schulamt mitgeteilt worden ist, zum 1. Juni 1987 beabsichtigt.

Weshalb ist es nicht dazu gekommen? In der Zwischenzeit ist dieser Bewerber vom Kreis Ausschuss dieses Kreises zu einem Vorstellungsgespräch gebeten worden. Das ist das gute Recht des Kreis Ausschusses, obwohl es schon ein bißchen ungewöhnlich ist. Aber der Schulträger - ich bin da ganz tolerant -

(Demke (CDU): Sie und tolerant!)

kann natürlich so weit gehen und sagen: Ich will mir den Bewerber anhören, bevor ich meine Stellungnahme abgebe. In diesem Gespräch ist er dann in der Runde dieses Kreis Ausschusses von einem auch in der Bundespolitik aktiven CDU-Abgeordneten mit der Frage konfrontiert worden, ob er denn einer von denen sei, die in einer Anzeige aus dem Wahlkampf - die er in der Hand hatte - die hessische Schulpolitik unterstützt habe, die am 5. April doch abgewählt worden sei. Der Bewerber hat dies wahrheitsgemäß bejaht. Er steht zu seiner Unterschrift.

Sie werden sich nicht wundern: Er ist am 1. Juni 1987 nicht in sein Amt als Schulleiter eingeführt worden, obwohl das Verfahren abgeschlossen war.

Statt dessen erhält der Gesamtpersonalrat der Lehrer plötzlich ohne Angabe irgendeines Grundes am 6. August 1987 einen völlig neuen Personalvorschlag, diesmal einen Funktionär eines Verbandes, dem der Minister aus Wahlkampfzügen zu Dank verpflichtet ist.

Dies ist die Praxis, über die hier zu reden ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und es ist auch über die Praxis zu reden, daß Sie beispielsweise auch in der Auseinandersetzung um die Besetzung bei einem Kasseler Gymnasium das Thema ja nicht ernsthaft darauf reduzieren können, es sei ein Formfehler passiert, weil in der Ausschreibung eine Unklarheit gewesen sei. Dieses Verfahren war abgeschlossen. Der betreffende Bewerber ist in Wiesbaden zur Vorstellung gewesen. Ihm ist zunächst gesagt worden, dieses Vorstellungsgespräch finde beim Herrn Staatssekretär statt. Es hat dann nicht beim Herrn Staatssekretär stattgefunden. Aber es hat zu einem eindeutigen Ergebnis geführt. Die Schule hat bereits den Hinweis - an den stellvertretenden Schulleiter - gekriegt, wer der neue Schulleiter werde. Ihm wurde bereits mitgeteilt, man möge das Kollegium von dieser Entscheidung unterrichten.

Auch dieser Mann ist, weil er offensichtlich in der falschen Partei ist, obwohl das Verfahren in der Verwaltung ordnungsgemäß abgeschlossen war, nicht zum Schulleiter ernannt worden. Ihm ist anheimgestellt worden, sich erneut zu bewerben. Er findet diese Einladung zynisch, weil auf den Gassen von Kassel jeder schon weiß, wie der Name des Philologenverbandsfunktionärs ist, der jetzt an dieser Schule Schulleiter werden soll.

Auch der Fall, der hier aus der Region Groß-Gerau dargestellt worden ist, hat mit den Grundlagen, die Sie hier als abstrakte Normen darzustellen versucht haben, nichts zu tun. Angeblich wollen Sie es so handhaben - das steht im Entwurf Ihres Erlasses -: Wenn sich nur einer bewirbt, soll künftig wie folgt verfahren werden. - "Künftig" schreiben Sie. Zunächst einmal: Ich kenne noch keine derartige Rechtsnorm, die rückwirkend in Kraft tritt. Aber nun nehmen wir mal selbst die, die Sie "künftig" anwenden wollen. - Sofern auf eine Stellenausschreibung nur eine Bewerbung erfolgt, ist eine nochmalige Stellenausschreibung vorzunehmen. - Es mag ja sein, daß Sie das für sinnvoll halten. Sie werden sich wundern, wie viele hessische Schulen dann über Jahre ohne Schulleiter bleiben. - Die Bewerbung auf die Erstausschreibung ist dann in das zweite Auswahlverfahren einzubeziehen.

Dem Kollegen, den Sie an der Groß-Gerauer Gesamtschule nicht haben wollten, haben Sie hingegen geschrieben: Da sich auf die Ausschreibung der o.a. Stelle nur ein

Bewerber beworben hat, wird die Stelle gemäß Erlaß HKM vom 27.7.1987 im Hinblick auf die Erweiterung des Bewerberkreises erneut ausgeschrieben. Die Ausschreibung wird frühestens im Amtsblatt 8/1987 erscheinen.

Und jetzt folgt nicht etwa: Ihre Bewerbung wird automatisch in das Auswahlverfahren einbezogen. Sondern: Es bleibt Ihnen überlassen, sich erneut zu bewerben. Ich hoffe, Herr Minister, der Unterschied zwischen den beiden Formulierungen ist nachvollziehbar.

Deswegen sollten Sie, meine ich, in dieser Diskussion nicht so unschuldig tun, wie Sie es versuchen.

Ich sage Ihnen in allem Freimut: Eine Stellenbesetzung wie die in Kirchhain hätte sich ein sozialdemokratischer Kultusminister schon deswegen nicht geleistet, weil wir in dieser Diskussion Angst vor dem Vorwurf gehabt hätten, eine Schulleiterstelle für eine Schule mit einer gymnasialen Oberstufe mit einem Lehrer zu besetzen, der von seinem Lehramt her nicht den Vorsitz beim Abitur führen kann. Dies gibt es in Hessen bisher - lieber Herr Wagner, gucken Sie in Ihre Akten, bevor Sie dazwischenrufen - an einer einzigen Schule. Und dort lag der Fall vor, daß diese Schule um eine gymnasiale Oberstufe erweitert worden ist, als der Schulleiter dort schon längere Zeit an dieser Schule war; es war also eine spätere Erweiterung. Sie werden es in den letzten Jahren nicht erlebt haben, daß ein sozialdemokratischer Kultusminister für eine Schule, an der Abitur gemacht wird, bei der Auswahl des Schulleiters die Frage der Qualifikation so niedrig eingeschätzt hat, daß er einen Schulleiter eingesetzt hätte, der einen Schulrat holen muß, damit dieser die Abiturprüfungen leitet. Dies hier ist ein in der Tat einmaliger Fall.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Boppel (GRÜNE): Holzapfel wäre doch der bessere Kultusminister! Er hätte zumindest mehr Ahnung von der Sache!)

Und dies alles ist nur erklärbar

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Hauptsache, das Parteibuch stimmt!)

aus dem Bedürfnis, daß Sie jetzt ein paar Posten verteilen müssen, auf die manche lange genug gewartet haben.

(Hertle (GRÜNE): Dotationen sind das! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Rotationen!)

Ich kann ja verstehen, daß Sie das müssen. Aber dann sollten Sie nicht mit diesem unschuldigen Augenaufschlag hier an dieses Pult gehen.

Das, was für Kirchhain zusätzlich angeführt wird - man hätte dort nach einer langen Zeit des Interregnums eine Lösung finden müssen; es handele sich um jemanden, der eine bestimmte Funktion wahrgenommen hat und sich deswegen automatisch qualifiziert hat -, gilt für eine ganze Menge anderer Fälle, in denen im Augenblick Bewerber zurückgewiesen werden, obwohl sie jahrelang Schulen kommissarisch geleitet haben. Nur, der Unterschied ist: Der eine paßt Ihnen ins Bild und die anderen nicht. Dies ist das Auswahlkriterium.

Ich sage Ihnen: Wir führen diese Debatte heute deswegen so früh, schon in einer der ersten Sitzungen des Landtags, weil die Unverfrorenheit, mit der hier laufende und rechtskräftig abgeschlossene Verfahren politisch angehalten werden, in der Tat im Verwaltungshandeln einmalig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin lange genug in der Politik, um nicht so unschuldig zu sein, nicht zu wissen, daß bei der Besetzung von Positionen natürlich auch Gesichtspunkte der Übereinstimmung zwischen den Bewerbern und bestimmten schulpolitischen Zielen eine Rolle spielen.

Aber es gibt Grenzen bei diesen Verfahren, meine Damen und Herren von der CDU. Ich habe es verteidigt und vertreten, daß der sozialdemokratische Kultusminister, der Amtsvorgänger von Herrn Dr. Wagner, noch kurz vor der Wahl den Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes in Büdingen zum Schulleiter ernannt hat, und dies zu einer Zeit, als der betreffende Kollege an der Spitze der Kampagne der "Aktion freie Schulwahl" stand.

(Beifall des Abg. Krollmann (SPD))

Ich habe dies vertreten, weil ich immer der Auffassung war, es kann keine politische Sippenhaft in der Bewerbungspraxis geben, wie Sie sie jetzt ausüben, etwa gegenüber dem früheren Geschäftsführer der GEW bei der Besetzung der Stelle in Eschborn.

Eine letzte Bemerkung: Herr Minister, wir führen diese Debatte, damit Sie wissen, daß das nicht still geht, wie Sie es wollen, daß die Fälle nicht unter dem Teppich bleiben, unter den sie gekehrt werden sollen. Ich sage Ihnen daher zum Abschluß dieser Diskussion, damit Sie wissen, welche nächste Debatte wir in diesem Haus möglicherweise führen:

(Korn (CDU): Er droht!)

Achten Sie darauf, daß Sie nicht meinen, Sie sollten bestimmte Positionsentscheidungen in Nordhessen nur deswegen so treffen - gegen den Ratschlag aller Sachverständigen -, weil Herr Stanitzek eine Dankeschuld im Kreis Hersfeld-Rotenburg abzutragen hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):

Als nächster Redner hat Herr Fraas das Wort. - Herr Fraas, Sie haben noch sieben Minuten Redezeit.

(Boppel (GRÜNE): In sieben Minuten kann man viel sagen!)

#### Fraas (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu diesem Thema zu Wort gemeldet - übrigens das erste Mal seit 13 Jahren, seitdem ich im Landtag bin, zu einem Thema, das den Kultusminister betrifft -, weil sich in meinem Landkreis eine Sache abgespielt hat, die ich aus meiner langen politischen Erfahrung heraus für unmöglich gehalten hätte.

Ich will vorwegschicken, weil die CDU vorhin so gelacht hat, als Holzapfel darauf hingewiesen hat, daß es solche Dinge bei uns nicht gegeben hat: Ich bin jetzt 20 Jahre in der Kreispolitik und habe in diesen 20 Jahren in der Politik der CDU-Kreistagsfraktion acht Schulleiter kennengelernt. Derzeit gibt es hier drei Schulleiter, und alle sind zu sozialdemokratischer Zeit im Kreis Bergstraße wegen ihrer fachlichen Qualifikation als solche an hessische Schulen gekommen.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Bestimmt kein Sozialdemokrat!)

Jetzt komme ich zum konkreten Fall: Wald-Michelbach, Überwald-Gymnasium. Was sich dort abgespielt hat, geht über die Dimension der anderen Fälle hinaus, weil zwei Landesbeamte von Ihrem neuen Kultusminister in einer

Art und Weise in der Öffentlichkeit an den Pranger gestellt worden sind, wie ich es nie für möglich gehalten hätte. Die Stelle in Wald-Michelbach ist seit etwa drei Jahren durch Krankheit des ehemaligen Schulleiters - seit einem halben Jahr in Ruhestand - verwaist, und der stellvertretende Schulleiter hat zur Zufriedenheit der Schulgemeinde und aller Beteiligten die Schule geleitet. Meine eigene Tochter hat dort in dieser Zeit Abitur gemacht; ich kenne diese Schule.

Dieser stellvertretende Schulleiter bewirbt sich um die Stelle, nachdem sie ausgeschrieben ist. Ein weiterer Kollege aus der Martin-Luther-Schule in Rimbach bewirbt sich ebenfalls um diese Stelle. Es findet eine Überprüfung beider statt, und die Überprüfung ist im Ergebnis eindeutig. Der Regierungspräsident schlägt ohne Wenn und Aber den derzeitigen kommissarischen Leiter des Überwald-Gymnasiums für die Stelle vor.

Was passiert nun? Als erstes passiert, ohne daß irgendeine Benachrichtigung an den Bewerber aus Wald-Michelbach geht, daß der zweite Bewerber von der Martin-Luther-Schule zu einem persönlichen Gespräch nach Wiesbaden geladen wird. Das ist der Bewerber gewesen, der in der Überprüfung - ich sage es, wie es gewesen ist - wohl gescheitert ist. Es ist übrigens auch der Bewerber, der ein CDU-Parteibuch hat. Der Stellvertreter in Wald-Michelbach, der sich beworben hat, gehört keiner Partei an.

(Korn (CDU): Woher wissen Sie das alles?)

- Ich weiß das, weil ich die Menschen in meinem Wahlkreis kenne, Herr Korn. Vielleicht ist das bei Ihnen nicht so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erste Merkwürdigkeit: Wieso wird der zweite Mann im Überprüfungsverfahren nach Wiesbaden zum Gespräch geladen, während der erste keine Benachrichtigung erhält?

Er fährt wieder nach Hause, und wenige Tage später erfahren beide aus der Presse: Der Pressesprecher des Kultusministeriums hat einem Journalisten gesagt, die Ausschreibung wird aufgehoben und wiederholt, beide Bewerber haben sich als ungeeignet erwiesen. - Da komme ich zu dem Punkt, von dem ich sagte, daß ich ihn für unmöglich gehalten hätte. Da ist ein Landesbeamter, ein stellvertretender Schulleiter, der über Jahre hinweg zur Zufriedenheit der Schulgemeinde ein Gymnasium geleitet hat, und er bekommt auf Grund seiner Bewerbung vom neuen Hessischen Kultusminister in einer Bergsträßer Zeitung bestätigt, daß er ungeeignet sei.

(Zabel (SPD): Unerhört! - Hertle (GRÜNE): Bierzeltpolitik!)

Im Ballungsraum wäre das vielleicht nicht so, aber auf dem Land weiß die Gemeinde, daß der Mann sich beworben hat. Sie weiß übrigens auch, daß sich noch ein Kollege aus Rimbach beworben hat. Dem Mann ist genauso Unrecht widerfahren, wenn er öffentlich als ungeeignet bezeichnet wird.

(Dr. Zwecker (SPD): Die Fürsorgepflicht verletzt!)

Die ganze Welt fragt da draußen: Wie kommt ein Kultusminister dazu, diesen Mann, wenn dem so wäre, drei Jahre lang ein Gymnasium leiten zu lassen, wenn er hinterher als ungeeignet bezeichnet wird?

Herr Kultusminister, Sie haben diesen beiden Beamten böse mitgespielt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe über einen Mann berichtet, der nicht das sozialdemokratische Parteibuch hat, und von einem Mann, der das CDU-Parteibuch hat. Beiden haben Sie übel mitgespielt. Wenn das die Regel Ihrer Personalpolitik wird - das kann ich Ihnen prophezeien -, werden Sie sich in einen permanenten Konflikt mit den Schulträgern begeben. Ich weiß, daß mit den Schulträgern nur das Einvernehmen herzustellen ist, und wenn Sie das nicht erreichen, können Sie sich darüber hinwegsetzen. Aber Sie werden sich, wenn Sie diese üble Methode fortsetzen, in einen permanenten Konflikt begeben. Diejenigen Pädagogen, die sich bewerben, haben diese Handhabung nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Als nächster Redner hat Herr Wenderoth das Wort.

**Wenderoth (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu dem Antrag der GRÜNEN Stellung nehmen, in dem so getan wird, als wären sie die Hüter der Moral und die Streiter für das Recht.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Um Gottes willen, Herr Wenderoth! - Blaul (GRÜNE): Ach du liebe Zeit!)

Da muß man schon ein wenig innehalten: die GRÜNEN als Hüter des Rechts, die in ihrem Landesprogramm 1982 noch den Rechtsbruch bis hin zur Sabotage propagiert haben. Wenn Sie sich jetzt als Hüter des Rechts aufspielen, ist das schlicht und einfach Heuchelei.

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe von der SPD und den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind doch nicht im Frankfurter Stadtparlament hier!)

Ich halte es außerdem für nicht weniger heuchlerisch, wenn die GRÜNEN ständig dabei sind, über Datenschutz zu reden und wenn der Kollege Hertle hier Namen, Lebenswege und Berufsläufe nennt, von denen nur er, aber kein anderer Abgeordneter hier Kenntnis hat.

(Holzapfel (SPD): Alles öffentlich! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Alles der Zeitung zu entnehmen!)

Abgesehen davon, daß man als Abgeordneter, der die Dinge nicht kennt, überhaupt nicht von der Sache her dazu Stellung nehmen könnte!

(Reitz (SPD): Wo leben Sie denn? - Blaul (GRÜNE): Warum lesen Sie denn nicht Zeitung?)

Herr Hertle, da können Sie sich auch nicht herausmuggeln, indem Sie sagen, das sei alles presseöffentlich gewesen. Es ist jedenfalls nicht parlamentsöffentlich und nicht jedem Abgeordneten zugänglich. Ich bin bereit, über Einzelfälle zu diskutieren, aber dann müssen alle dieselben Fakten wissen.

(Blaul (GRÜNE): Sie können sich eine Zeitung kaufen! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Machen wir einen Untersuchungsausschuß!)

Wenn Sie schon Ihre Kenntnisse vorbringen, die Sie wahrscheinlich aus einem Lehrerverband haben, wogegen ich nichts einzuwenden habe, dann sorgen Sie erst einmal dafür, daß alle dieselben Fakten haben und sich darüber vergewissern können!

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kappel (F.D.P.))

Sonst wird hier mit einer Ungleichheit gestritten, aus der Sie glauben, sich Vorteile versprechen zu können, die aber nicht überzeugen kann.

(Fraas (SPD): Das stand doch in der "Frankfurter Rundschau"! - Hertle (GRÜNE): Parlamentarier lesen doch Zeitung! - Blaul (GRÜNE): 24 DM im Monat!)

Ich will ein Zweites sagen: Sie, die GRÜNEN, haben in der Zeit, als Sie hier Regierungsverantwortung getragen haben, mit Sicherheit nicht das Musterbeispiel dafür abgegeben, wie man sachbezogene Personalpolitik betreiben kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hielscher (F.D.P.))

Herr Fischer, ich will nur kurz daran erinnern, daß die Personalpolitik, die Sie betrieben haben, als Sie ein Ministerium übernommen haben, selbst die Personalräte auf den Plan gerufen hat und Gerichte Ihre Entscheidungen zurückführen mußten. Warum? Weil sie nicht sachbezogen waren, sondern weil sie parteipolitisch bedingt waren. Um so mehr muß es verwundern, daß Sie hier den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft erheben wollen. Das ist Heuchelei.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Wenderoth, Sie reden einfach Mist!)

- Wissen Sie, Herr Fischer, das ist die billigste Art, sich zu verteidigen, sie überzeugt nur nicht. Das ist die billigste Art!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Fragen Sie doch mal den Weimar, was mit Stellenbesetzungen ist!)

Meine Damen und Herren, Ähnliches hat sich in dem Referat abgespielt, das früher die Staatssekretärin Haibach verwaltet hat, wo Frau Geschka heute, wie wir alle wissen, einen Personalbestand vorfindet, der sehr weitgehend von Ihren Parteigängern geprägt ist. Und dann reden Sie von Parteibuchwirtschaft, die nicht sein soll. Heuchelei, sage ich nur.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Wenderoth, Sie sollten in der Äppelwoi-Wirtschaft bleiben! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bin insofern dankbar, daß der Herr Kultusminister hier einmal klargelegt hat, warum es in den Fällen, die Sie aufzugreifen versucht haben, überhaupt ging. Er hat davon gesprochen, daß 16 Personalentscheidungen in bezug auf Beförderungen getroffen worden seien, und zwar sind acht Beförderungen ausgesprochen worden. Das hat er gerade dargelegt, das haben wir alle hören können. Ich habe jetzt auch den Versuch gemacht, ein wenig dahinterzusteigen, wer das denn wohl sei, ohne mir die Namen geben zu lassen, an die ich nicht herankomme.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe erfahren - Sie können das ja besser nachprüfen -, daß von diesen acht Beförderten immerhin fünf dem Bereich SPD/GEW zuzurechnen sind, zwei parteilos und einer CDU. Und dann reden Sie von einer schwarzen Parteibuchwirtschaft! Das stimmt doch hinten und vorne nicht. Sie hätten sich besser informieren sollen, dann hätten Sie solche Vorwürfe nicht erhoben. Die fallen auf Sie zurück.

(Beifall bei der CDU)

In acht weiteren Fällen wurden Verfahren angehalten - und darüber ertönt hier ein großes Geschrei -, weil teilweise in einer Art Husarenstreich, bevor sich die neue Regierung etablieren konnte, obwohl die alte schon abgewählt war, hier noch Personalentscheidungen getroffen werden sollten, jedenfalls der Versuch gemacht wurde. Wenn hier aus verfahrensmäßigen Gründen Einhalt geboten wurde, dann war das nicht mehr als recht und billig.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Wenderoth, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Wenderoth (CDU):**

Nein, ich möchte das gerne vortragen.

Es hat denen, die die frühere Regierung gebildet haben, weiß Gott nicht zum Lobe gereicht, daß sie nach verlorener Landtagswahl noch schubweise Personalentscheidungen getroffen, Beförderungen ausgesprochen haben, wozu sie zwar als amtierende Regierung noch das Recht hatten; allerdings war das ein miserabler politischer Stil.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn Sie dann am Beginn einer neuen Regierungszeit, die erst einige Wochen dauert und in der, wie ich eben gesagt habe, erst wenige Personalentscheidungen getroffen worden sind, anfangen, hier großtönend mit einer Verallgemeinerung unglaublicher Art Parteibuchwirtschaft vorzuwerfen, dann wollen Sie den Balken nicht sehen, der in Ihrem eigenen Auge steckt, und zeigen bereits auf den Splitter im Auge des anderen. Das ist keine politische Moral, so daß Sie sich hier nicht so aufspielen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zu dem Antrag. Ich weiß nicht, ob ich das richtig verstanden habe, Herr Hertle, daß heute darüber abgestimmt werden soll.

(Zuruf: Im Ausschuß!)

- Gut, im Ausschuß. Davon war ich auch ausgegangen, weil es so ausgedrückt war. Ich hatte das vorhin nur so verstanden, als ob Sie auf sofortiger Abstimmung bestehen würden.

Wenn Sie in Ihrem Antrag zum Schluß sagen, daß nach Eignung, Befähigung und fachlichen Leistungen beurteilt werden muß, so muß ich sagen - der Herr Kultusminister hat darauf hingewiesen -, das ist Beamtengesetz, das ist Verfassungsrecht, woran sich die Regierung halten muß, und ich gehe davon aus, daß sie dies auch tut. Das brauchen wir in einem Antrag nicht zu wiederholen, denn das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sie hier aber die Behauptung aufstellen, hier würde eine Praxis begonnen, in Verfahren einzugreifen - Herr Holzapfel, Sie haben von rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren gesprochen -, muß ich fragen: Wie denn? Wenn Schulträger gehört werden, wenn der Personalrat gehört wird, dann ist das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, und die Entscheidung liegt immer noch beim Minister.

Ich will Sie daran erinnern, verehrter Herr Kollege Holzapfel, daß Ihr früherer Kultusminister, Herr Krollmann, in dem Falle eines früheren Vorsitzenden der GEW, was auch Gegenstand von Verhandlungen hier im Hause war, sehr wohl gegen den Schulträger Kelsterbach entschieden hat, obwohl der Bürgermeister dieser Stadt

Ihrer Partei angehört. Das heißt doch wohl, daß der Kultusminister von Rechts wegen berechtigt und in der Lage ist, trotz dieser vorhergehenden Verfahren seine eigene Entscheidung zu treffen. Insofern verstehe ich nicht, Herr Kollege Holzapfel, wenn Sie hier in Form einer Anklage gewissermaßen sagen: Was bildet der sich überhaupt ein, in diese abgeschlossenen Vorverfahren noch einzugreifen? Er hat das Recht dazu, und wenn diese Vorverfahren nicht ordnungsgemäß gelaufen sind, hat er die Pflicht, einzugreifen und die Verfahren anzuhalten. Das ist die Sach- und Rechtslage. Ich sehe überhaupt keinen Grund, das zum Gegenstand eines Vorwurfes zu machen, erst recht nicht eines Vorwurfs der Parteibuchwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wenn man diesen Antrag sieht, dann muß man zu dem Ergebnis kommen: Das ist alles überzogen, das ist zum guten Teil, wie der Kultusminister klargestellt hat, unstimmt. Sie können deshalb nicht damit rechnen, daß wir diesem Antrag nach erfolgter Beratung unsere Zustimmung geben. Wir werden noch im einzelnen darüber sprechen. Den Vorwurf aber, daß sich der Kultusminister einer schwarzen Parteibuchwirtschaft schuldig mache, weisen wir mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Das Wort hat Herr Kollege Kappel.

**Kappel (F.D.P.):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal im Namen meiner Fraktion den Teil des Antragstextes, den ich jetzt vorlese, besonders bejahen. Da heißt es:

Jede Besetzung von Schulleiterstellen an hessischen Schulen muß nach Recht und Gesetz, nach Fähigkeit, Erfahrung und Leistung vorgenommen werden.

Der Hessische Landtag bekräftigt nachdrücklich, daß auch im Schulbereich jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, ihres Geschlechts oder ihrer politischen und gewerkschaftlichen Betätigung zu unterbleiben hat.

Auch der nächste Satz sei angefügt:

Der Hessische Landtag lehnt jede Bevorzugung oder Benachteiligung von Bewerberinnen und Bewerbern, die im Zusammenhang mit einer Mitgliedschaft in politischen Parteien, Verbänden oder Gewerkschaften steht, entschieden ab.

Zu dem letzten Satz möchte ich mir allerdings gleich den Hinweis erlauben, ob man da nicht in gewisser Weise unrealistisch denkt. Ich ziehe als Zeugen einen Text des Gesamtpersonalrats der Lehrer beim Staatlichen Schulamt für die Stadt Offenbach hinzu. Dieser Text ist an den Kultusminister gerichtet und weiß Gott nicht unkritisch. Da gibt es aber eine Passage, in der es heißt:

Auch sieht der Gesamtpersonalrat sich außerstande, den vorhergehenden Hessischen Landesregierungen beziehungsweise Kultusministern eine von parteipolitischen Aspekten vollkommen freie und nur nach fachlich-persönlichen Qualifikationen orientierte Stellenbesetzungspolitik zu attestieren.

(Schoppe (CDU): Das sagt ein GRÜNER!)

Diese Darstellung ist, wie ich glaube, weitgehend realistisch und auch der Sache angemessen, weil wir es nicht überziehen sollten mit unserer Reinheit und Klarheit.

Ich will aber noch einmal hervorheben, daß wir völlig uneingeschränkt zu dem Teil ja sagen, den ich Ihnen vorgelesen habe und in dem es heißt: unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht oder anderen Kriterien. Sie können dafür sogar in der F.D.P. einen glühenden Mitstreiter erwarten. Sie können auch davon ausgehen, daß für uns, wie es im Text heißt, "Fähigkeit, Erfahrung und Leistung" Priorität haben. Und es ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß wir es nahezu nicht erwähnen müssen, daß dies nach Recht und Gesetz zu geschehen hat. Darüber sind wir uns im klaren.

Wenn bei den Funktionsstellen Eignung, Befähigung und fachliche Leistung, wie es im Beamtengesetz heißt, Kriterien zu sein haben, dann müssen wir allerdings diese drei Positionen, Eignung, Befähigung und fachliche Leistung, noch einmal in Deutlichkeit durchsprechen. Das ist an dieser Stelle jedoch nicht.

Aber, Herr Hertle, dann müssen wir möglicherweise - ich glaube, hier ist Ihnen ein Irrtum unterlaufen; ich lasse mich aber gern korrigieren - im Einzelfall auch die Reihenfolge der Betätigungen im Blick haben, weil dieses sicherlich in den Überlegungen mit ausschlaggebend sein kann.

Hinsichtlich der Passagen in den Absätzen 1 und 2 Ihres Antrages möchte ich Ihnen allerdings aufs entschiedenste widersprechen, einmal deswegen, weil Sie den Kultusminister hier in Fällen vorzuführen gedenken, die uns - wie es eben schon dargestellt worden ist - im Detail nicht so bekannt sind, daß wir sie nachvollziehen könnten.

Wir haben das eben schon von Herrn Wenderoth gehört. Ich unterstütze das insofern, als ich sage, daß hier auch die Frage gestellt ist, ob der Einzelfall hier vor dem Parlament in extenso ausgetragen werden soll.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Kappel, sind Sie bereit, eine Frage entgegenzunehmen?

**Kappel (F.D.P.):**

Nein. Ich möchte dies jetzt nicht. - In diesem Zusammenhang ist, wenn ich es richtig verstanden habe - ich lasse mich gern korrigieren; Herr Holzapfel hat sich ja schon zu Wort gemeldet -, auch mit Rechtsverfahren zu rechnen. Dann wird doch in aller Klarheit und vor den richtigen Gremien ausgetragen, ob hier zu Recht oder zu Unrecht gehandelt worden ist. Ich denke, daß das nicht unsere Aufgabe ist, im Einzelfall hier darüber zu streiten, ob der Kultusminister Rechtens oder zu Unrecht gehandelt hat. Seine Darlegungen haben wir gehört. In der Sache wird der Fall sicher andernorts ausgetragen werden.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Gestatten Sie eine Frage des Abg. Hertle?

(Kappel (F.D.P.): Bitte!)

Bitte, Herr Abg. Hertle!

**Hertle (GRÜNE):**

Herr Kappel, würden Sie mit mir übereinstimmen, daß die Summe von Einzelfällen den Hinweis auf eine

bestimmte Methode gibt, die man in ihrer Systematik sehr wohl im Plenum diskutieren und besprechen kann?

**Kappel (F.D.P.):**

Herr Hertle, wenn Sie die Summe von Einzelfällen, die einem nicht bekannt sind, zusammenzählen, haben Sie immer noch nichts Bekanntes. Deswegen können Sie doch nicht über etwas reden, was nicht allen hier bekannt ist. Sie haben jetzt Einzelfälle zitiert oder dargelegt, mit denen die von Herrn Wenderoth vorhin schon angesprochene Problematik verbunden ist. Sie können nicht von jedem hier erwarten, daß ihm diese Einzelfälle bekannt sind. Außerdem sind Fälle, in denen sich jemand ungerecht behandelt fühlt, an anderer Stelle auszutragen. All dies ist also nicht im Detail bekannt und ist deshalb auch nicht zu be- oder verurteilen.

Ich will allerdings noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen - ich habe das Gefühl, daß es nötig ist, das in Besonderheit einmal hervorzuheben -, der mir - -

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

- Ich habe da kein Problem, Herr Fischer. Wenn Sie das Zucken haben, liegt das vielleicht irgendwo an Ihrer körperlicher Empfindsamkeit. Ich habe da kein Problem. Da gibt es im Römer-Brief, Drittes Kapitel

(Hertle (GRÜNE): Jetzt wird es pastoral! Das wußten wir!)

- das haben Sie vielleicht nicht gelesen, Herr Fischer - einen Text, in dem es heißt: Wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir sind alle kleine Sünderlein!)

- Das ist wieder woanders. Das haben Sie vielleicht in einem Kinderlied gelernt. Dieser Satz in der Luther-Übersetzung sollte Ihnen allmählich doch einmal in den Kopf gehen, gerade den GRÜNEN.

Der Sprecher der SPD hat vorhin wenigstens eingeräumt, daß man das eine oder andere in der Vergangenheit auch nicht ganz ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit entschieden hat, wobei allerdings Kollege Holzapfel ein bißchen Gefahr lief, mit dem, was er hier vorgetragen hat, in die Nähe von Büttenreden zu geraten. Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sollten endlich einmal lernen, daß Sie auch nicht besser sind als alle anderen. Sie sollten langsam einmal das Gewand des Pharisäers ablegen, das Sie sich ununterbrochen anziehen mit der Betonung: Ich danke Dir Herr, daß ich nicht bin wie andere.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will noch anfügen: Ich halte von den Pharisäern eigentlich doch ein bißchen mehr als von Ihnen. Lernen Sie doch einmal, an eigene Entscheidungen, an eigene Positionen mit bestimmten Kriterien heranzugehen, ehe Sie andere entsprechend beurteilen.

Lassen Sie mich hinsichtlich dieser Scheinheiligkeit einmal ein Bild aufzeichnen, das möglich wäre, konditional. Ich unterstelle einmal, Herr Fischer, daß Sie als Minister in Ihrem Entscheidungsbereich über eine Stelle mitzuentscheiden gehabt hätten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Kappel, ich habe doch damit gar nichts zu tun! Lassen Sie mich doch in Ruhe!)

Ich unterstelle weiter, daß bei diesen qualifizierten Bewerbungen eine Bewerbung eines CDU-Mitglieds, eines F.D.P.-Mitglieds und gleichzeitig eine Bewerbung eines Mitglieds der GRÜNEN gewesen wären. Herr Fischer, würden Sie nach reichlichem Nachdenken nicht zugeben, daß es dann eine zusätzliche Priorität der Entscheidung dann gegeben hätte?

(Fischer (Frankfurt)(GRÜNE): Ich hätte mich für die katholische Bewerbung entschieden!)

- Aber natürlich, das hätten Sie gemacht. Wenn Sie einmal nachprüfen - Herr Wenderoth hat dieses in Einzelheiten schon verdeutlicht -, wie Sie über Einstellungen in Ihrem Entscheidungsbereich verfügt haben, dann können Sie doch das Mäntelchen des Pharisäertums sehr schnell und konsequent zur Seite legen. Es gibt auch die legitime Art bestimmter Bevorzungen, wenn Eignung, fachliche Befähigung und alle anderen Kriterien nach Recht und Gesetz klar berücksichtigt worden sind.

(Zuruf des Abg. Beucker (SPD))

Das macht eine Regierungsmehrheit immer. Sie ist dazu legitimiert, und sie hat auch jedweden Grund dazu:

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aber doch nicht auf der Verwaltungsebene, Herr Kappel! - Beucker (SPD): Ziehen Sie es nicht so in die Länge! Es wird peinlich!)

- Herr Beucker, Sie können schreien, wie Sie wollen. Wenn Sie einmal auf die letzten vierzig Jahre zurücksehen und selbstkritisch den Weg beobachten, dann werden Sie so sehr schnell leise, weil sich das, was Sie hier vortragen, wirklich als Farce erweist. Seien Sie doch einmal wenigstens andeutungsweise selbstkritisch. Dann werden wir gemeinsam zugeben, daß wir alle keine Heiligen sind und daß Sie daher kaum das Recht haben, über die jetzige Landesregierung ein Urteil zu fällen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Das Wort hat Herr Abg. Strecker.

**Strecker (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die in der ihm eigenen selbstherrlichen Art vorgetragenen Äußerungen meines Kollegen Fraas geben mir Veranlassung, in diese Debatte einzugreifen. Allerdings wäre es für die Landesbeamten besser gewesen, wenn diese Beispiele hier nicht in dieser Breite vorgetragen worden wären. Aber für mich besteht Veranlassung, hier die Dinge einmal geradzurücken und den Sachverhalt so darzustellen, wie er ist.

(Zurufe von der SPD)

- Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht, Herr Kollege Fraas. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Das ist eine alte Tatsache.

(Zustimmung bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aber es scheppert!)

Meine Damen und Herren, die Rede des Kollegen Fraas zeigt, daß mit unzutreffenden Beispielen versucht wird, Wunschvorstellungen - ich meine die Parteibuchwirtschaft - mit Argumenten zu belegen und das eigene Gewissen, was die Vergangenheit betrifft, zu kaschieren.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Man sollte aber auch nicht mit Parteibüchern rascheln!)

- Ich benenne hier als völlig unverdächtigen Zeugen, Herr Kollege Fischer, den langjährigen Leiter des Staatlichen Schulamtes. Ich weiß, daß er im Vorfeld eruiert hatte, ob der Vorschlag des stellvertretenden Schulleiters im politischen Bereich eine Unterstützung erfahren kann.

Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, daß beide Bewerber, dieser und der andere, nicht bekannt sind, aber man werde sich einmal sachkundig machen. Danach wurde dem Leiter des Staatlichen Schulamtes das Ergebnis mitgeteilt, das lautete, daß der stellvertretende Leiter im Grunde in diesen letzten drei Jahren deshalb in der Lage war, die Schule zu leiten, weil eine fähige Kollegin hinten dranstand, die sich im Grunde um die Schulleiterstelle hätte bewerben müssen und die dann auch den Vorzug erhalten hätte.

(Zuruf des Abg. Fraas (SPD))

Daraufhin, Herr Kollege Fraas, hat der Leiter des Staatlichen Schulamtes dies bestätigt und den Ausspruch getan, es handele sich um den Einäugigen unter den Blinden, und er sei - das ist ein Fakt - der Auffassung, daß deshalb nur zwei Bewerbungen eingereicht worden seien, weil von vornherein davon auszugehen gewesen sei, daß der eine die Stelle erhalten würde, und aus diesem Grunde werde er vorschlagen - das muß zu einem Zeitpunkt gewesen sein, als der Kultusminister davon noch keine Kenntnis hatte -, daß die Stelle neu ausgeschrieben werde.

Das ist der Sachverhalt, Herr Kollege Fraas, von dem auszugehen ist. Wie wenig substantiiert Ihre Ausführungen waren, zeigt auch Ihr Hinweis, es handele sich um ein CDU-Mitglied. Als Kreisvorsitzender werde ich wohl wissen, wer der CDU angehört oder nicht. Der von Ihnen Angesprochene ist jedenfalls kein Mitglied.

Sie haben hier Presseveröffentlichungen angesprochen und im Hinblick auf das Kultusministerium Kritik geübt. Herr Kollege Fraas, Ihnen ist offenbar entgangen, daß bereits einen Tag nach der von Ihnen zitierten Pressemeldung als Antwort des Kultusministers in der Zeitung zu lesen war - ich zitiere wörtlich -, der Hinweis in der gestrigen Aussage, es gebe keinen geeigneten Kandidaten, sei falsch und nicht vom Ministerium gemacht worden.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Kollege Strecker, ich darf ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Fraas zulassen.

(Strecker (CDU): Selbstverständlich!)

Bitte schön!

**Fraas (SPD):**

Herr Kollege Strecker, was Sie eben in bezug auf den Leiter des Staatlichen Schulamtes geschildert haben, kann so gar nicht richtig sein; denn der Regierungspräsident hat - ich frage Sie, ob Ihnen das nicht bekannt ist - den stellvertretenden Schulleiter von Wald-Michelbach, von dem ich vorhin nicht behauptet habe, daß er Mitglied der CDU sei - nehmen Sie das bitte zur Kenntnis -, dem Kultusminister vorgeschlagen. Und daß Sie im Vorbereich Ihre Unterstützung versagt haben - auf Bitten des Staatlichen Schulamtes -, können Sie mir vielleicht auch noch einmal bestätigen.

**Strecker (CDU):**

Herr Kollege Fraas, Ihre Ausführungen zeigen schon, daß Sie gar nicht wissen, was hier tatsächlich Sache ist. Denn das, was ich hier als Aussage des Leiters des Staatlichen Schulamtes vorgetragen habe, entspricht den Tatsachen. Daran führt kein Weg vorbei.

Herr Kollege Fraas, ich mache mich für diejenigen stark, die sich an mich wenden und von denen ich überzeugt bin, daß die fachliche Qualifikation gegeben ist.

(Zurufe von der SPD)

- Lieber Herr Kollege Fraas, ich sagte schon einmal: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Aber eines lassen Sie mich zum Abschluß sagen; es ist ein altes Sprichwort, das hier zutrifft: Hättest du geschwiegen, wärest du ein weiser Mann geblieben.

(Beifall bei der CDU - Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, dies war die Erstlingsrede von Herrn Strecker.

(Beifall)

Als letzter Redner in der Rednerliste hat sich für ein kurzes Quicky von einer Minute der Kollege Holzapfel gemeldet.

**Holzapfel (SPD):**

Meine Damen und Herren! Zur Sache: Herr Kappel, für Ihr Plädoyer, daß wir alle Sünder seien, habe ich gerade gegenüber einem Vertreter der F.D.P. großes Verständnis. Aber ich will nur dieses eine sagen: Herr Kollege Kappel, unter unserer Verantwortung hat in Hessen wirklich nur die Qualifikation und nicht das Parteibuch den Ausschlag gegeben. Das sehen Sie doch daran, daß Herr Korn Förderstufenleiter geworden ist. Das ist er doch nicht wegen seines Parteibuchs geworden, Herr Kappel.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe mich hier gemeldet, um noch einmal zwei Dinge in der Rede des Kollegen Wenderoth festzuhalten, die nicht untergehen dürfen.

Erstens. Der Kollege Wenderoth hat es für richtig gehalten, die Besetzung von Schulleiterstellen in Hessen mit der Besetzung politischer Stabsstellen im Umweltministerium und in der Staatskanzlei bei der Staatssekretärin für Frauenfragen zu vergleichen. Dies, Herr Wenderoth, spricht in der Tat für Ihr Verständnis von Schulleiterfunktionen. Wir sehen in den Inhabern dieser Funktionen keine politischen Beamten.

Zweitens. Herr Kollege Wenderoth, Sie haben an diesem Pult zunächst den Unschuldigen gespielt und gesagt, Sie könnten sich zu Fällen nicht äußern, die alle in der Zeitung gestanden haben. Aber dann haben Sie sich erstaunlicherweise dazu äußern können, wie Fälle, die nicht in der Zeitung gestanden haben, parteipolitisch zu bewerten sind. Sie hatten sogar eine Liste darüber, welchen Parteien die ausgewählten Bewerber angehörten.

Daraus schließe ich, Herr Kollege Wenderoth, daß ich jetzt wenigstens weiß, wofür der Kultusminister seine EDV braucht.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Wir haben weitere Wortmeldungen. Herr Korn hat jetzt das Wort.

**Korn (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Kollegen Holzapfel für den Hinweis dankbar, daß ich unter einer von der SPD geführten Landesregierung zum Förderstufenleiter ernannt worden bin. Ich möchte hier klar sagen, daß ich darauf stolz war; denn sie konnte an mir offenbar nicht vorbeigehen. Es hat sich dabei um eine freiwillige Förderstufe gehandelt, die wir nach wie vor, auch heute, in unserem schulpolitischen Programm befürworten.

Lassen Sie mich zu der Debatte drei Punkte sagen.

Erstens. Besonders bei Herrn Hertle ist deutlich geworden, daß es Ihnen nicht schmeckt, daß die neue Landesregierung bei Stellenbesetzungen nicht in der gleichen Weise verfährt wie bisher. Sie gehen sogar so weit, daß Sie in der Diskussion Namen nennen. Ich möchte für unsere Fraktion feststellen: Das war bisher nicht üblich und sollte im Hessischen Landtag auch weiterhin nicht üblich werden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das sagen ausgerechnet Sie! Ausgerechnet Sie! Da kommen einem ja die Tränen!)

Zweitens. Dieser Antrag, den Sie, Herr Fischer, unterschrieben haben, war ein Rohrkrepiere par excellence. Es grenzt schon an eine gewisse politische Bedürfnislosigkeit - das muß ich Ihnen sagen, Herr Fischer -, wenn Sie persönlich einen solchen Antrag unterschreiben. Es ist Tatsache - ich kann es aus dem Überblick, den ich habe, bestätigen, und der ist ziemlich groß -, daß in Hessen die Funktionsstellen in Schulen und in der Schulverwaltung zu einem ganz großen Teil von Leuten besetzt sind, die zu einer bestimmten "großen Buchgemeinschaft" gehören. Der Anteil der Angehörigen dieser "großen Buchgemeinschaft" ist nachweisbar bei Funktionsstelleninhabern viel, viel höher als im Hinblick auf die Gesamtlehrerschaft. Dafür gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder sind diese Mitglieder einer bestimmten Partei allesamt im Durchschnitt viel qualifizierter, viel intelligenter und tüchtiger als die anderen, oder sie wurden bevorzugt. Ich glaube nicht an die erste Alternative, weil ich meine, daß es ein zu großer Zufall wäre, wenn diese Parteiangehörigen alle viel qualifizierter wären als die Nichtparteiangehörigen. Ich glaube an diese Alternative nicht, sondern ich glaube eher an die zweite; denn die erste wäre eine große Beleidigung der übergroßen Zahl der hessischen Lehrer, die eben nicht zu diesen Parteimitgliedern zählen.

Drittens. Die neue Landesregierung denkt mit Sicherheit nicht in dem Koordinatensystem, das zu dieser Zusammensetzung der Funktionsstelleninhaber im hessischen Schulwesen und in der Schulverwaltung geführt hat. Dieses Koordinatensystem wird in allen Bereichen korrigiert.

Die neue Landesregierung handelt auch im Schulbereich nach den rechtsstaatlich gebotenen Grundsätzen, wonach für die Auswahl von Bewerbern für Funktionsstellen nur die fachliche Qualifikation den Ausschlag gibt. Und da ist noch viel zu tun, meine Damen und Herren, bis der rote Filz in Hessen, den wir vorgefunden haben, ein ganz klein wenig blasser wird.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debattenbeiträge der Opposition sind - ich glaube, das ist inzwischen deutlich geworden - Ausdruck des Schmerzes, nicht mehr nach bewährtem Muster selber Personalpolitik betreiben zu können.

(Beifall bei der CDU)

Ich will deshalb an dieser Stelle auf diese Beiträge nicht mehr im einzelnen eingehen, sondern nur zwei Bemerkungen machen.

Erstens. Herr Abg. Fraas, das Kultusministerium hat keine öffentliche Bewertung in dem Bewerberfall vorgenommen, den Sie hier vorgetragen haben. Dieses möchte ich ausdrücklich auch noch einmal zu Protokoll feststellt wissen, damit es hier überhaupt keine Lügenbildungen gibt.

Zweitens. Als Fazit dieser Debatte will ich sagen: Die Landesregierung wird sich auch durch solche Anträge und auch durch solche Polemiken nicht von der Opposition unter Druck setzen lassen, wenn es darum geht, bei Personalentscheidungen nach den Maßstäben der Qualifikation und der Eignung vorzugehen. Wir werden uns auch nicht - das war ja vielleicht die unterschwellige Absicht, die unterschwellige Motivation für diese Debatte - von Ihnen unter Druck setzen lassen, künftig Personalentscheidungen zu treffen, die Ihrem Interesse entsprechen und die bei Ihnen etwa Beifall finden würden.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich höre, daß wie ausgedrückt verfahren werden soll. Der Antrag soll an den Ausschuß für Fragen des Öffentlichen Dienstes (federführend) und an den Kulturpolitischen Ausschuß (beteiligt) überwiesen werden. - Dagegen erheben sich keine Einwendungen. Dann ist so beschlossen.

Verabredungsgemäß rufe ich **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Numerus clausus für weiterführende Schulen - Drucks. 12/406 -**

Herr Abg. Holzapfel hat das Wort.

**Holzapfel (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Tagesordnung ist der Ältestenrat zuständig. Ich bitte um Nachsicht, daß wir jetzt unentwegt über Schule reden. Dennoch ist es vielleicht auch ganz gut, wenn wir die Zusammenhänge der Diskussionsbeiträge auf diese Weise in der Sache herstellen können.

Ich habe bereits heute morgen in einem anderen Zusammenhang daran erinnert, daß die CDU im Wahlkampf Anfang dieses Jahres eine Wurst ins Fenster gehängt hat, die jetzt schnell wieder herausgenommen wird, nämlich das Versprechen der Schulwahlfreiheit nach der Grundschule. In den Papieren des Kultusministers heißt es heute - wenn von dem Schuljahr 1987/88 die Rede ist - in recht eindeutiger und offener Weise, dieses Schuljahr sei gekennzeichnet durch die - wörtlich - "einmalige Freigabe des Elternwillens". Das heißt, meine Damen und Herren,



innerhalb eines halben Jahres wird ein Wahlversprechen aus dem Verkehr gezogen, hat die Wurst offensichtlich ihre Schuldigkeit getan, geht man zur Tagesordnung über.

Der Kultusminister hatte ja schon sehr früh angedeutet, daß er diese Konsequenz ziehen will, weil die neue politische Mehrheit in diesem Hause selbstverständlich nicht zufrieden sein kann mit der Art und Weise, wie die Eltern von der ihnen einmalig gewährten, gnadeweise gewährten Freiheit Gebrauch gemacht haben.

Es hat eine Nachfrage nach dem gespaltenen Schulsystem ab Klasse fünf in Hessen nicht gegeben. Nun steht die Landesregierung vor dem Problem, daß sie auf der einen Seite die Ideologie des dreigliedrigen Schulsystems vor sich herträgt, aber die Eltern offensichtlich von diesen drei Gliedern allenfalls nur nach einem Teil verlangen, nämlich nach dem Gymnasium, und daß es eine Nachfrage nach Haupt- und Realschule kaum gibt.

Weil die Ideologie des dreigliedrigen Schulsystems nun aber die schulische Apartheid schon ab der fünften Klasse erfordert, muß - das ist logisch und konsequent - die fehlende Nachfrage im kommenden Schuljahr durch staatliche Steuerung erreicht werden. Damit sind die Weichen gestellt. Ab Schuljahr 1988/89 entscheiden nicht mehr die Eltern über den Bildungsweg, sondern der Staat durch ein schulisches Aufnahmeverfahren.

Um das zu erreichen, wird einiger Nebel geworfen. Zu dem Nebel, der geworfen wird, gehört auch der ständige Hinweis des Kultusministers - ein Hinweis, den ich zunehmend geschmacklos finde - darauf, daß der Schöpfer die Menschen nun einmal unterschiedlich gemacht habe und somit der Schöpfer gewissermaßen für das verantwortlich sei, was diese Regierung in diesem Lande einzuführen gedenke.

Daß Menschen unterschiedlich sind und daß die Beobachtung ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten die Voraussetzung dafür ist, eine sinnvolle Schullaufbahnentscheidung zu treffen, dies ist in diesem Lande bisher völlig unbestritten gewesen. Nur, darum geht es nicht.

Wir haben schließlich gerade deswegen die Förderstufe eingeführt gehabt, um in einem Verfahren von zweijähriger Beobachtung zwischen Schule und Elternhaus einen Konsens über eine Schullaufbahnempfehlung zu erreichen.

(Beifall des Abg. Clauss (SPD))

Sie haben dieses pädagogisch begründete Verfahren abgeschafft durch das Gesetz, das Sie im Eilverfahren vor der Sommerpause hier im Landtag verabschiedet haben.

Nach der bisher geltenden Regelung hatten wir die Eltern instand gesetzt gehabt, durch Beobachtung ihrer Kinder wirklich frei und eigenverantwortlich eine Entscheidung treffen zu können.

(Kappel (F.D.P.): Das glauben Sie alles?)

Dieses schaffen Sie ab und produzieren damit selber ein Problem, indem Sie den Entscheidungszwang auf die Phase vor der Pubertät zurückverlegen, in die Altersstufe von zehn Jahren. Dadurch sind Sie gezwungen, einen Schiedsrichter einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Nur deswegen sind Sie gezwungen, einen Schiedsrichter einzusetzen, weil die Meinungsverschiedenheiten zwischen Schule und Elternhaus - bei Kindern im Alter von zehn Jahren - nach aller Erfahrung eben noch häufig groß

sind. Diesen Schiedsrichter haben wir in der Vergangenheit nicht benötigt. Das soll jetzt nach den Vorstellungen der Landesregierung der Staat werden. Sie werden nicht die Schulwahlfreiheit einführen, sondern das Sortieren der Kinder von Staats wegen nach dem 4. Schuljahr.

Der Kultusminister beruft sich völlig zu Unrecht darauf, daß er sagt, er wolle doch nur das wiederherstellen, was es auch unter sozialdemokratischer Verantwortlich schon einmal gegeben habe. Aber das wissen wir doch auch, daß es - bevor wir die Förderstufe eingeführt hatten - Übergangsverfahren nach der Klasse 4 gab. Aber auf diese können Sie sich doch heute nicht berufen, weil wir die doch gerade abschaffen wollten, weil wir sie für unbefriedigend und pädagogisch nicht für verantwortlich halten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie deswegen im Ministerium die Schubkästen öffnen, in denen die heute überholten Konzepte liegen, weil sie die Schule jener früheren Jahre wieder herbeiführen wollen, die sich längst weiterentwickelt hatte, dann bestätigen Sie nur, was wir Ihnen vorwerfen, daß Sie zurückwollen, nämlich 20, 30 Jahre zurück zum frühzeitigen Sortieren nach der vierten Klasse.

Nun ist heute morgen in der Debatte ständig und unentwegt von Ordnung die Rede gewesen. Ordnung ist ja überhaupt die neue Schlüsselkategorie. Nun herrscht in dieser Frage überhaupt keine Ordnung, weil bis heute niemand weiß, was der Kultusminister eigentlich will. In der ersten Pressekonferenz hat er ausdrücklich - ich habe es noch einmal nachgelesen - auf Rückfragen von Journalisten Aufnahmeprüfungen nicht ausgeschlossen. Dann hat er gemerkt, daß das ein falsches, ein unpopuläres Stichwort ist. Dann hat er neuerdings davon geredet, er wolle das bisherige Verfahren anwenden. Sein von mir schon wiederholt gelobter Pressesprecher hat hinzugefügt: aber natürlich etwas strikter handhaben als in der Vergangenheit. Dann hat er von der Bewertung der Grundschulnoten gesprochen und vom Probeunterricht.

Meine Damen und Herren, ich hätte nun gern wirklich gewußt und auch die Öffentlichkeit dieses Landes, was denn nun gemeint ist, vor allem, ob es nur darum geht, für dieselbe Sache nur einen attraktiveren Namen und eine attraktivere Verpackung zu finden, oder ob wirklich etwas anderes gemeint ist. Denn wenn Sie wie in Bayern oder in Baden-Württemberg im Probeunterricht jeden Tag eine Testarbeit schreiben lassen, dann ist das kein Unterschied zur Aufnahmeprüfung. Dann ist das ein reiner Etikettenschwindel. Dann sollten Sie ehrlicherweise beim ersten Begriff bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Daß es hier eben nicht um etwas Naturwüchsiges geht, sondern um eine Steuerung von Lebenschancen durch staatliche Regularien, dies zeigt ein Blick auf die anderen Bundesländer. Ich will nur dort vergleichen, wo die CDU die politische Verantwortung trägt.

In Schleswig-Holstein, wo es ein relativ offenes Übergangsverfahren gibt, ist der Hauptschulanteil, der ja immer angeführt worden ist, kaum größer als in Hessen. Er liegt bei 28 Prozent. In Hessen liegt er bei 20 Prozent; aber Schleswig-Holstein hat - wie Sie wissen - kaum integrierte Gesamtschulen. Wenn wir unterstellen, daß ein Drittel bis zur Hälfte der Schüler der integrierten Gesamtschulen Hauptschüler sind, dann kommen wir auf fast genau dieselbe Quote.

In Baden-Württemberg, wo streng sortiert wird, liegt der Hauptschulanteil bei 40 Prozent. Allein diese Diskrepanz, Herr Minister, macht doch deutlich, daß es nicht darum geht, abstrakt nach Eignung zu verteilen, sondern daß die Art und Weise, in der der Staat nach der Klasse vier steuert, eine staatliche Entscheidung ist über Lebenschancen von Menschen, je nachdem, wo sie zufällig geboren worden sind und unter welcher Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch noch einmal: Wir wollen nicht vergessen in dieser Diskussion, daß genau dieses durch die Förderstufe abgeschafft werden sollte, und daß Sie dieses staatliche Reglement wieder einführen. Sie müssen sich darauf einstellen, Herr Minister, daß wir hier in diesem Landtag - wenn Sie schon Baden-Württemberg als Ihr Vorbild nennen - dabei von der Erwartung ausgehen, daß die Entwicklung hier in Hessen wie in Baden-Württemberg sein wird. Dort gibt es ein Grundschulabitur, bei dem der Notenschnitt in der Frage entscheidet, ob der nächste Schritt gemacht werden darf. Dort gibt es Leistungstests und Aufnahmeprüfungen, und dies alles kumulativ. Wenn Sie einmal in Baden-Württemberg mit Grundschullehrern geredet haben, wissen Sie: Die Grundschule ist dort in ihrem eigenständigen pädagogischen Auftrag weitgehend zerstört; sie ist nur noch eine Sortiereinrichtung für Kinder.

Ich füge hinzu: Wenn Sie Ihr politisches Ziel, nämlich die gewaltsame Wiederherstellung des Systems schulischer Apartheid ab Klasse 5, erreichen wollen, kommen Sie - auch wenn Sie das heute noch abstreiten - um Quotierungen nicht herum. Denn solange die unterschiedlichen Schulformen unterschiedliche Lebenschancen verteilen, werden sich Eltern, wenn sie schon nach den Regeln der Marktwirtschaft gefragt werden, für die Schulformen entscheiden, in denen der weiterführende Abschluß möglich ist, in denen es möglich ist, Anschlußqualifikationen zu erwerben. Wenn Sie nicht wollen, daß Eltern sich so entscheiden, müssen Sie Vorgaben machen, und dafür gibt es ja auch Beispiele. Meine Damen und Herren, das denken wir uns doch nicht aus! Sie behaupten ja immer, wir würden etwas an die Wand malen, was es noch nicht gibt, aber Sie wissen doch, daß es beispielsweise in Rheinland-Pfalz die Praxis gibt, daß Grundschulen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie nach der Klasse 4 mehr als 50 Prozent der Grundschüler für eine weiterführende Schule empfehlen. Dies ist doch wohl nichts anderes als eine politische Quotierung.

Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen: Wenn die süddeutschen Länder das Vorbild sein sollen, so dürfen wir uns heute auch auf die Erfahrungen berufen, die dort gemacht worden sind. Die Ergebnisse sind eindeutig. Meine Damen und Herren, ich trage sie heute vor, weil es uns darum geht, daß der Kultusminister endlich Rede und Antwort dazu steht, was er denn nun in diesem Lande eigentlich erreichen will. Wir haben für Baden-Württemberg durch eine bayerische Untersuchung - der Autor dieser Untersuchung ist Herr Schorb, der völlig unverdächtige Leiter eines staatlichen Institutes - den Nachweis, daß das System von Noten und Aufnahmeprüfungen dazu führt, daß sich die Eltern aus bildungsfernen Familien von dem Sortierverfahren abschrecken lassen. Am deutlichsten kommt das darin zum Ausdruck, daß sich bei der Gruppe der Schüler, die in Deutsch und Mathematik - beziehungsweise Rechnen in der Grundschule - eine bessere Note als 1,5 hatten, bildungsnahe Elternhäuser zu 100 Prozent dafür entschieden haben, ihr

Kind anschließend aufs Gymnasium zu schicken, während Eltern aus bildungsfernen Familien nur zur Hälfte diese Entscheidung getroffen haben. Das heißt, wenn Sie den Eltern die Erfahrung nehmen, wie ihr Kind sich bewähren könnte, die Erfahrung nehmen, daß das Kind es packen könnte, wenn Sie allein den Hintergrund des Elternhauses zum Entscheidungskriterium machen, werden Sie in der Tat wieder in eine soziale Selektion des Schulwesens eintreten.

(Zustimmung bei der SPD)

Auf der anderen Seite hat der Verband Bildung und Erziehung - auch das ist ja kein Verband, den Sie meiner Partei zurechnen dürften - in Bayern erhoben, daß ein Drittel der bayerischen Sextaner vor der 10. Klasse scheitert. Meine Damen und Herren, das heißt: Es ist nicht so, daß ein strenges Sortier- und Auswahlverfahren etwa dazu führt, daß nun die Richtigen - wie es immer so schön heißt - auf die Schule kommen. Vielmehr führt es dazu, daß willkürlich nach einer Momentaufnahme entschieden wird, die falsch sein kann und die besser durch die Beobachtungsphase hätte abgelöst werden sollen, für die wir eingetreten sind.

Das bedeutet, meine Damen und Herren, Sie werden mit dem, was Sie aus Süddeutschland importieren wollen, in diesem Land wieder eine Übergangsregelung erreichen, die uns in ein sozial selektives Bildungssystem zurückbringt, ohne daß Sie dadurch für die Chancen derer, die den Weg zur weiterführenden Schule schaffen, einen pädagogischen Nutzen stiften. Das heißt, den hessischen Schulen steht eine doppelte Null-Lösung ins Haus.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Es liegt noch eine Wortmeldung des Abg. Korn vor, aber ich höre, daß der Kultusminister vorher sprechen möchte. Der Herr Kultusminister hat das Wort.

(Boppel (GRÜNE): Schon wieder! Das ist fast schon eine Überdosierung!)

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Herr Präsident, Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, daß man sich die Begriffe, die Herr Holzapfel hier vorgetragen hat, noch einmal durch den Kopf gehen lassen muß. Ich zitiere: Er spricht von einem "gespaltenen Schulsystem".

(Holzapfel (SPD): Ja, richtig!)

Ich frage Sie: Was haben Sie denn nach Klasse 6 in Hessen hinterlassen? Haben wir nicht - ich füge hinzu: zum Glück - auch nach Ihrer Regierungszeit nach Klasse 6 noch ein gegliedertes Schulwesen gehabt? Bezeichnen Sie das als gespaltenes Schulsystem oder als sozial selektiv?

Oder ich greife den Begriff "schulische Apartheid" auf. Ich möchte Sie, Herr Abg. Holzapfel, bitten, bei der Wahl Ihrer Ausdrücke etwas sensibler zu werden. Bei uns hier geht es nicht um Rassendiskriminierung; hier in Hessen geht es darum, daß wir unsere Kinder bestmöglich fördern.

Oder ich greife einen Begriff aus einer früheren Debatte auf: schulpolitischer Kannibalismus.

(Holzapfel (SPD): Ja!)

Das ist Originalton Holzapfel!

(Dr. Rüdiger (SPD): Sehr richtig!)

Ich zitiere weiter: Sortiereinrichtung, Chaos.

(Demonstrative Zustimmung bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Herr Abgeordneter, ich will Ihnen an dieser Stelle einmal sagen: Dies ist die Sprache des Unfriedens, dies ist die Sprache der Agitation, dies ist eine unmenschliche Sprache!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich füge hinzu: Diese Sprache ist verräterisch. Sie verrät auch die Inhalte dessen, was Sie politisch vertreten wollen. Sie verrät, daß Sie letzten Endes noch immer nicht den Absprung vom Zug des Klassenkampfes geschafft haben, auch in der hessischen Schulpolitik nicht.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wissen Sie, Herr Abg. Holzapfel, wenn ich Sie reden höre, kommt es mir so vor, als ob zu uns hier ein sozialistischer Gesellschaftstheoretiker spricht, nicht aber jemand, dem das Wohl des Kindes am Herzen liegt und der sich auf das Wohl des Kindes einstellt.

(Beifall bei der CDU)

Sie verraten sich ja immer wieder. Sie werden nicht müde, mich damit zu zitieren, daß ich hier im Landtag und auch draußen im Lande gesagt habe, daß die Menschen tatsächlich von Natur aus unterschiedlich ausgestattet sind.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wohl wahr!)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich wiederholen: Sie ignorieren diese Unterschiedlichkeiten,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wenn man Sie sieht, Herr Kultusminister, kann man dem nur beipflichten!)

weil Sie auf den sozialistischen Einheitsschüler hinauswollen. Aber den wird es mit dieser Landesregierung nicht geben!

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Sie gehen auch sehr leichtfertig mit Fakten um. Sie sprachen von Prozentzahlen bei den Hauptschülern und glaubten, die 40 Prozent Hauptschüler in Baden-Württemberg sozusagen als Argument gegen die dortige vernünftige Schulpolitik verwenden zu können. Sie vergaßen nur, daß wir in Nordrhein-Westfalen auch 40 Prozent Hauptschüler haben. Ich bitte Sie, sich doch einmal mit Ihren dortigen Parteifreunden ins Benehmen zu setzen!

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Zu dem, was Sie, Herr Holzapfel, hier eben in den letzten 15 Minuten dargelegt haben, kann ich zusammenfassend sagen: Die Rhetorik, die durchaus teilweise wie Seifenblasen mit Beifallträchtigkeit zerplatzt, ist umgekehrt proportional zu Ihrer Wirklichkeitsnähe und zu Ihrem Sachverstand in der Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich füge noch etwas hinzu: Seitens dieser Landesregierung gibt es nicht die leiseste Andeutung, aus der geschlossen werden könnte, daß beim Übergang zum weiterführenden Schulwesen eine Quotierung beabsichtigt wäre. Ich stelle dies hier ausdrücklich fest, damit endlich mit Verdächtigungen und mit Unterstellungen Schluß gemacht wird. Die Bezeichnung "Numerus clausus für weiterführende Schulen" ist deshalb gezielte und politisch bewußte Falsch-

aussage. Sie haben sich das aus den Fingern gesogen, Herr Abg. Holzapfel, um irgendeinen schulpolitischen Ansatz zu finden, der es Ihnen endlich einmal ermöglicht, mit künstlich herbeigeredeter Angst Stimmung zu machen. Ich versichere Ihnen: Dies wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen wir einmal diesen durchsichtigen politischen Mobilisierungsversuch beiseite. Wenden wir uns der Sache zu, um die es eigentlich gehen muß, um die es übrigens auch der SPD gehen müßte. Es geht um den Grundsatz der Eignung, um einen verfassungsrechtlichen Grundsatz, der für das gesamte deutsche Bildungswesen, für alle Schulen und Hochschulen in allen Bundesländern, gilt. Ich möchte, damit der Herr Abg. Holzapfel seine schulpolitischen Grundvoraussetzungen vervollständigen kann, ihm einmal den Wortlaut des Artikels 59 Abs. 2 der hessischen Verfassung ins Gedächtnis rufen. Dort heißt es wortwörtlich:

Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Herr Kultusminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Nein, ich möchte das geschlossen vortragen.

Das ist die Verankerung des Eignungsgrundsatzes in der Verfassung, und die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen fühlen sich allerdings aufgerufen, diesem Verfassungsgebot auch Rechnung zu tragen.

Als Kultusminister dieses Landes muß ich es zurückweisen, wenn mir nahegelegt wird, ein Verfassungsgebot aufzuweichen.

(Holzapfel (SPD): Mein Gott!)

Der gleiche Grundsatz liegt aber auch dem Hessischen Schulverwaltungsgesetz zugrunde, und zwar seitdem es dieses Gesetz gibt. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieses Gesetz mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion seinerzeit beschlossen worden ist. Auch dieses will ich hier zitieren. Im § 5 Absatz 2 dieses Gesetzes heißt es unmißverständlich:

Die Wahl des Bildungsweges nach dem Besuch der Grundschule ist Sache der Erziehungsberechtigten. Der Besuch einer weiterführenden Schule setzt

- Herr Holzapfel! -

Eignung voraus. Das Nähere regelt der Kultusminister.

(Zuruf der Abg. Dr. Rüdiger (SPD))

Ich denke, dieses sollten wir der Opposition endlich einmal ins Stammbuch schreiben, nämlich die Texte der Verfassung und der von Ihnen selbst beschlossenen Gesetze auch zu kennen und zu lesen.

(Beifall bei der CDU)

Deutlicher konnte der Wille des Gesetzgebers gar nicht ausgedrückt werden. Die SPD muß sich nun entscheiden, Herr Holzapfel, und sagen, was sie eigentlich will, ob sie Artikel 59 der hessischen Landesverfassung und § 5 des Hessischen Schulverwaltungsgesetzes, das sie ja selbst geschaffen hat, außer Kraft setzen will

(Schneider (Bickenbach) (SPD): Nein! Wir wollen nur wissen, wie Sie Eignung regeln, Herr Kultusminister!)

oder ob sie der Linie ihres Fraktionsvorsitzenden folgen will, der erst vor wenigen Monaten hier im Landtag bewegte Klage darüber geführt hat, daß sich das Gymnasium mit Schülern vollsaugt.

(Holzapfel (SPD): Das ist nur die Kehrseite!)

Sie muß sich darüber im klaren werden, ob sie den Eignungsgrundsatz aufheben will, der zum gemeinsamen deutschen Schulkonsens gehört, oder ob das gelten soll, was der SPD-Bildungspolitiker und Spitzenkandidat im schleswig-holsteinischen Wahlkampf, Björn Engholm, vor wenigen Tagen erklärt hat. Engholm hat in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk am 13. August ein Plädoyer für die freie Schulwahl gehalten. Den Eltern - so Engholm - dürfe nicht länger mit Gewalt vorgeschrieben werden, auf welche Schule sie ihr Kind schicken sollen. Sie müßten das Recht haben, nach Eignung - so Engholm -, Neigung und Interesse eine Schulform ihrer Wahl zu bestimmen.

(Holzapfel (SPD): Wer entscheidet das jetzt?)

Meine Damen und Herren, offen gesagt: Ich wußte bisher nicht, daß Herr Engholm auf dem Boden der Grundgedanken unseres Schulfreiheitsgesetzes hier in Hessen steht.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Aber die SPD sollte sich darüber klar werden, ob sie mit Engholm für den Grundsatz der Eignung eintritt oder nicht.

(Schneider (Bickenbach) (SPD): Sagen Sie doch einmal, was Eignung ist!)

In der Vorbereitung auf den Schuljahreswechsel 1988/89 kann es uns nur darum gehen, wie, in welcher Form, mit welchen möglichst sinnvollen Modalitäten der schulrechtliche Grundsatz der Eignungsvoraussetzung verwirklicht und gehandhabt wird. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, sich das anzusehen, was meine Vorgänger im Amt des Kultusministers im Wege einer Rechtsverordnung hierzu bestimmt haben. Es handelt sich um die Verordnung über die Übergänge innerhalb der allgemeinbildenden Schulen vom 10. März 1983. Sie ist nach wie vor in Kraft und ist lediglich im laufenden Schuljahr durch die besonderen Regelungen des Gesetzes zur Wiederherstellung der freien Schulwahl überlagert worden. Diese Verordnung eines sozialdemokratischen Kultusministers schreibt wörtlich folgendes vor und zwar im § 3 Absatz 3 - ich lese ihn wörtlich vor -:

Beim Übergang in die Klasse 5 oder die Klasse 7 der Realschule oder des Gymnasiums beziehungsweise der entsprechenden Schulzweige und nach Erwerb des Realschulabschlusses in die Jahrgangsstufe 11 der gymnasialen Oberstufe ist für Schüler, die für die gewählte Schulform von der Konferenz der die Schüler unterrichtenden Lehrer der abgehenden Schule als bedingt geeignet beurteilt werden,

- das ist übrigens Bürokratendeutsch, das wir künftig abschaffen werden -

die Aufnahme nur zulässig, wenn die Schüler erfolgreich an einem Probeunterricht teilgenommen haben.

Mit anderen Worten - ich sage es jetzt in verständlicher normaler deutscher Sprache -: Das Land Hessen hat in seiner bisherigen Praxis dem Eignungsgrundsatz in Gesetz und Verordnung Rechnung getragen. In der überwiegenden Anzahl der Fälle ist das auch problemlos, weil die Eignung für den gewünschten und weiterführenden Bildungsgang positiv festgestellt wird. Für die Regelung der Konfliktfälle wurde der Probeunterricht eingeführt, der die ursprüngliche Aufnahmeprüfung abgelöst und durch eine fünftägige Überprüfung ersetzt hat.

Meine Damen und Herren, mit dieser Regelung hat sich auch der Hessische Staatsgerichtshof befaßt und in seinem Beschluß vom 5. Dezember 1985 ausgeführt, wortwörtlich:

Der Staatsgerichtshof hat keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das durch § 3 Absatz 4 der Verordnung über die Übergänge innerhalb der allgemeinbildenden Schulen vom 10. März 1983 geregelte Ausleseverfahren, nach welchem die Eignung eines Schülers festgestellt wird.

Ich frage mich, Herr Holzapfel: Wollen Sie die Verfassung verletzen? Wollen Sie das Schulverwaltungsgesetz ignorieren? Wollen Sie die von Ihnen selbst geschaffene Verordnung ignorieren? Wollen Sie eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes ignorieren? Ich frage Sie: Wo leben Sie denn eigentlich,

(Beifall bei der CDU)

wenn Sie hier vor den Landtag treten und so tun, als ob Eignungsfeststellung ein Teufelswerk sei?

Gleichwohl sind wir nicht daran gehindert, darüber nachzudenken, ob das langjährig praktizierte Verfahren des Probeunterrichts nicht durch eine bessere, gerechtere, pädagogisch sinnvollere Form der Eignungsfeststellung ersetzt werden kann. Deshalb habe ich den Auftrag erteilt, neue Verfahrensvorschläge auszuarbeiten. Mit dem Ergebnis werde ich noch in diesem Herbst auf den Landtag und die Öffentlichkeit zugehen. Ich bin in dieser Frage nicht festgelegt, mit Ausnahme dessen, daß eine punktuelle Prüfung, wie sie mir völlig grundlos in der Öffentlichkeit angedichtet wurde, von mir eindeutig ausgeschlossen wird, auch deshalb ausgeschlossen wird, weil ich in Hessen eine solche Prüfung gemacht habe, eine einwöchige Aufnahmeprüfung, die über Sein oder Nichtsein entschied. Dieses will ich künftig in Hessen nicht mehr haben.

Hinzuzufügen ist noch, daß bei der gleichen Gelegenheit und mit gleicher Intention auch der Übergang aus der Förderstufe in weiterführende Schulen neu geregelt wird; denn es handelt sich um dieselbe Sache, die beim Übergang von Klasse 6 zur Klasse 7 nicht anders zu betrachten ist als beim Übergang von Klasse 4 zur Klasse 5. Im einen wie im anderen Falle ist Ausgangspunkt aller unserer Überlegungen das Wohl des Kindes. Die Eignungsfeststellung findet ja gerade darin ihren Sinn, daß sie den Schüler auf den Weg bringt, auf dem er aus seinen Anlagen und Fähigkeiten heraus zum schulischen Erfolg findet. Schulerfolg wiederum ist Grundlage des Lebenserfolges.

Umgekehrt ausgedrückt: Die Eignungsfeststellung hat die Aufgabe, soweit das möglich ist, das Scheitern des Schülers in der Schule zu verhindern.

(Beifall des Abg. Korn (CDU))

Ein Schüler kann nur dann erfolgreich gefördert werden, wenn er eine seinen Begabungen und seiner Leistungsfähigkeit angemessene Schule besucht. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn wir von Schülern hören, die zuerst im Gymnasium überfordert waren, dann in der Realschule gescheitert sind und schließlich - demotiviert und überaltert - die Hauptschule als Problemfälle belastet haben.

Der pädagogische Sinn der Eignungsfeststellung liegt aber darin, Fehlentwicklungen zu vermeiden, die die Schullaufbahn - ich wiederhole mich - zu einer Kette von Mißerfolgserlebnissen werden lassen und psychische Destabilisierungen bewirken. Das Gegenteil ist richtig: Wenn ein Lernerfolg auf den anderen aufbauen kann, weil die Schule dem Leistungsvermögen angemessen ist, dann ist der Begriff Schule auch mit Freude verbunden. Deshalb ist Eignungsfeststellung eine humane Aufgabe. Unmenslich handelt, wer diesen Eignungsgrundsatz ignoriert.

Von dieser Aufgabe, meine Damen und Herren, lassen wir uns durch schrille Töne nicht abbringen. Wir werden sie im Konsens mit der übergroßen Mehrheit aller klar denkenden Mitbürger lösen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### Vizepräsident Dr. Günther:

Das Wort hat Herr Abg. Korn (CDU). Es sind jetzt zwei weitere Wortmeldungen abgegeben worden.

(Boppel (GRÜNE): Das ist doch unmöglich! Das ist doch Filibusterei! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Es ist immer dasselbe Programm!)

#### Korn (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich zu Beginn sagen: Wir können Ihnen im Grunde genommen für die Stellung solcher Anträge sehr dankbar sein. Denn Sie geben damit der Regierung und den Regierungsfractionen Gelegenheit, die Märchen zu entblättern, die Sie draußen im Lande erzählen, und die Dinge auf die Wahrheit zurückzuführen.

(Boppel (GRÜNE): Märchen kann man kaum entblättern!)

Herr Holzapfel, dabei ist es sogar möglich, auch Falsch-aussagen zu korrigieren, die Sie zu CDU-Wahlversprechen machen. Die CDU hat niemals ein Wahlversprechen abgegeben, daß sie die völlige Wahlfreiheit in dem Sinne herstellt, daß die Eltern ohne Rücksicht auf die Eignung ihres Kindes jede Schule für ihr Kind auswählen können.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Holzapfel (SPD): Sie haben gesagt: "Aktion Freie Schulwahl", Herr Korn! - Kronawitter (SPD): Gaukler! - Weitere Zurufe)

Das ist überhaupt keine "Schlangenlinie", wie Sie rufen, sondern wir haben sicherstellen wollen und haben sichergestellt, daß durch alternative Schulangebote die Auswahl unter verschiedenen Schulformen möglich wird. Dabei bleibt unbestritten, daß selbstverständlich die Eignung des Kindes eine wesentliche Bedingung für die Wahl einer Schule ist. Sie wollten das Gegenteil. Sie wollten die Alternativen abschaffen und ein Einheitsschulsystem an deren Stelle setzen. Das hätte die Wahlfreiheit zunichte gemacht. Dagegen haben wir uns gewehrt. Wir haben die Wahlfreiheit wieder hergestellt.

#### Vizepräsident Dr. Günther:

Herr Abg. Korn, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Korn (CDU): Gern!)

Herr Abg. Holzapfel, Sie haben die Möglichkeit!

#### Holzapfel (SPD):

Herr Kollege Korn, welche Schulformen dürfen denn die Eltern in Zukunft eigentlich wählen, wenn Sie ein Verfahren vorsehen, nach dem nach der Grundschule festgelegt wird, wohin das Kind darf?

#### Korn (CDU):

Sie stellen eine Frage und geben gleich die Antwort. Das ist Ihre Art. Wir stellen nicht nach der Grundschule von Staats wegen fest, welche Schule ein Kind zu besuchen hat, sondern es ist eben dargelegt worden - Sie müssen zuhören! -: Wir versuchen, eine Verbindung zu finden, so wie sie bisher gültig war, zwischen der Eignung des Kindes und dem Wunsch der Eltern, ein vernünftiges Verfahren, das beiden Rechten und beiden Bedingungen Rechnung trägt.

Ich möchte aber sagen, daß der Antrag, der hier vorliegt, trotzdem in der Kette der Unterstellungen gegenüber der neuen Landesregierung, nämlich sie wolle einen Numerus clausus für weiterführende Schulen einführen, der Gipfel einer unverantwortlichen Hetzkampagne ist, die hier zum hessischen Schulwesen stattfindet.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie, SPD und GRÜNE, wollen einfach das Wahlergebnis nicht akzeptieren, das zur Folge hat, daß wir nun unsere Wege behutsam, mit Augenmaß und in Absprache mit allen Beteiligten auch in der Schulpolitik gehen wollen.

(Holzapfel (SPD): Und mit Walter Wallmann! Das fehlt jetzt noch!)

Gemeint ist bei Ihrem Antrag - das hat die Debatte erst jetzt ergeben - ist wohl das ins Auge gefaßte neue Verfahren des Übergangs an weiterführende Schulen. Eine solche Regelung schreibt im übrigen das Hamburger Abkommen zwischen den Bundesländern seit dem 28. Oktober 1964 verbindlich vor. Die Regelung in allen Bundesländern bewegt sich auf der Grundlage des Hamburger Abkommens im Spannungsfeld zwischen der Bewertung der Eignung des Schülers und dem artikulierten Wunsch der Eltern, wohin sie ihr Kind gern schicken würden. Beides ist in der hessischen Verfassung begründet. Die Eignungsvorgabe befindet sich - das wurde hier schon vom Kultusminister dargelegt - sogar im Schulverwaltungsgesetz. Den Elternwunsch finden Sie in Artikel 55 der hessischen Verfassung, wo steht, daß die "Erziehung der Jugend" das "Recht und die Pflicht der Eltern" ist.

Wenn wir das auf die Frage projizieren, wie die Regelungen für Übergänge an weiterführende Schulen momentan sind und wie sie künftig sein sollen, stellen wir fest, daß die Situation in Hessen sehr uneinheitlich ist.

Erstens. Völlig den Eltern überlassen ist gemäß der Verordnung vom 18. Mai 1981 die Frage nach dem 6. Schuljahr, nach Durchlaufen der Förderstufe, wohin sie ihr Kind schicken wollen. Hier sind die Eignungsfrage und die Eignungsforderung der Verfassung und des Schulverwaltungsgesetzes total außer acht gelassen worden. Wir wissen, warum. Es war ein Lockmittel für

manche Eltern, damit sie ihre Kinder in die Förderstufe schicken; denn - auch damit hat man argumentiert - diese sei die einzige Schulform, nach deren Durchlaufen das Kind ohne weiteres ans Gymnasium geschickt werden könne. So wurde für die Förderstufe geworben.

Zweitens. Für den Übergang nach dem 4. Schuljahr und alle anderen Übergänge innerhalb des allgemeinbildenden Schulwesens gilt die Verordnung, die der Kultusminister soeben zitiert hat, nämlich die vom 10. März 1983. Das Verfahren läuft demnach wie folgt ab: Antrag der Eltern - Elternwunsch -; Anmeldung an die Schule über die abgebende Schule; die abgebende Schule erstellt ein Gutachten, das mit der Feststellung "geeignet für die gewünschte Schulform" oder "bedingt geeignet für die gewünschte Schulform" endet. Wenn eine Kollision zwischen dem Wunsch der Eltern und der Eignungsempfehlung vorhanden ist, erfolgt ein einwöchiger Probeunterricht. Es heißt in § 3 Abs. 3 dieser Verordnung vom 10. März 1983 wörtlich: "Die Aufnahme ist nur zulässig, wenn die Schüler erfolgreich an einem Probeunterricht teilgenommen haben". Das gilt für die Schüler, die als "bedingt geeignet" beurteilt worden sind.

Drittens. Es gibt eine Sonderregelung, die nur für den Übergang zum 1. August 1987 gültig ist, um die wiedergewonnene Schulwahlfreiheit in der Praxis zu verwirklichen. Das galt nur für diesen Zeitpunkt und nur einmal, weil sonst ein Verwaltungsverfahren mit Eignungsempfehlung nicht mehr möglich gewesen wäre, um die wiedergewonnene Auswahl zwischen Schulformen zum 1. August 1987 noch zu verwirklichen. Deshalb wurde die Verordnung vom 10. März 1983, die ansonsten gültig geblieben wäre, für dieses Datum - nur für dieses Datum und nur für den Übergang ins 5. Schuljahr - außer Kraft gesetzt.

Jetzt gilt diese Verordnung vom 10. März 1983 wieder, solange nicht eine neue Regelung erfolgt ist.

Was wollen Sie nun eigentlich, Herr Holzapfel, bei einer Neuregelung? Wollen Sie die Regelung, die wir nach dem 6. Schuljahr der Förderstufe haben? Wollen Sie diese, die durch von der SPD gestellte Kultusminister herausgegeben wurde, für alle übrigen Übergänge?

Offenbar hat der Kultusminister über eine Neuregelung der Übergänge nachgedacht und auf die Frage einer Zeitung geantwortet. Der sich ansonsten hier als Regierungssprecher aufführende Abg. Holzapfel hat daraufhin verkündet, der neue Kultusminister wolle einen Numerus clausus für weiterführende Schulen einführen.

Herr Abg. Holzapfel, ich mache Ihnen und Ihrer Fraktion den Vorwurf, daß Sie mit einer solchen Politik, wenn Sie sie fortsetzen, von vornherein eine sachliche Diskussion eines wichtigen Verordnungsentwurfs verhindern, der noch nicht einmal auf dem Tisch liegt. Sie schädigen auch ein geordnetes Teilnahmeverfahren, das vor Herausgabe von Verordnungen vom Kultusminister durchgeführt wird. Beteiligt wird der Landeselternbeirat, beteiligt wird die Lehrervertretung auf Landesebene. Mit einer solchen Agitation gegen noch nicht einmal auf dem Tisch liegende Verordnungen, die nur mal angesprochen werden, behindern und unterlaufen Sie, Herr Holzapfel, ein solches geordnetes Teilnahmeverfahren und letztlich die Rechte der Eltern und Lehrer auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht wollen Sie, daß man zusätzlich ein "Teilnahmeverfahren Holzapfel" einführt und der Kultusmi-

nister erst Sie fragt, bevor er sich zu einer Sache äußert.

Wie könnte nun die künftige Regelung aussehen? Lassen Sie mich dazu für die CDU-Fraktion die wesentlichsten Punkte sagen.

Erstens. Auf jeden Fall wollen wir ein einheitliches Verfahren für die Übergänge an weiterführende Schulen und die zwei verschiedenen Verfahren, die jetzt gültig sind, aus der Welt schaffen.

Zweitens. Eignung und Elternwunsch müssen in ein rechtlich geordnetes und faires Miteinander gebracht werden.

Drittens. Ein schriftliches Gutachten der Grundschule beziehungsweise der Förderstufe muß für jeden Schüler im 4. und 6. Schuljahr oder im Einzelfall bei anderen Übergängen an weiterführende Schulen erstellt werden. Diese Empfehlung für eine Schulform - ich betone ausdrücklich: für eine Schulform - ist als Orientierung für die Eltern gedacht.

Viertens. Das Verfahren der Anmeldung über die abgebende Schule an die gewünschte Schule kann erfolgen wie bisher.

Fünftens. Wenn der Elternwunsch von der Empfehlung der abgebenden Schule abweicht, muß oder kann nach unserer Vorstellung probeweise eine Aufnahme an der gewünschten Schule beziehungsweise in der gewünschten Schulform stattfinden. Wie lange das sein soll, darüber sollte mit den Betroffenen gesprochen werden. Wir sind der Auffassung, daß die eine Woche Probeunterricht, die die bisherige Regelung vorsah, zu wenig ist.

Sechstens. Einzelheiten, die noch offenstehen, sind zu diskutieren, wenn der Verordnungsentwurf vorliegt.

Siebtens. Eltern und Lehrerverbände in Hessen bitten wir, konstruktive Vorschläge für eine solche Neuregelung der Übergänge an weiterführende Schulen zu machen. Unser Prinzip auch in dieser Frage ist, die Dinge mit den Eltern, mit der Lehrerschaft zu regeln und nicht gegen deren fachlichen und sachlichen Rat, den sie uns geben können.

Zum Schluß möchte ich die Opposition in diesem Hause bitten, sich in diesen Fragen künftig etwas mehr zurückzuhalten. Ich möchte sie bitten, sich zu gedulden, bis solche Verordnungen zumindest im Entwurf auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte Sie direkt auffordern, im Blick auf die schwierigen Verhältnisse, die wir ohnedies an den Schulen haben, solche Desinformationskampagnen und Verunsicherungen der Elternschaft zu unterlassen, wie sie gerade in dieser Frage allen voran von Ihnen, Herr Holzapfel, geführt worden sind. Schule ist ein zu sensibler Bereich, um ständig Rabatz zu machen, wie Sie von der Opposition es momentan tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Das Wort hat Herr Abg. Hertle von der Fraktion der GRÜNEN.

**Hertle (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Kultusminister hat dem Kollegen Holzapfel vorgeworfen,

er würde sich eines falschen Vokabulars bedienen, und sein Vokabular würde ihn entlarven. Diese Worte treffen für den neuen Kultusminister in verstärktem Umfang zu. Er braucht gar nicht die Worte, sondern sein schulpolitisches Handeln hat ihn innerhalb aller kürzester Zeit entlarvt.

(Beifall des Abg. von Plottnitz (GRÜNE) - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wo ist er eigentlich?)

Innerhalb von kürzester Zeit mußte er seine großen Schaufensterversprechen der freien Schulwahl zurückdrehen. In Fernsehinterviews wird nicht mehr von freier Schulwahl gesprochen, sondern vom Schulverwaltungsgesetz. Das Wort "Freiheit" schiebt man ganz gern wieder weg, weil man nicht in der Lage ist, es einzulösen, und weil in Hessen Tausende von Eltern und Kindern merken, welchem politischen Begriff sie aufgefressen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben bei der Beratung des Schulgesetzes ganz deutlich von dieser Stelle aus gesagt: Herr Wagner, das nächste, was Sie bei Ihrer restaurativen Bildungspolitik machen werden, wird die Installierung irgendwelcher Prüfungssysteme und Prüfungsmethoden sein. - Gelacht haben Sie alle hier auf den Bänken rechts, sich fast gebogen und gesagt: phantastisch, was er wieder für ein schwarzes Gemälde hinmalt. - Ein paar Wochen später tritt es doch mit minuziöser Genauigkeit ein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Korn (CDU))

Man muß sich natürlich Gedanken machen, was man mit den Kindern macht, die jetzt fehlgeleitet auf dem Gymnasium sitzen; und das ist kinderunfreundlich. Wie wollen Sie das den Eltern erklären, wenn ihre Kinder die Schulform wechseln müssen?

(Korn (CDU): Ich habe es Ihnen gerade erklärt!)

Wenn Sie irgendwo ein Mitdenken mit Kindern haben, müssen Sie doch wissen, daß ein Kind, das einmal von einer höheren Schule auf eine niedrigere wechseln muß, ein stigmatisiertes und getroffenes Kind ist. Das ist das, was Sie neu in die hessische Schullandschaft bringen.

(Korn (CDU): Sie hatten die Ohren auf Durchzug gestellt!)

Zweiter Punkt: Mit Ihrem Eignungsbegriff, den Sie ständig als Grundlage Ihrer möglichen Auswahlssysteme -

(Zuruf von der CDU: Was in der Verfassung steht!)

- Auf Artikel 59 der Verfassung komme ich gleich; er ist von Ihrem Kollegen Kultusminister nämlich nur halb zitiert worden.

Ihr Eignungsbegriff kommt aus der Vorgeschichte der Pädagogik. Es ist ein Eignungsbegriff, der im Grunde sagt, daß die künftige Entwicklung und Schullaufbahn schon mit dem Akt der Zeugung vorgegeben ist. Sie gestehen einem Kind überhaupt nicht zu, sich über das erste Jahrzehnt hinaus in einer gewissen Weise zu entwickeln, sich weiterzuentwickeln, sich vielleicht auch erst später zu entfalten. Mit diesem Eignungsbegriff werden wir uns genauer befassen.

Leid tun uns die hessischen Schulkinder, die Opfer und Objekte einer solchen fehlgeleiteten und falschen Schulpolitik sind; denn diese Kinder werden Prüfungsritualen unterzogen werden, die wir schon glücklich überwunden

hatten - egal, wie sie aussehen -, ob das Probetage, Probewochen oder schriftliche Tests sind. Es ist eine Ungerechtigkeit, Kinder punktuellen Prüfungen zu unterziehen. Wir haben damals gesagt, die Kinder tun uns leid. Wir befürchten jetzt schon den Angstschweiß, den wir noch aus unseren Prüfungen her kennen, als die Schulsysteme nicht so human waren, wie sie bis vor dem 5. April hier in Hessen gewesen sind.

Da werden wir Sie insofern ganz genau verfolgen. Wir unterstützen deshalb schon in weiser Voraussicht den Antrag der SPD-Fraktion, der in die richtige Richtung geht, weil er Ihnen in dem, was Sie bildungspolitisch an Glas zerschlagen, sehr genau auf der Spur ist.

Wir werden in Debatten, wahrscheinlich im Herbst, wenn der Entwurf des Kultusministers zu den Probemodalitäten vorliegt, Ihren Eignungsbegriff einer kritischen und historischen Prüfung unterziehen. Wir hoffen, daß dann sehr vielen Eltern, Lehrern - die wissen es ohnehin meistens besser - und Kindern die Augen aufgehen werden, welcher Form von Bildungspolitik sie hier aufgefressen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Das Wort hat Herr Abg. Kappel von der F.D.P.

**Kappel (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung an den Kollegen Holzappel machen, die sich mit einer Frage verbindet; denn es ist nicht ganz klar geworden, als er von "Geschmacklosigkeit" sprach, was er nun geschmacklos empfand: daß der Kultusminister dem Schöpfer zubilligte, die Menschen unterschiedlich geschaffen zu haben, oder daß der Schöpfer die Menschen unterschiedlich geschaffen hat.

(Holzappel (SPD): Ich fand es geschmacklos, daß der Kultusminister für seine Politik den Schöpfer in Anspruch nimmt!)

Wenn letzteres der Fall sein sollte, lieber Kollege Holzappel, sind Sie haargenau dort, wo Ihr Problem liegt. Sie gehen davon aus, daß grundsätzlich alle Menschen gleich zu sein haben. Das ist falsch. Sie sollten sich irgendwann einmal zu Gemüte führen, daß die Menschen nicht gleich, sondern gleichwertig sind.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Kappel, wir sind von Religion befreit! - Lütgert (SPD): Vor dem Gesetz sind alle gleich!)

und daß sie je nach ihren Fähigkeiten optimal betreut, versorgt und gefordert werden sollen. Da gibt es nun einmal unterschiedliche Wege. Wenn Sie immer noch wollen, daß die Menschen gleich sein müssen, werden Sie weiter auf dem Holzweg bleiben.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der mir heute wiederholt aufgefallen ist. Sie vernachlässigen zu sehr Ihre Pflicht als Opposition zu konstruktiv weiterführender Kritik, indem Sie nichts anderes tun, als einen Popanz aufzubauen, der so überhaupt nicht existiert, um sich daran - wie auch immer - öffentlich auszutoben.

Das ist nicht Sinn und nicht Aufgabe der Opposition. Ich kann Sie eigentlich nur herzlich bitten, die Probleme seriöser anzugehen; denn auf diese Weise können Sie weder Ihr eigenes noch das Ansehen des Parlaments erhalten beziehungsweise verbessern.

Niemand - und just das ist in Ihrem Antrag erwähnt - und am allerwenigsten diese Landesregierung will den Zugang zu weiterführenden Schulen einschränken, ganz unabhängig von dem völlig geschmacklosen Bemühen, am Ende sogar den Begriff Apartheid in die Diskussion einzubringen. Sie haben einen weiteren Popanz, wenn Sie "numerus clausus", einen Begriff, der weitgehend negativ belastet ist, weil man damit bestimmte Befürchtungen verbindet, in die Diskussion um die hessischen Schulen einbringen, wo dieser Begriff nun weiß Gott überhaupt nichts zu suchen hat. Dies ist ein Bemühen, mit Begrifflichkeiten und Fehlbildern Verwirrspiele zu betreiben. Ich kann nur hoffen, daß es uns gelingt, dieses Verwirrspiel als ein in der Sache völlig hilfloses Herumtoben zu entlarven.

Lassen Sie mich zur Sache selbst kommen. Wir haben mit dem Gesetz zur Wiederherstellung der freien Schulwahl erreicht, daß Eltern und Schüler das Recht haben, die unterschiedlichsten Schulformen und Schulentwicklungen für ihre Kinder zu wählen. Sie werfen in der Argumentation - das geschieht gerade in den letzten Minuten - zwei verschiedene Dinge in einen Topf. Hier ist die Zielsetzung verwirklicht, Eltern und Schülern unterschiedliche Schulformen anzubieten und die Wahl zwischen diesen zu garantieren. Das ist die Aufgabe gewesen. Es gibt aber ganz selbstverständlich Einschränkungen dabei, und da wollen wir uns auch nichts vormachen. Eine dieser Einschränkungen liegt von vornherein allein schon in den begrenzten Möglichkeiten der Schulträger. Wenn wir innerhalb des Bereichs der jeweiligen Schulträger alle Schulformen anbieten wollen, wird sich herausstellen, daß diese nicht in der Lage sind, alle Schulformen an jedem Ort gleichermaßen anzubieten. Das wird nicht gehen. Also wird von der geographischen Situation her eine bestimmte Begrenzung des Angebots Voraussetzung sein. Die Frage wird hier nur sein, ob der Schulträger in der Lage ist, in seinem Schulentwicklungsplan Schulformen vielfältigster Art so anzubieten, daß sie dem Schüler zugänglich sind.

Dasselbe ist natürlich auch im Rahmen der finanziellen Voraussetzungen und Gegebenheiten zu sehen. Hier müssen Kompromisse gemacht werden, und das ist ganz normal.

Kommen wir zu dem zweiten hier angesprochenen Punkt, der Aufnahme in weiterführende Schulen. Vorhin ist vom Herrn Kultusminister und auch von anderen Kollegen Artikel 59 Abs. 2 der hessischen Verfassung erwähnt worden, wo es heißt:

Der Zugang zu den Mittel-, Höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.

Hier ist klipp und klar die Eignung angesprochen, und dementsprechend heißt es in § 5 Abs. 2 des Schulverwaltungsgesetzes:

Der Besuch einer weiterführenden Schule setzt Eignung voraus. Das Nähere regelt der Kultusminister.

Nicht der Landtag, sondern der Kultusminister ist in diesem Zusammenhang gefragt, welche Voraussetzungen zur Feststellung der Eignung von ihm als richtig befunden und empfohlen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Simon (SPD))

- Wir richten uns nach dem Gesetz. Das dürfte doch unsere gemeinsame Verpflichtung sein, oder etwa nicht?

Wo kommen wir hin, wenn wir das Gesetz nicht mehr ernst nehmen?

Lassen Sie mich auch noch einmal kurz nach den Möglichkeiten dieser Eignungsprüfungen fragen. Seit etwa 30 Jahren ist die Aufnahmeprüfung, wie wir sie wohl noch erlebt haben, im Lande Hessen nicht mehr gegeben. Wir haben, wie vorhin vom Kollegen Korn verdeutlicht worden ist, bei alternativen Positionen - abgebende Schule und Elternwille - den Probeunterricht als Möglichkeit. Sowohl die Aufnahmeprüfung wie auch der Probeunterricht über einige Tage behalten bestimmte Probleme. Hier ist die zeitliche Enge maßgeblich, und hier sind situative Voraussetzungen problematisch, und es muß nachgedacht werden, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, Fähigkeit und Eignung der betroffenen Schüler besser festzustellen.

Ich will hier noch einmal sagen - das stammt nicht aus meinem Kopf -, daß man möglicherweise ein Probejahr erwägen sollte, in dem vielleicht jedes Vierteljahr Beratungen stattfinden, um über einen längeren Zeitraum den Eltern entsprechende Empfehlungen geben zu können.

Ich glaube, man kann mit diesen zeitlichen Vorstellungen auch den Kindern gerechter werden, so daß bestimmte Streßsituationen nicht mehr gegeben sein werden. Diese Dinge sind im Werden. Der Kultusminister ist derzeit gefordert, Überlegungen anzustellen, und wir sind gegenwärtig wieder einmal dabei, an einem Popanz herzumureden.

Lassen Sie mich, um die Notwendigkeit der Eignungsprüfung noch einmal hervorzuheben, zwar ein Extrembeispiel, aber doch ein Beispiel bringen. Nehmen wir einmal an, daß nach der Grundschule ein Kind, das eigentlich für die Sonderschule vorgesehen werden müßte, durch Elternwille die Realschule oder das Gymnasium besuchen soll. Es kann doch nicht Sinn der Sache sein, vor allem auch nicht im Interesse des Kindes, daß in diesem Fall nur der Elternwille entscheidend sein sollte. Hier muß vielmehr ein Regulativ existieren. Das heißt in keiner Weise den Zugang zu sperren oder einzuengen, sondern es heißt, wie auch vorhin schon gesagt, dem Kind bestimmte notwendige Unterstützungen zu geben, wenn die Dissonanz zwischen Empfehlung der abgebenden Schule und Elternwille existiert. In der Realität - ich will noch einmal darauf hinweisen - sind die Problemfälle zahlenmäßig auch nicht so groß, wie sie im Augenblick von bestimmter Seite aufgebaut werden sollen.

Ich fasse zusammen. Die Regelung, die der Kultusminister vorbereitet, ist nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Sie widerspricht in keiner Weise dem Willen der Koalition, grundsätzlich den Eltern die Entscheidung zu überlassen, welchen Bildungsweg sie für ihre Kinder wählen wollen. Hier ist einmal das breite Angebot, das ich vorhin schon erwähnte, in den verschiedenen Schulformen, hier ist unbestritten der Elternwille, und hier ist nach Recht und Gesetz die Eignungsfeststellung einbezogen. In diesem Zusammenhang von Numerus clausus zu reden, von einer Einschränkung des Zugangs zu weiterführenden Schulen zu reden, halte ich für absolut unseriös und nicht für akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Im Namen meiner Fraktion spreche ich mich dafür aus, diesen Antrag in dieser Formulierung und Zielsetzung abzulehnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)



**Vizepräsident Sturmowski:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Es ist vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Numerus clausus für weiterführende Schulen - Drucks. 12/406 - an den Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - So beschlossen.

Die Fraktionen sind sich darüber einig geworden, daß wir jetzt **Tagesordnungspunkt 22** aufrufen:

**Dringlicher Antrag der Abg. Boppel, Fischer (Frankfurt) (GRÜNE) und Fraktion betreffend Sicherheitsrisiken durch das AKW Biblis - Drucks. 12/463 -**

Das Wort hat Herr Abg. Boppel.

(Zurufe: Die Landesregierung, Herr Präsident!)

- Das Wort hat Herr Staatsminister Weimar.

**Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich meine, daß sich vielleicht ein Teil der sich anschließenden Diskussion des Dringlichen Antrags erübrigt, wenn ich einen Bericht über die Vorfälle in den Blöcken A und B in Biblis hinsichtlich der angesprochenen Sicherheitsventile gebe.

Bereits 1986 hat der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik anlässlich einer Überprüfung in Biblis Block A und B festgestellt, daß zumindest in zwei Fällen Verklammerungen von Ventilen im Sekundärkreislauf aufgetreten sind. Daraufhin hat der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik mit Schreiben vom 14. November 1986 den TÜV Bayern als Gutachterbehörde damit beauftragt, die entsprechenden Feststellungen zu überprüfen und eventuelle Weiterungen aus diesen Feststellungen festzulegen.

Der TÜV Bayern hat dann den Vorfall in Übereinstimmung mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik so definiert, daß im Sekundärkreislauf der beiden Kraftwerksblöcke Biblis A und B zwischen dem Speisebehälter und dem Dampferzeuger im Bereich des Maschinenhauses in kleinen Einspeisesträngen für die Aufwärmung des Speisewassers bei Ventilen Verklammerungseffekte aufgetreten sind.

Ich möchte das erläutern, weil die Vorstellung, um was es sich dabei handelt, relativ schwierig ist. Es handelt sich um Leitungen, für die eine niedrige Sicherheitsstufe gilt, die keine radioaktiven Flüssigkeiten führen, also um den Sekundärkreislauf, und für die die normalen Unfallverhütungsvorschriften gelten. Es handelt sich um konventionelle Technik mit Drücken von 3 bar und relativ niedrigen Temperaturen. Im Vergleich dazu, damit man eine Vorstellung hat: Eine normale Wasserleitung in unseren Haushalten hat etwa den doppelten Druck.

Ein Versagen der Sicherheitsventile - auch das ist eine Frage, die berechtigterweise hier gestellt wurde - hätte die Folge, daß Dampf oder Wasser in den Maschinenraum aus dem Sekundärkreislauf ausgetreten wäre. Auswirkungen auf den Betrieb des Reaktors oder des Primärenergiekreislaufes wären in einem solchen Fall absolut ausgeschlossen.

Im Block B und A wurden dennoch alle Ventile zwischenzeitlich vorsorglich ausgetauscht, obwohl das Problem der Verklammerung nur bei einigen wenigen Ventilen in diesem Sekundärkreislauf beziehungsweise in dem geschilderten Bereich, der nur ein Teil des Sekundärkreislaufes ist, aufgetreten ist.

Dies wurde im übrigen von der Firma RWE, der Betreiberin des Kraftwerks, bereits im Jahre 1986 beantragt. Nachdem das Gutachten des TÜV Bayern vorlag, ist dann bei den anstehenden Revisionen von Block A und B die Erlaubnis gegeben worden, diesen Austausch vorzunehmen.

Zusätzlich wurde gleichzeitig veranlaßt, daß die Prüfzyklen für diese Ventile, die relativ lang sind, da es sich um konventionelle Technik handelt, die nicht den Bereich des inneren Betriebes des Kraftwerks betreffen, wesentlich verkürzt werden.

Im zusammenfassenden Revisionsergebnis für den Block Biblis A, der zwischenzeitlich wieder in Betrieb gegangen ist, ist diese Vorkommnis mangels Bedeutung nicht erwähnt worden. Es ist lediglich als Anlage unter einer Fülle von verschiedenen Dingen, die gemacht worden sind, aufgeführt.

Der TÜV Bayern hat am 4.12.1986 zu den Sicherheitsventilen folgendes als abschließende Bemerkung hineingeschrieben:

Bei den Sicherheitsventilen mit den Anlagekennzeichen

- jetzt folgen eine Vielzahl von Kennzeichen -

sollte eine Umstellung der Werkstoffpaarung baldmöglichst in Angriff genommen werden. Bis zum Zeitpunkt der Umstellung sollte das Ansprechverhalten der vorher aufgeführten Sicherheitsventile sowie das Ansprechverhalten der im Änderungsantrag von RWE aufgeführten Sicherheitsventile, bei denen der Ventilkegel noch nicht ausgetauscht wurde, bei jedem Brennelementwechsel überprüft werden.

Das heißt also, auch der TÜV Bayern als damals eingeschaltete Behörde ist davon ausgegangen, daß hier zwar baldmöglichst die Dinge in Angriff genommen werden, daß aber ein unmittelbarer Handlungsbedarf nicht bestand. Die RWE beziehungsweise die Überwachungsbehörden haben dann bei der Revision von Block A und B diese Maßnahmen durchgeführt.

Von der staatlichen Technischen Überwachung Hessen, die das überprüft hat, haben wir vom 26.6.1987 folgende Bemerkung zu Block A: Von meiner Seite bestehen daher keine Bedenken gegen eine Wiederinbetriebnahme des Dampf- und Wasserkreislaufes im Maschinenhaus des Blocks A des Kernkraftwerkes, weil die Ventile alle ausgetauscht sind.

Bei Block B ist ebenfalls von der staatlichen Technischen Überwachung Hessen, Darmstadt, am 26.8.1987 mitgeteilt worden: Nachdem sämtliche Ventile ausgetauscht worden sind, bestehen - von ihrer Seite - keine Bedenken gegen eine Wiederinbetriebnahme des Dampf- und Wasserkreislaufes im Maschinenhaus des Blocks B des Kernkraftwerkes.

Ich kann also abschließend folgendes bemerken: Es sind keinerlei Ventile des Primärenergiekreislaufes betroffen gewesen oder solche Ventile, die in irgendeiner Weise im Falle des Versagens Auswirkungen auf den Betrieb des Kernkraftwerkes gehabt hätten oder die irgendwelche Radioaktivität hätten freisetzen können oder wodurch Radioaktivität hätte freigesetzt werden können.

Es sind darüber hinaus sämtliche beanstandeten Ventile, die nicht alle funktionsunfähig waren - es sind nur sehr wenige funktionsunfähig gewesen beziehungsweise bei nur sehr wenigen ist der Verklammerungseffekt aufge-

treten - ausgetauscht worden. Dieses ist zwischenzeitlich abgenommen und bestätigt worden, so daß also nach der Veränderung der Werkstoffpaarung sowohl der TÜV als auch die Reaktorsicherheitskommission und die Sicherheitskommission für das Kraftwerk Biblis den Fehler als behoben ansehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte eine abschließende Bemerkung machen, weil ich glaube, daß es hier auch um eine Frage des Umgangs geht. Hier ist von den GRÜNEN ein Dringlicher Antrag mit Datum vom 26.8.1987 eingebracht worden. In der Begründung des Antrags heißt es: Damit wurde die Bevölkerung einem unvorstellbaren Risiko ausgesetzt.

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: Erstens. Wir sind von den Abgeordneten der GRÜNEN nicht zu dem Thema befragt worden und wären jederzeit bereit und in der Lage gewesen, minuziös diese Dinge darzulegen; wir hätten nachweisen können, daß nicht die geringste Gefahr für die Bevölkerung oder für den Betrieb des Kraftwerks in dieser Frage bestanden hat.

Ich meine, daß die Wortwahl in diesem Zusammenhang insoweit entlarvend ist, als hier versucht wird, einen ganz normalen Vorgang, der hier aus neuen Erkenntnissen entsteht, wo sich alle Beteiligten bemüht haben, ein geordnetes Verfahren einzuhalten und wo entsprechende technische Verbesserungen eingeführt worden sind, so darzustellen, als hätte man am Rande einer Katastrophe gestanden.

Dies ist schlicht nicht wahr. Dies trägt auch nicht dazu bei, daß hier auf Dauer eine gedeihliche Diskussion über Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken erfolgen kann. Deswegen weise ich diesen Satz in der Begründung des Antrags der GRÜNEN ausdrücklich entschieden als gelogen und falsch zurück.

(Beifall bei der CDU)

Die Bevölkerung ist zu keinem Zeitpunkt irgendeinem Risiko ausgesetzt worden, sondern es handelt sich hierbei um die ordnungsgemäße Ausübung der Aufsicht durch das Ministerium für Wirtschaft und Technik. Die Abwicklung erfolgte jetzt durch den Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit.

Meine Damen und Herren, wir sind selbstverständlich bereit, über den mündlichen Bericht, den ich hier gebe, hinaus den Abgeordneten des Hessischen Landtags noch minuziöse Erklärungen und Erläuterungen über diesen Fall zu geben. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu vertuschen. Wir verwahren uns allerdings dagegen, daß hier Panikmache mit einer Wortwahl getrieben wird, die absolut nicht angebracht ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Sturmowski;**

Das Wort hat Herr Abg. Boppel.

**Boppel (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der F.D.P.)

- Ich habe mich umgeschaut, um zu sehen, ob Frau Wagner auf dem Präsidentenstuhl sitzt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN - Zurufe von der F.D.P.)

- Die GRÜNEN sind lernfähig. Es ist nicht das Interesse der GRÜNEN, dort zu dramatisieren, wo es nichts zu

dramatisieren gibt. Aber es ist das Interesse der GRÜNEN, dort Öffentlichkeit und Aufklärung herzustellen, wo eine Landesregierung von sich aus dazu offenkundig bis zum heutigen Tage nicht in der Lage gewesen ist. Erst heute, erst jetzt auf Drängen der GRÜNEN wird die Öffentlichkeit überhaupt informiert über Vorfälle, die es in Biblis, Block A und B, gab.

(Beifall bei den GRÜNEN - Müller (Gelnhausen) (CDU): Presseerklärung!)

- Ich komme gleich zu dieser Presseerklärung. Geduld, Geduld, Herr Müller! Ich will über die Fakten reden, soweit sie uns bekannt sind. Vorab will ich dem Odenwälder Friedensforum, einer Bürgerinitiative, danken, daß es mit dafür gesorgt hat, daß Dinge ans Tageslicht kommen, die ansonsten niemand von uns, weder Sie noch wir, erfahren hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach unserer Kenntnislage - das deckt sich zum Teil mit dem, was Herr Weimar vorgetragen hat, aber nur zum Teil - fand im Mai dieses Jahres eine Routineabschaltung und Überprüfung im AKW Biblis, zunächst bei Block A, statt.

Es liegt ein Prüfbericht vom TÜH Darmstadt vom 18.5.1987 vor, aus dem hervorgeht, daß verschiedene Sicherheitsventile defekt waren.

Nun kann man darüber streiten, wie gravierend das ist. Es handelte sich nach meinen Informationen um Vorsteuerventile. Das ist keine Lappalie. Defekte an Vorsteuerventilen gehören in die Klasse von sogenannten Common-Mode-Störfällen, das heißt, mehrere Sicherheitsventile sind dann immer gleichzeitig betroffen.

Die an sich vorhandene Sicherheitsredundanz der Anlage ist nicht mehr gegeben. Nach dem, was mir Fachleute darüber gesagt haben, ist eine effektive Druckregulation im Sekundärkreislauf nicht mehr möglich. Überdruckventile lassen sich nicht mehr geordnet öffnen oder schließen. Es kann zu Drucksteigerungen mit der Folge von Rohrleitungsbrüchen kommen. Es kann zu Kühlwasserverlusten kommen. Das heißt, der gesamte Sekundärkreislauf ist elementar betroffen.

Ich frage: Wozu gibt es den Sekundärkreislauf, wenn er nicht ganz starke Sicherheitsaspekte in einem AKW darstellt? Mir ist heute mittag von Experten gesagt worden - ich habe noch einmal nachgefragt -, es könne als Folgereaktion zu einem anhaltenden Kühlwasserverlustes bis hin zu einer Kernschmelze kommen. Ich sage bewußt: es kann. Ich sage bewußt: Es sind Gefahren da.

(Zuruf von Minister Weimar)

- Es sind Ihre Worte, Herr Weimar. Wenn es um die Molke in Hungen geht, sagen Sie: Wenn auch nur der Hauch einer Gefährdung für die Bevölkerung besteht, dann wird so etwas dort nicht durchgeführt. Muß das dann nicht auch für Biblis gelten? Wenn auch nur der Hauch einer Gefährdung für die Bevölkerung besteht, dann muß dort gehandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines ist entscheidend, meine Damen und Herren. Es war im Mai klar, daß, wenn bei Block A defekte Ventile nachgewiesen werden, dasselbe für Block B und auch für den Speisewasserdruckbehälter gilt, der außerhalb des nuklearen Teiles liegt. Denn es handelt sich - das ist inzwischen bekannt - um durchgängige Material- und Konstruktionsfehler der von der KWU konstruierten und eingebauten Ventile.

Deswegen sage ich: Die angemessene Reaktion im Mai wäre gewesen, nicht acht Wochen lang bis zu der dann ohnehin anstehenden Routineüberprüfung von Block B zu warten. Durch ein Warten über acht Wochen wird ein Risiko eingegangen. Vielmehr hätte sofort auch die Abschaltung von Block B im Mai durchgeführt werden müssen.

Der Kern des Vorwurfs ist, daß man trotz eines bekannten Sicherheitsrisikos, das man vielleicht unterschiedlich einstufen kann, das aber dagewesen ist, aus niedrigen Beweggründen, nämlich aus wirtschaftlichen Interessen -

(Zuruf von der CDU: Das sind in diesem Zusammenhang ja blödsinnige Formulierungen!)

- Dann erklären Sie es doch anders! Warum hat man es denn gemacht? Man hat aus niedrigen Beweggründen, aus wirtschaftlichen Interessen der Betreiberfirma heraus acht Wochen gewartet, um erst dann auch dort die Stilllegung und die Revision durchzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals wurden im Juli in der Tat auch die gleichen Schäden an den Sicherheitsventilen festgestellt, die vorher bei Block A schon vorhanden waren. Ich sage Ihnen: Da ist acht Wochen lang vom Betreiber ein Risiko und auch von der Atomaufsicht, die hier in Gestalt des Ministers vor uns sitzt, ein Risiko geduldet worden. Es kommt eines hinzu, Herr Weimar: Die Öffentlichkeit wurde nicht informiert. Es ist nicht so, daß Herr Weimar, wie es Herr Müller vielleicht glaubt, jetzt am Anfang der Woche vor die Presse getreten wäre und gesagt hätte: Es gibt in Biblis Probleme; ich habe es aber im Griff. - Im Mai, als es die ersten Probleme gab, hat die Öffentlichkeit nichts erfahren. Im Juli, als die zweite Revision durchgeführt wurde - auch das ist schon vier bis fünf Wochen her -, hat die Öffentlichkeit nichts erfahren. Erst jetzt, zu Beginn dieser Woche, wo alles schon vorbei ist, erklärt Herr Weimar auf Anfrage, was dort abgelaufen ist.

Ich will noch einmal vorlesen, was hier erklärt worden ist; das läßt überhaupt keine Rekonstruktion der wirklichen Verhältnisse zu. Herr Weimar erklärte - ich zitiere eine dpa-Meldung vom 24. August, abgedruckt in der "Frankfurter Rundschau" vom 25. August -:

Bei routinemäßigen Überprüfungen des südhessischen Atomkraftwerks Biblis an der Bergstraße sind Mängel an Sicherheitsventilen der beiden Reaktorblöcke A und B festgestellt worden. Ungünstige Materialpaarung habe dazu geführt, daß die Ventile zum Teil erst bei zwei- bis dreifachem Solldruck reagiert hätten, bestätigte das Umweltministerium auf Anfrage am Montag in Wiesbaden. Der Block A sei nach der Revision inzwischen wieder in Betrieb genommen worden, nachdem die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke die betroffenen Ventile auf bessere Werkstoffe umgestellt hätten.

Das ist alles. Keine Angaben, wie die Abläufe wirklich waren! Keine Angaben darüber, wann die ersten Probleme aufgetreten sind! Das nenne ich gezielte Desinformation der Öffentlichkeit.

Deswegen stehe ich dazu: Es ist richtig von uns gewesen und bleibt richtig, das Thema hier öffentlich darzustellen und Sie dazu zu zwingen, wirklich Stellung dazu zu beziehen.

Ich frage Sie, Herr Weimar: Was tun Sie eigentlich in Sachen Sicherheit, was Biblis angeht? Der aktuelle Vorfall hat Auswirkungen auf alle von der KWU gebauten AKWs in der BRD und im Ausland. Denn überall sind offenbar die gleichen mangelhaften Sicherheitsventile eingebaut worden. Ich frage Sie: Haben Sie den Bundesminister informiert? Hat er reagiert? Was ist eigentlich getan worden, um diese systematischen Fehler auch in anderen AKWs abzustellen?

Ich rufe, was Biblis A und B angeht, weiteres in Erinnerung. Das haben wir doch nicht vergessen. Es geht nicht nur um Sicherheitsventile. Ich erwähne das mangelhafte Notstandssystem, das Fehlen einer an sich vorgeschriebenen viermal 50prozentigen Redundanz, eine Schaltwarte, die gegen Eindringen von Radioaktivität nicht gesichert ist, die noch nicht einmal ein Überwachungsgerät zur Feststellung von Radioaktivität hat. Das hat die Kommission von Herrn Wallmann, diese OSART-Kommission, sogar selber festgestellt.

Ich stelle fest, daß es im Fall Biblis eine unzureichende Auslegung der Reaktorkuppeln gegen Flugzeugabstürze, gegen Sabotage und gegen Erdbeben gibt. Bei Block A handelt es sich um eine Kuppel mit 60 cm Dicke. Sie hat nur 3 Prozent der gemäß RSK-Leitlinien erforderlichen Festigkeit.

Meine Damen und Herren, das sind Fakten, die wir nicht in Vergessenheit geraten lassen wollen. Bezüglich Biblis A und B gibt es bei der externen Strahlenexposition eine Kollektivdosis, die deutlich höher ist als im Durchschnitt bei Leichtwasserreaktoren in europäischen Ländern, in Japan und in den USA.

Das heißt doch im Klartext - auch das wurde von Wallmanns OSART-Kommission festgestellt -: eine Anlage, die veraltet ist, die unsicher ist, die auch im Normalbetrieb die Umwelt unzutraglich belastet. Das sind die Fakten. Und das mit den Ventilen paßt voll in das Bild, das die Anlage aus unserer Sicht bisher bietet.

Wir GRÜNEN haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß wir die Stilllegung von Biblis A und B, vordringlich die von Biblis A, wollen. Wir sind uns gleichzeitig immer und bis heute bewußt gewesen, daß es ein schwieriger Weg bis dahin ist. Wir haben diesen Weg aufgenommen. Wir haben damals - gemeinsam mit der SPD, auf unser Drängen hin - eine Biblis-Kommission zur Überprüfung der Anlage in die Welt gesetzt. Das war Ende 1986.

Herr Steger, der uns jetzt - mit oder ohne Bedauern - verläßt, hat auf steten Druck der GRÜNEN die Kommission eingerichtet.

Ich frage jetzt - das richtet sich auch an Sie, Herr Weimar -: Was ist eigentlich mit der von uns in Gang gebrachten Sicherheitsüberprüfung der Blöcke A und B von Biblis?

(Zuruf des Abg. Koch (CDU))

- Herr Koch, ich bitte Sie! Ich denke, Ihnen geht es um die Sicherheit der Bevölkerung. Es kann doch nicht wahr sein, daß die Aktivitäten, die auf mehr Sicherheit und auf eine Überprüfung durch den Staat hinzielen, von Ihnen in irgendeiner Weise abgewiegelt werden.

Ich will aus der Sitzung des Landtags vom 28. Januar 1987 zitieren. Damals hat Herr Steger, noch Minister für Wirtschaft und Technik, folgendes festgestellt - und zwar in Abgrenzung zu der OSART-Kommission, über die damals debattiert wurde -:

Denn die Fragestellung der Biblis-Kommission ist in der Tat sehr viel komplexer. Sie hat jetzt einvernehmlich mit dem Betreiber die Anforderungen an den Statusbericht festgelegt. Denn es hat viele Veränderungen gegeben; bei jeder Revision sind einzelne Maßnahmen getroffen worden, und es gab sehr umfangreiche Nachrüstungen.

Ich sage in Klammern dazu, daß viele dieser Nachrüstungen bisher gar nicht genehmigt sind.

Ich fahre mit dem Zitat fort. Steger sagte damals:

Das, was der Biblis-Kommission in den nächsten Monaten an Arbeitsunterlagen zugehen wird, bemißt sich nicht nach Seiten, sondern zweckmäßigerweise nach Aktenordnern. Deswegen hat die Kommission einvernehmlich akzeptiert, daß die Erarbeitung dieses Statusberichts in der von der Kommission gewünschten Detaillierung etwa bis Mai dauern wird.

Das heißt im Klartext: Der Betreiber RWE hat damals im Zuge der Tätigkeit der von uns initiierten Kommission einen Statusbericht anzufertigen begonnen, der bis Mai fertig sein sollte.

Nun gehe ich davon aus, daß sich der Betreiber, RWE, nicht durch Ergebnisse von hessischen Landtagswahlen beeinflussen läßt und daß die Arbeit am Statusbericht inzwischen abgeschlossen ist. Davon gehe ich aus. Was es dabei zu lachen gibt, Herr Weimar, weiß ich nicht. Es geht um Sicherheit von Menschen und Umwelt.

Ich frage Sie jetzt, Herr Weimar. Sie haben die Kommission, die damals eingerichtet wurde, niemals offiziell aufgelöst. Sie haben die Kommission auch niemals tagen lassen. Was ist eigentlich damit? Wie geht es denn weiter mit der Sicherheitsüberprüfung von Biblis A und B? Was ist mit dem Statusbericht? Sind Sie bereit, den Ausschuß zu informieren, was daraus für Implikationen entstehen, was die Sicherheit von Biblis A und B angeht? Das sind Fragen, die sich heute aufdrängen, die Sie beantworten sollten, wenn wir im Ausschuß vertiefend dieser Frage nachgehen.

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen. Wir haben als GRÜNE die Strategie der Bagatellisierung von Gefahren, die von atomaren Anlagen ausgehen, satt. Wir sind gegen Dramatisierung. Wir sind aber auch gegen das, was von seiten der CDU immer wieder versucht wird: abwiegeln, Sicherheit dort vortäuschen, wo es keine gibt.

Ich sage Ihnen, - dies müßte auch für jemanden gelten, der sich als Befürworter von Atomenergie versteht -: Man kann die Gefahren, die von diesen Anlagen ausgehen, nicht ernst genug nehmen. Die Art, wie von der Landesregierung mit den konkreten Gefahren umgegangen wurde, die wir in den letzten Monaten im nachhinein bestätigt bekommen, war aus unserer Sicht der Sache nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Minister Weimar.

**Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist der Nachteil, wenn man eine fertige Rede hat: Der Minister gibt eine Auskunft, und die Rede paßt dann vorn und hinten nicht mehr; aber man muß mit Gewalt einen

öffentlichen Eindruck erwecken, weil man etwas ganz anderes damit beabsichtigt.

(Beifall bei der CDU)

Jedem Mann, der das hier mitverfolgt hat, und jeder Frau ist doch klargeworden, daß es hier das einzige Ziel ist, das Thema Biblis in irgendeiner Weise ins Gespräch zu bringen, daß es nicht um Sicherheitsventile geht, sondern daß es darum geht, daß die GRÜNEN wieder einmal einen Anlaß haben, über Biblis herzuziehen und dabei ihre gesamte Konstruktion der Öffentlichkeit darzulegen.

Deswegen sage ich Ihnen eines: Wenn Sie hier behaupten, daß ich als zuständiger Minister für Reaktorsicherheit in dem Zwischenraum zwischen der Revision von Biblis A und dem Austausch der Ventile bei Biblis B acht Wochen Zeit hätte verstreichen lassen müssen und in diesem Zeitpunkt hätte stilllegen müssen, dann liegen Sie völlig falsch. Wenn Sie so argumentieren, hätten Sie sagen müssen: Nach dem 4.12.1986, als das TÜV-Gutachten vorlag, hätte dann alles stillgelegt werden müssen. Nur, wir handeln nach Recht und Gesetz. Es ist immer eine Gefahr, wenn man fragmentarisch etwas zugespielt bekommt und daraus eine Nummer im Landtag macht, aber sich nicht darüber informiert, was tatsächlich dahintersteckt. Sie hätten doch die Konsequenzen aus dem TÜV-Gutachten zur Kenntnis nehmen müssen. Ich habe Ihnen eben hier aufgezeigt, daß das TÜV-Gutachten eben nicht davon ausgegangen ist, daß sofort etwas gemacht werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Im TÜV-Gutachten ist vielmehr vermerkt, daß es völlig ausreichend ist, die Ventile bei nächster Gelegenheit - sozusagen bei der Revision, die dann unmittelbar anstand, und bei der Revision für Biblis B - auszutauschen.

Tun Sie doch bitte nicht so, als wären alle Ventile auszutauschen gewesen. Es waren nach meinen Informationen insgesamt vier oder fünf Ventile von allen ausgetauschten Ventilen, die überhaupt diesen Verklammerungseffekt gezeigt haben.

Da der TÜV als sachverständiger Gutachter nicht gesagt hat, es müsse sofort etwas geschehen, hätten wir nach dem Atomrecht, Herr Boppel, überhaupt keine Handhabe gehabt, stillzulegen.

Jetzt meine weitere Frage. Dieses geschah im Dezember 1986, also zu einem Zeitpunkt, als Sie noch die Regierung stellten. Wenn Sie solche Konsequenzen ziehen wollten, stelle ich die Frage, wieso solche Dinge nicht in Ihren Kreisen beraten worden sind und weshalb Sie das jetzt von uns verlangen. Dies geschah nicht, weil Sie überhaupt keine Rechtsgrundlage hatten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage Ihnen hier eines: Wenn auch nur der Hauch einer Gefährdung dagewesen wäre, hätten wir abgeschaltet. Aber die Sachverständigen haben dieses eben verneint. Deswegen hatten wir weder die Rechtsgrundlage noch den Anlaß, Entsprechendes zu tun. Wenn Sie solche ungeheuerlichen Behauptungen hier in den Raum stellen, dann müssen Sie einmal sagen, auf welcher Grundlage so etwas denn überhaupt zu geschehen hätte und warum so etwas zu geschehen hätte. Da müßten Sie einmal technisch erläutern.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Ihr Horrorgemälde, das genau in diese Behauptung hineinpaßt, daß hier die

Bevölkerung einem unendlichen Risiko ausgesetzt sei, daß im Grunde der Primärenergiekreislauf durch ein Versagen der Ventile oder eines Ventiles hätte leiden können, genau dies habe ich bei meinen Ausführungen am Anfang ausgeschlossen, weil es nicht stimmt, Herr Boppel. Stellen Sie bitte solche Behauptungen nicht in den Raum, daß praktisch die Kernschmelze sozusagen die Auswirkung des Versagens eines Ventils bei den Aufwärmesträngen gewesen wäre.

Wenn Sie die technischen Voraussetzungen dort sehen, so ist es ja nicht eine Leitung, die zu den Dampferzeugern beziehungsweise Wärmetauschern geht, sondern es sind mehrere Leitungen. Und es wird nur teilweise rückfließende Wärme eingespeist, damit eine Vorwärmung des Wassers erfolgt, damit im Wärmetauscher relativ leicht Dampf zu erzeugen ist.

Wenn dort an irgendeiner Stelle etwas passiert, dann wäre die maximale Auswirkung die, daß Dampf oder Wasser möglicherweise durch einen Rohrbruch in das Kesselhaus austreten. Aber es hätte weder eine Auswirkung darauf gehabt, daß der Primärenergiekreislauf sich aufheizt, noch hätte es irgendwelche Auswirkungen auf den Reaktorkern haben können. Eben deswegen haben die Gutachter uns freigestellt, bei nächster Gelegenheit dieses zu tun. Deswegen ist dies bei nächster Gelegenheit so getan worden, wie ich Ihnen das geschildert habe, nämlich Abschluß bis Juni bei Block A und Abschluß bis August bei Block B. Die Sachverständigen haben uns bestätigt, daß jetzt der Verklammerungseffekt nach dem derzeitigen Stand der Technik und nach deren Wissen nicht mehr auftreten kann.

Deswegen ist die Sache gelöst, und zwar richtig, ordnungsgemäß nach Recht und Gesetz. Es hat keine Gefahr für die Bevölkerung bestanden, und es wird auch in Zukunft keine Gefahr für die Bevölkerung bestehen, wenn uns die Dinge bekannt werden und wir entsprechend handeln. Und daß wir dann handeln werden, darauf kann sich jeder Hesse verlassen. Aber dafür brauchen wir nicht Herrn Abg. Boppel, der hier Horroremalade an die Wand zeichnet, sondern dazu brauchen wir eine Landesregierung, die entsprechend vorgeht. Und wir werden entsprechend vorgehen, meine Damen und Herren. Deswegen weise ich das, was hier gesagt worden ist, noch einmal mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Sturmowski:

Das Wort hat Herr Abg. Beucker.

**Beucker (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nicht an Spekulationen beteiligen. Ich gehe davon aus, daß der Bericht des Ministers korrekt ist, daß er gut recherchiert ist und daß der Minister auch gut informiert worden ist.

Nur eines, Herr Kollege Weimar, ist nicht richtig. Sie haben in Ihrem Beitrag gesagt, daß das Problem, das mit den Sicherheitsventilen aufgetreten sei, ein ganz neuer Vorgang sei. Dies ist deshalb nicht richtig, weil wir über die Problematik der Sicherheitsventile in Kernkraftwerken, die von der Kraftwerks-Union gebaut sind und vom Typ eines Kraftwerks Biblis A oder Biblis B sind, Bescheid wissen und wir seit längerem wissen, daß diese Ventile fehlerhaft sind.

In einer Vorstudie des Öko-Instituts Darmstadt zu Fragen der Sicherheit der Atomkraftwerke Biblis A und Biblis B, die diesen Landtag im Jahre 1985 beschäftigt hat und die sehr stark von Ihnen von der CDU kritisiert worden ist, aber nicht nur von der CDU, steht immerhin der bemerkenswerte Hinweis, daß in den Anlagen der Kraftwerks-Union systematische Fehler an den Ventilen auftreten. Die Gutachter haben im Jahre 1985 empfohlen, eine Analyse der Schadensereignisse an den Sicherheitsventilen und eine Bewertung der Auswirkungen dieser Ereignisse auf die Sicherheit der Gesamtanlagen vorzunehmen.

Diesen Punkt hat damals niemand ernst genommen; das gleiche gilt für viele andere Hinweise auf systemimmanente Fehler an Leichtwasserkraftwerken vom Typ Biblis, gebaut von der KWU.

(Beifall bei den GRÜNEN. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

Nun will ich nicht spekulieren; ich habe das gerade gesagt, Herr Weimar. Aber diese Debatte, wie sie nun einmal angelegt und von Ihnen auch aufgenommen worden ist, legt doch die Frage nahe: Wie hält es die neue Landesregierung eineinviertel Jahre nach Tschernobyl wirklich mit der Sicherheitsüberprüfung der in Hessen stehenden Atomkraftwerke? Ist es Ihre Linie, Herr Kollege Weimar, daß mit dem 14tägigen Besuch der OSART-Kommission, dieser zusammengewürfelten Gruppe mehrsprachiger Leute, die sich bei ihrem 14tägigen Aufenthalt untereinander nur unzulänglich sprachlich verständigen konnten, wie es im OSART-Bericht steht, die Sicherheitsüberprüfung der hessischen Atomkraftwerke abgehakt ist, eineinviertel Jahre nach Tschernobyl?

Oder erheben Sie - derjenige, der Sicherheitsfragen im atomaren Bereich eine hohe Bedeutung zumessen will - andere Ansprüche an die Sicherheitsüberprüfung von Biblis A und Biblis B? Dieser Frage sollten Sie, Herr Kollege Weimar, nicht aus dem Wege gehen!

(Zustimmung der Abg. Blaul (GRÜNE))

Wie halten Sie es mit der internationalen Biblis-Kommission, die aus anerkannten Fachleuten besteht und deren Arbeit stagniert? Sind Sie bereit, heute eine Auskunft dazu zu geben, ob Sie neben denen der OSART-Kommission weitere Überprüfungen vornehmen lassen wollen, für die es nun Anlässe genug gibt?

Zweitens. Sind Sie, Herr Kollege Weimar, bereit, uns die Stellungnahme der internationalen Biblis-Kommission zum OSART-Bericht zur Verfügung zu stellen, die wohl vorliegt, aber dem Parlament nicht zugänglich gemacht worden ist? Ich möchte Sie herzlich darum bitten, in der von Ihnen gezeigten großzügigen Weise uns diese Informationen zur Verfügung zu stellen und uns am Informationsfluß teilhaben zu lassen.

Herr Kollege Boppel hat es schon angesprochen, Herr Kollege Weimar: Was ist denn mit der OSART-Untersuchung und mit den Konsequenzen, die die Landesregierung selbst aus dieser schmal angelegten Sicherheitsüberprüfung zu ziehen hat? Sind Sie heute, eineinviertel Jahre nach Tschernobyl und über ein halbes Jahr nach einer Debatte im Hessischen Landtag über den OSART-Bericht, bereit, uns Auskunft darüber zu geben, wie es mit der Fähigkeit des Führungspersonals bei Biblis aussieht, Unfälle, die zu schweren Kernschäden führen können, in den Griff zu bekommen? Das war ja der erste Punkt, den OSART festgestellt hat. Und sind Sie bereit, uns Auskunft

über die betrieblichen Notmaßnahmen zur Wiederherstellung der Anlagenkontrolle zu geben? Das war der zweite Punkt. Wie sieht es eineinviertel Jahre nach Tschernobyl mit dem Qualifikationsstatus der Mitarbeiter in Biblis aus? Was wird getan, um sie auf dem laufenden zu halten? Und die letzte technische Frage: Ist die Schaltwarte in der Tat mit einem Überwachungsgerät für luftgetragene Radioaktivität ausgerüstet?

Das sind die Fragen, die anstehen. Ich gehe davon aus, daß die Problematik des Sicherheitsventils gelöst ist, weil die Sicherheitsventile ausgetauscht sind. Allerdings sind sie nur im Sekundärkreislauf ausgetauscht, aber die Schäden der Sicherheitsventile an KWU-Reaktoren traten auch im Primärkreislauf auf. Wir werden diese Frage also an anderer Stelle weiter diskutieren müssen. Ich gehe davon aus, daß Ihre Auskunft richtig ist. Aber die wesentliche Frage, wie sicher die beiden Kraftwerke sind, können wir heute nicht beantworten, weil Sie uns vermutlich nicht sagen können, was an Konsequenzen aus dem OSART-Bericht gezogen worden ist, und weil Sie heute auch nicht in der Lage sind, sich dazu zu bekennen, die internationale Biblis-Kommission weiterarbeiten zu lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich unseren ehemaligen Kollegen Arnulf Borsche.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abg. Hielscher.

**Hielscher (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zuruf von den GRÜNEN: Das Jackett zumachen!)

- Ob mit oder ohne offene Jacke, aller guten Dinge sind drei. Am Dienstag das Molke-Thema, am Mittwoch der Untersuchungsausschuß zu Hanau, und heute, am letzten Debattentag, ist es noch einmal die Frage des Atomkraftwerks Biblis. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß sich die Opposition in diesem Rahmen jeden Tag eine Begründung selbst zu stricken versucht, eine Begründung für ihre Oppositionsarbeit hier im Landtag. Sie sucht sich dazu stets und ständig ein total untaugliches Objekt heraus.

(Zustimmung bei der F.D.P. und der CDU - Blaul (GRÜNE): Das ist wahr! Biblis ist untauglich!)

Wer mit Panikmache versucht, seine politischen Vorstellungen jeden Tag hier im Plenum vorzutragen, und wer an dieser Stelle wieder einen Dringlichen Antrag mißbraucht, um seine Position vorzutragen, die allseitig bekannt ist, nämlich den Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen, der versucht, dieses Parlament jeden Tag auf eine Weise der Öffentlichkeit vorzuführen, wie es ihm, so meine ich, nicht zukommt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf von der SPD: Jetzt zur Sache!)

- In der Tat, zur Sache! Das hätte ich mir von dem einen oder anderen Vorredner auch gewünscht.

Wir haben hier einen Antrag der GRÜNEN vorliegen, welcher sich nicht mit der OSART-Kommission beschäftigt, welcher sich nicht mit den grundlegenden Ausführungen der Oppositionsparteien zur Energiepolitik beschäftigt, die ja weit und breit bekannt sind und am 5.

April ihren Widerhall bekommen haben. Der Antrag beschäftigt sich vielmehr mit der Frage der Sicherheit im Rahmen des Sekundärkreislaufs in Biblis, und da habe ich hier für die F.D.P.-Fraktion zur Kenntnis zu geben: Wir haben den Bericht des Ministers entgegengenommen, und an Deutlichkeit hat dieser Bericht keine Mängel aufgewiesen. Alle Fragen, die Sie gestellt haben - auch in einer sehr polemischen Form, wenn Sie in Ihrem Antrag von "Gefährdung für Mensch und Umwelt" sprechen -, sind beantwortet, und wir haben von daher keine Veranlassung, uns von seiten der F.D.P.-Fraktion an weiteren diesbezüglichen Debatten zu beteiligen. Die Fragen zur Sicherheit sind beantwortet, Ihre Positionen sind bekannt, und wir meinen, Sie sollten dieses Instrument eines Dringlichen Antrages nicht jeden Tag und in jeder Plenarsitzung dazu benutzen, Ihre verfehlten Vorstellungen vorzutragen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Koch.

**Koch (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen die Bedeutung des Antrages nicht durch lange Reden unsererseits noch erhöhen; deshalb will ich nur vier kurze Bemerkungen machen:

Erstens. Ich bedauere etwas, daß ein Zug, den die GRÜNEN auf den Weg gebracht haben - das sind wir alle ja gewohnt -, gleich dazu dient, daß die SPD mit hechelnder Zunge wieder aufgesprungen ist, wie der Kollege Beucker es hier gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Beucker, ich muß Ihnen schon sagen, daß ich, jedenfalls solange Herr Kollege Steger hier im Hause weilte, etwas erstaunt darüber bin, mit welcher Verve Sie angebliche Sicherheitsrisiken, die schon längere Zeit bekannt sind und die in Gutachten des Öko-Instituts oder woanders festgehalten sind, hier zitieren, wobei im Hintergrund die Meinung steht, das sei ein Grund, andere Maßnahmen zu treffen, als sie Ihr Minister Steger zu der damaligen Zeit wohl getroffen hat. Das tun Sie nur, weil es jetzt die einzige Chance ist, auf den Zug zu kommen, auf den Sie gerade springen wollen.

Zweitens. Ich denke, wir müssen uns in diesem Hause darüber im klaren bleiben, wer denn über die Sicherheitsstandards entscheidet, ob wir das in Zukunft dem Herrn Boppel übertragen oder ob wir es dem TÜV-Bayern überlassen. Die CDU-Fraktion überläßt es weiterhin dem TÜV Bayern, nicht dem Herrn Boppel!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn dem zuständigen Minister - da ist es egal, ob er Steger oder Weimar heißt - ein Gutachten des TÜV Bayern vorliegt, das besagt, daß hier ein Problem ist, das mit diesen und jenen Maßnahmen beherrschbar ist, zum Beispiel mit in kürzeren Abständen durchgeführten Überprüfungen, und der Betrieb könne dann weiter verantwortet werden, so vertrauen wir darauf, daß die Kontroll- und Überwachungsinstanzen, die bisher korrekt gehandelt haben, dem Minister auch in dieser Frage den richtigen Ratschlag gegeben haben, daß der Minister danach guten Vertrauens handeln durfte und, wie Karlheinz Weimar hier gesagt hat, nach dem Atomrecht auch handeln mußte.

Die dritte Bemerkung: Herr Kollege Boppel, ich unterstelle nach wie vor, daß Sie eine ganze Menge davon verstehen.

(Demke (CDU): Das ist wirklich eine Unterstellung!)

- Ja, das unterstelle ich. Ich bin allerdings neu hier, und meine Kollegen teilen diese Auffassung nicht so ganz. Aber ich unterstelle es einmal, und vielleicht überzeugen Sie mich im Laufe der Zeit davon. - Aber gerade dann ist es eine Ungeheuerlichkeit, im Zusammenhang mit Ventilstörungen im Sekundärkreislauf vom Durchglühen des Reaktorkerns zu reden, obwohl Sie, wenn ich auch nur ein bißchen recht habe, wissen müssen, daß das nicht geht, obwohl Sie wissen müssen, daß das Panikmache ist, nichts als Panikmache mit dem Ziel, möglichst viele Leute in Aufregung zu versetzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die vierte und letzte Bemerkung: Warum machen Sie denn das alles hier eigentlich? Sie machen es deshalb, weil Sie von Tag zu Tag nervöser werden. Sie werden nervös, weil hier ein Minister ordnungsgemäß, in Ruhe und ohne jede Aufgeregtheit seine Pflicht als Reaktorsicherheitsminister tut. Das wird er auch weiterhin tun, und insofern sind wir Ihnen ganz dankbar dafür, daß Sie in die Palette Ihrer Themen heute auch noch Biblis aufgenommen haben. Denn auch Biblis - nicht nur Hanau - ist ein Beweis für die Qualität der Arbeit des Ministers, wie er sie in den letzten Monaten vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### Vizepräsident Sturmowski:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist in der Diskussion vorgeschlagen worden, den Dringlichen Antrag in den Ausschuß zu überweisen.

(Blaul (GRÜNE): Ja! - Gegenrufe von der CDU und der F.D.P.: Nein! - Weg! - Abstimmen! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Präsident, wegen des Berichts bitte überweisen! Sonst müßte man extra noch einen Berichtsantrag machen!)

- Ich bitte die Herren Geschäftsführer, zu mir zu kommen, damit ich weiß, was gewünscht wird. Wir können hier ja nicht wie auf dem Jahrmarkt verhandeln.

Es wird also beantragt, unmittelbar eine Abstimmung über diesen Dringlichen Antrag durchzuführen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Er ist doch für erledigt erklärt! Der Minister hat berichtet! - Dr. Jung (CDU): Er ist für erledigt erklärt, und damit ist er weg!)

Es gibt nur eine Möglichkeit. Wenn er erledigt ist, dann ist er weg; dann kann er nicht hinterher noch im Ausschuß behandelt werden, Frau Blaul.

(Dr. Jung (CDU): Die GRÜNEN erklären, er ist erledigt! - Blaul (GRÜNE): Erledigt, und wir stellen einen Berichtsantrag!)

Die Antragsteller erklären den Antrag durch den Bericht des Herrn Ministers für erledigt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 17.50 Uhr. Es lohnt sich nicht, noch einen weiteren Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Die Punkte 5a und b, 7, 8, 9, 10a und b, 11 und 14 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und schließe die Sitzung.

(Schluß: 17.51 Uhr)